

Statistisches Bundesamt

# Justiz im Spiegel der Rechtspflegestatistik

Schwerpunkt: Strafrechtspflege

Statist. Bundesamt - Bibliothek



99-01451

199.1447)

**Herausgeber und Vertriebsstelle:**

Statistisches Bundesamt, Z B / PVM, 65180 Wiesbaden



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen:  
Gruppe VII C, Telefon: 06 11 / 75 41 14 oder Fax: 06 11 / 75 39 63.

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Erschienen im Februar 1999

Schutzgebühr: DM 15,00 / EUR7,67 zzgl. Versandkosten

Recyclingpapier aus 100 % Altpapier.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unseren Allgemeinen Auskunftsdiensten

65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11 / 75 24 05
- Telefax: 06 11 / 75 33 30
- E-Mail: [auskunftsdienst@statistik-bund.de](mailto:auskunftsdienst@statistik-bund.de)

Zweigstelle Berlin

Postfach 276

10124 Berlin

- Telefon: 030 / 23 24 68 66
- Telefax: 030 / 23 24 68 72
- E-Mail: [stba-berlin.infodienst@t-online.de](mailto:stba-berlin.infodienst@t-online.de)

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1999

Alle Rechte vorbehalten.

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Nachdruck und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung über elektronische Systeme bedarf stets der vorherigen Genehmigung.

# Inhalt

	Seite
<b>Zusammenfassung</b> .....	8
<b>1 Einführung</b> .....	13
<b>2 Justiz als Strafverfolgungsorgan</b> .....	14
2.1 Etwa die Hälfte der bekanntgewordenen Straftaten werden aufgeklärt .....	14
2.2 1997 wurde gut die Hälfte der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren eingestellt .....	14
2.3 Praxis der Verfahrenseinstellungen bei den Strafgerichten von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich.....	16
2.4 Verfahren, bei denen Untersuchungshaft angeordnet wurde, enden seltener mit Freispruch ..	18
2.5 Vier von zehn Straftätern noch im selben Jahr verurteilt .....	19
<b>3 Strafzumessung der Gerichte</b> .....	20
3.1 Junge Straftäter werden überwiegend mit Zuchtmitteln bestraft.....	20
3.2 1997 gut zwei Drittel der freiheitsentziehenden Strafen zur Bewährung ausgesetzt .....	21
3.3 Geldstrafe die „Regelsanktion“ bei Straßenverkehrsdelikten.....	22
3.4 Jeder zwölfte Abgeurteilte wegen einer Straftat gegen das Leben in psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen .....	23
3.5 Bei Straftaten im Straßenverkehr wird zunehmend häufiger der Führerschein entzogen.....	24
<b>4 Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität</b> .....	25
4.1 Statistische Aussagen zur Kriminalität .....	25
4.2 Kriminalitätsentwicklung der letzten Jahre .....	25
4.3 Stadtstaaten durch Kriminalität stärker betroffen.....	26
4.4 Alters- und geschlechtsspezifische Verteilung der Kriminalität.....	27
4.5 Annähernd die Hälfte der 1997 Verurteilten bereits vorbestraft .....	28
4.6 Seit 1993 Rückgang bei Verurteilungen wegen Diebstahlsdelikten .....	28
4.7 1997 gut 28 % mehr Verurteilungen wegen Gewalt gegen Personen als zehn Jahre zuvor ....	29

<b>5 Deutsche und ausländische Verurteilte</b> .....	30
5.1 Ausländeranteil an den Verurteilten 1997 bei 27 %.....	30
5.2 Demographische Einflüsse auf die Entwicklung der Ausländerkriminalität .....	30
5.3 Gut jede sechste Verurteilung von Ausländern 1997 im Zusammenhang mit Aufenthalts- und Einreisebestimmungen.....	31
5.4 Deliktstruktur bei deutschen und ausländischen Verurteilten im Bereich der klassischen Kriminalität weitgehend identisch.....	32
<b>6 Gerichtlich registrierte Jugendkriminalität</b> .....	33
6.1 60 % der Verurteilungen von Heranwachsenden nach Jugendstrafrecht .....	33
6.2 Zahl tatverdächtiger Jugendlicher zu Anfang der 90er Jahre stärker gestiegen als Zahl der Verurteilten .....	33
6.3 Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität junger Menschen durch Bevölkerungsentwicklung relativiert.....	34
6.4 Diebstahlsdelikte bei jedem zweiten Jugendlichen Anlaß für Verurteilung .....	36
<b>7 Strafvollzug</b> .....	37
7.1 Plätze in Justizvollzugsanstalten Ende 1997 zu 94 % belegt.....	37
7.2 Fast jeder dritte Einsitzende in Untersuchungshaft .....	37
7.3 Ausländeranteil an den Strafgefangenen weist steigende Tendenz auf.....	37
7.4 Unterschiedliche Gefangenensstruktur in alten und neuen Ländern .....	39
7.5 Jeder Vierte sitzt wegen Diebstahl oder Unterschlagung ein .....	40
<b>8 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften</b> .....	41
8.1 Geschäftsbilanzen 1997 weitgehend ausgeglichen.....	41
8.2 Seit 1990 uneinheitliche Entwicklung beim Geschäftsanfall .....	42
8.3 An deutschen Gerichten Anfang 1997 insgesamt 21 000 Richter tätig .....	44
8.4 In einzelnen Instanzen seit Anfang der 90er Jahre verlängerte Verfahrensdauer .....	45
8.5 Durchschnittlicher Streitwert für Zivilsachen vor dem Amtsgericht 1997 bei 4 159 DM.....	47

## Schaubilder

	Seite
Schaubild 1: Staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren 1997 nach der Erledigungsart.....	15
Schaubild 2: Abgeurteilte nach Art der Entscheidung 1977 bis 1997 .....	16
Schaubild 3: Abgeurteilte 1997, deren Strafverfahren eingestellt wurden, nach Ländern .....	17
Schaubild 4: Verurteilte nach Jahr der Begehung der Straftat 1977 bis 1997.....	19
Schaubild 5: Verhängte Sanktionen nach Jugendstrafrecht 1997 .....	20
Schaubild 6: Verurteilte zu Freiheits-/ Jugendstrafe nach dem Strafmaß 1997.....	21
Schaubild 7: Zu Geldstrafe zwischen 31 und 90 Tagessätzen Verurteilte 1997.....	23
Schaubild 8: Abgeurteilte und Verurteilte 1977 bis 1997 je 100 000 Einwohner .....	26
Schaubild 9: Verurteilte nach Altersgruppen und Geschlecht 1977 bis 1997 .....	27
Schaubild 10: Verurteilte nach Deliktgruppen 1977 bis 1997 .....	29
Schaubild 11: Verurteilte Deutsche und Ausländer 1997 nach Deliktgruppen .....	32
Schaubild 12: Verurteiltenziffern der Deutschen unter 25 Jahren 1977 bis 1997 .....	35
Schaubild 13: Verurteilte unter und ab 25 Jahren nach Deliktgruppen 1997.....	36
Schaubild 14: Altersstruktur der Strafgefangenen am 31.3.1997 .....	38
Schaubild 15: Strafgefangene und Sicherungsverwahrte nach Deliktgruppen 1977 bis 1997.....	39
Schaubild 16: Neuzugänge und erledigte Verfahren 1990 bis 1997 .....	43
Schaubild 17: Verfahren, die länger als sechs Monate dauerten, in % aller erledigten Verfahren 1997 nach Ländern.....	46
Schaubild 18: Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilsachen 1997 nach dem Streitwert .....	47

## Anhang

Seite

### 1. Tabellen und Übersichten

Übersicht 1:	Modell der statistischen Erfassung im Gang eines Strafverfahrens .....	50
Tabelle 1:	Geschäftserledigung bei den Strafgerichten 1977 bis 1997 .....	51
Tabelle 2:	In der Strafverfolgungsstatistik erfaßte Personen mit Untersuchungshaft nach Haftgründen und Art der Straftat 1977 bis 1997 .....	52
Tabelle 3:	Verurteilte nach Jahr der Begehung und Art der Straftat 1977 bis 1997 .....	53
Tabelle 4:	Abgeurteilte und Verurteilte nach der verhängten Sanktion 1977 bis 1997 .....	54
Tabelle 5:	Zu Geldstrafe Verurteilte nach der Zahl der Tagessätze 1977 bis 1997 .....	55
Tabelle 6:	Abgeurteilte mit freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung nach ausgewählten Deliktgruppen 1977 bis 1997 .....	56
Tabelle 7:	Entziehungen der Fahrerlaubnis bzw. Fahrverbote wegen Straftaten im Straßenverkehr 1977 bis 1997 .....	57
Tabelle 8:	Abgeurteilte und Verurteilte 1977 bis 1997 je 100 000 Einwohner .....	58
Tabelle 9:	Verurteilte mit früherer Verurteilung nach Art der Straftat 1977 bis 1997 .....	59
Tabelle 10:	Wegen ausgewählter Straftaten an Kindern Verurteilte nach Art der Straftat und Zahl der Opfer 1977 bis 1997 .....	60
Tabelle 11:	Verurteilte Deutsche und Ausländer nach Altersgruppen und Geschlecht 1977 bis 1997 .....	61
Tabelle 12:	Strafmündige Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen 1977 bis 1997 .....	62
Tabelle 13:	Verurteilte Deutsche und Ausländer nach Art der Straftat 1977 bis 1997 .....	63
Tabelle 14:	Verurteilte nach Jugend- oder allgemeinem Strafrecht, Altersgruppen, Staatsangehörigkeit und Art der Straftat 1977 bis 1997 .....	64
Tabelle 15:	Verurteiltenziffern der Deutschen unter 25 Jahren nach ausgewählten Straftaten 1977 bis 1997 .....	65
Tabelle 16:	Anzahl und Belegung der Justizvollzugsanstalten 1977 bis 1997 .....	66
Tabelle 17:	Strafgefangene und Sicherungsverwahrte nach demographischen Merkmalen 1977 bis 1997 .....	67

Übersicht 2:	Die Zählkartenerhebungen zum Geschäftsanfall bei Gerichten und Staatsanwaltschaften der Länder: Erhebungsumfang und ausgewählte Ergebnisse, Deutschland 1997.....	68
Tabelle 18:	Erledigte Verfahren und Verfahrensdauer 1990 bis 1997.....	69
Tabelle 19:	Neuzugänge 1990 bis 1997 sowie Bestand der anhängigen Verfahren am Jahresende.....	70
Tabelle 20:	Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte 1977 bis 1997.....	71
<b>2. Definitionen ausgewählter Begriffe aus der Rechtspflegestatistik .....</b>		<b>72</b>
<b>3. Veröffentlichungen mit Bundesergebnissen der Rechtspflegestatistik.....</b>		<b>78</b>

## Gebietsstand

Die Angaben für **Deutschland** beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Die Angaben für das **frühere Bundesgebiet** beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990; sie beziehen Berlin-West mit ein.

Die Angaben für das **frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin** beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990 einschließlich Berlin-Ost.

Die Angaben für die **neuen Länder** beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Die Angaben für **Berlin** beziehen sich auf Berlin-West und Berlin-Ost.

## Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit enthält der vorliegende Bericht gerundete Zahlen. Die ungerundeten Werte können den Tabellen im Anhang entnommen werden.

## **Zusammenfassung**

Fragen zur Kriminalität, Strafverfolgung und Rechtspflege berühren in vielfältiger Weise den Alltag der Bürger. Die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes „Justiz im Spiegel der Rechtspflegestatistik“ antwortet auf den breiten Informationsbedarf in Öffentlichkeit und Politik zu diesem Bereich und bietet Zahlen und Fakten zur Justiz in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen dabei Entwicklung und aktueller Stand der gerichtlich registrierten Kriminalität, hier festgemacht insbesondere an der Entwicklung der Verurteiltenzahlen. Datengrundlage bilden die amtlichen Rechtspflegestatistiken. Deren aktuelle Ergebnisse lassen sich wie folgt umreißen:

- **Gerichtlich registrierte Kriminalität insgesamt auf ähnlichem Niveau wie vor 20 Jahren**

Nach den Ergebnissen der Strafverfolgungsstatistik des Statistischen Bundesamts wurden 1997 im früheren Bundesgebiet - bezogen auf die Bevölkerungszahl - ähnlich viele Personen wegen Straftaten verurteilt wie 1977: Während aktuell auf 100 000 Personen in der Bevölkerung 1 150 Verurteilungen kamen, waren es zwanzig Jahre zuvor 1 178 (1977). Seit 1977 entwickelte sich die gerichtlich registrierte Kriminalität uneinheitlich: Einem Anstieg bis Anfang der achtziger Jahre folgte ein Rückgang bis Anfang der neunziger Jahre (1983: 1 275, 1991: 1 091 Verurteilungen je 100 000 Personen der Wohnbevölkerung). Die genannten Relativzahlen zwischen Verurteilungen und Bevölkerung können als Ausmaß für die Beeinträchtigung bzw. Bedrohung der Wohnbevölkerung durch gerichtlich registrierte Kriminalität interpretiert werden.

- **Abweichen von wahrgenommener und gerichtlich registrierter Kriminalität**

Die Strafverfolgungsstatistik kann nur einen Teil der wahrgenommenen und tatsächlichen Kriminalität beschreiben. Nur wenn Straftaten erstens bekannt und zweitens aufgeklärt werden, wenn drittens die Staatsanwaltschaft einen Tatverdächtigen angeklagt und viertens das Gericht ein Strafverfahren rechtskräftig abgeschlossen hat, wird der Vorgang von der gerichtlichen Kriminalstatistik (Strafverfolgungsstatistik) erfaßt.

Bei einer Bewertung der gerichtlich registrierten Kriminalität ist - ähnlich wie bei der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) - zu beachten, daß die Entwicklung der Verurteiltenzahlen auch von der polizeilichen Verfolgungsintensität, der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung und der Einstellungspraxis der Staatsanwaltschaften beeinflußt wird.

Ohnehin entspricht die objektiv - statistisch - meßbare Kriminalität nicht notwendigerweise der wahrgenommenen. Wie Kriminalität als Bedrohung wahrgenommen wird, ist von einer Vielzahl objektiver und subjektiver Faktoren abhängig. Auch die Struktur der registrierten Kriminalität ist entscheidend für die subjektive Empfindung.



- **Rückgang bei Straßenverkehrsdelikten bremste registrierten Kriminalitätsanstieg**

Nach den Ergebnissen der Strafverfolgungsstatistik für das frühere Bundesgebiet gibt es aktuell deutlich weniger Verurteilungen wegen Straftaten, die im Straßenverkehr begangen wurden (insbesondere Körperverletzung, Trunkenheit), als in den Vorjahren. Im Berichtsjahr 1997 wurden mit 250 000 wegen Straßenverkehrsdelikten Verurteilten 23 % weniger gezählt als 1977 (326 000). Gleichzeitig ist die Zahl der Verurteilungen in anderen Kriminalitätsbereichen angestiegen. Bleiben - wie in der PKS - die Straßenverkehrsdelikte unberücksichtigt, lag die Zahl der registrierten Verurteilungen je 100 000 Einwohner mit 781 um 21 % über dem Wert von 1977 (647) und um 9 % über dem Wert von 1987 (716).

- **Für die neuen Ländern fehlen noch immer vollständige Daten zur Strafverfolgung**

Die Strafverfolgungsstatistik wurde noch nicht flächendeckend in den neuen Ländern eingeführt, so daß zur Zeit vergleichbare Zahlen zur gerichtlich registrierten Kriminalität nur für das frühere Bundesgebiet (einschließlich Berlin) vorgelegt werden können. Angesichts der in der PKS ausgewiesenen besonderen Kriminalitätsentwicklung in den neuen Ländern ist die mangelhafte Datensituation der Strafverfolgungsstatistik besonders mißlich. Die vorliegenden Eckzahlen aus Brandenburg, Sachsen und Thüringen können bestenfalls Entwicklungstendenzen für die neuen Länder aufzeigen.

- **Gut die Hälfte der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren wurde 1997 eingestellt**

Im Berichtsjahr 1997 führten 27 % der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren zu einem Strafbefehl oder einer Anklage vor dem Strafgericht (1,21 Mill. von 4,42 Mill. Verfahren). In gut der Hälfte der Fälle (55 % oder 2,42 Mill. Verfahren) erfolgte dagegen eine Verfahrenseinstellung, etwa weil die Tat nicht nachweisbar war oder als geringfügig eingestuft wurde. Dabei war die Einstellung in 250 000 Verfahren an Auflagen gebunden (10 % der eingestellten Verfahren).

- **Registrierte Jugendkriminalität: Rückgang in den achtziger Jahren, Anstieg in den Neunzigern**

Im Berichtsjahr 1997 wurden im früheren Bundesgebiet insgesamt 45 600 Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren wegen Straftaten rechtskräftig verurteilt; das waren 41 % mehr als 1991 (32 300), aber 48 % weniger als 1982 (87 500). Dabei war der Anstieg der gerichtlich registrierten Jugendkriminalität zu Beginn der 90er Jahre deutlich geringer als in der PKS ausgewiesen. Eine Ursache dafür, daß die Zahlen jugendlicher Tatverdächtiger und Verurteilter auseinandergehen, könnte die Strafverfolgungspraxis gegenüber den Verfehlungen Jugendlicher sein, die häufiger Verfahren (mit und ohne Auflagen) einstellt, wobei die Gründe im einzelnen nicht benannt werden können.

- **Bei Heranwachsenden überwiegend Jugendstrafrecht angewendet**

Heranwachsende Straftäter, die zur Tatzeit 18, aber noch keine 21 Jahre alt waren, werden überwiegend nach Jugendstrafrecht abgeurteilt; 1997 galt dies in 6 von 10 Fällen (60 %; 1977: 47 %; 1987: 64 %). Dabei wurde im aktuellen Berichtsjahr bei schweren Straftaten häufiger Jugendstrafrecht angewendet als bei leichteren Delikten.

- **Bei Jugendlichen überwiegt zahlenmäßig die Eigentumskriminalität**

Obwohl absolute und relative Verurteilenzahlen Jugendlicher (von 14 bis unter 18 Jahren) wegen Gewaltdelikten in den letzten Jahren angestiegen sind, vollzieht sich die gerichtlich registrierte Jugendkriminalität vorwiegend im Bereich der Eigentumsdelikte. So wurde nahezu jeder zweite verurteilte Jugendliche 1997 wegen Diebstahlsdelikten verurteilt (44%).

- **Wegen Betäubungsmitteldelikten werden vor allem junge Menschen verurteilt**

1997 wurden 41 300 Personen wegen Betäubungsmitteldelikten verurteilt, viermal so viel wie 1977 (10 300; 1987: 19 800). Gerichtlich registrierte Betäubungsmittelkriminalität ist insbesondere unter jungen Menschen verbreitet: 1997 waren 50 % (20 800) der wegen Betäubungsmitteldelikten Verurteilten unter 25 Jahren alt.

- **Gegenläufige Entwicklungen bei der gerichtlich registrierten Gewalt gegen Kinder in den letzten zwanzig Jahren**

1997 wurden gut 2 200 Personen wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern verurteilt, 64 % mehr als 1987 (1 300). Die beobachtete Zunahme der wegen sexuellen Mißbrauchs Verurteilten in den letzten zehn Jahren kann auch auf eine höhere Sensibilität bzw. Anzeigebereitschaft der Bevölkerung zurückzuführen sein. Das aktuelle Niveau des sexuellen Kindesmißbrauchs - soweit in der Strafverfolgungsstatistik erfaßt - ist ähnlich wie Ende der siebziger Jahre. 1977 waren 2 100 Personen wegen Kindesmißbrauchs verurteilt worden, 4 % weniger als 1997.

- **Kriminalitätsbeteiligung der ausländischen Wohnbevölkerung kann mit Strafverfolgungsstatistik nicht beziffert werden**

Die Rechtspflegestatistik kann über die Ausländerkriminalität nur eingeschränkt Erkenntnisse vermitteln. Zwar liegen in der Strafverfolgungsstatistik Angaben über Personen vor, die nicht die ausländische Staatsangehörigkeit besitzen; es fehlen aber Angaben über verurteilte nicht-deutsche Touristen sowie verurteilte Ausländer, die sich illegal in Deutschland aufhalten, da der Aufenthaltsstatus derzeit nicht in der Strafverfolgungsstatistik erfaßt wird. Deswegen kann die in der in der Strafverfolgungsstatistik erfaßte Ausländerkriminalität nicht mit der Kriminalitätsbeteiligung der in Deutschland lebenden Ausländer gleichgesetzt werden. Außerdem wird ein erheblicher Anteil von Ausländern wegen Straftaten verurteilt, die in mittelbarem Zusammenhang mit den Aufenthalts- und Einreisebestimmungen stehen und deswegen bei deut-

schen Verurteilten kaum vorkommen. Diese Umstände sind bei der Interpretation der im folgenden mitgeteilten statistischen Angaben zu berücksichtigen.

- **Ausländeranteil an der Bevölkerung und an den Verurteilten seit 1977 gestiegen**

1997 wurden insgesamt 571 000 Deutsche und 210 000 Ausländer verurteilt; der Ausländeranteil an den Verurteilten betrug 27 %. 1977 lag er bei 10 % und 1987 bei 14 %. Der deutliche Anstieg der gerichtlich registrierten Ausländerkriminalität in den letzten zwanzig Jahren muß vor dem Hintergrund der überproportionalen Zunahme der strafmündigen ausländischen Bevölkerung in diesem Zeitraum gesehen werden. Insbesondere in der kriminologisch bedeutsamen Bevölkerungsgruppe der 14- bis unter 25jährigen - im Berichtsjahr 1997 gehörte fast jeder dritte Verurteilte (30 % bzw. 237 000) dieser Altersgruppe an - verlief die Entwicklung von Deutschen und Ausländern gegensätzlich. Bei den (einwohnerrechtlich registrierten) Ausländern hat sich die Altersgruppe der 14- bis unter 25jährigen zwischen 1977 und 1997 mehr als verdoppelt (+ 115 %), bei den Deutschen dagegen um 28 % verringert.

- **Ausländerspezifische Delikte**

Fast jede sechste Verurteilung von Ausländern stand 1997 in mittelbarem Zusammenhang mit Aufenthalts- und Einreisebestimmungen. Allein 25 700 bzw. 12 % aller verurteilten Ausländer standen wegen Verstößen gegen das Ausländer- bzw. das Asylverfahrensgesetz vor Gericht. Diese Delikte spielten bei den Deutschen bestimmungsgemäß kaum eine Rolle. Dagegen wurden Deutsche vergleichsweise häufiger als Ausländer wegen Straßenverkehrsdelikten verurteilt. Die Verurteiltenzahlen in den anderen Kriminalitätsbereichen unterschieden sich zwischen Deutschen und Ausländern, jeweils bezogen auf die Gesamtzahl der Verurteilungen der entsprechenden Bevölkerungsgruppe, nur unwesentlich.

- **Straßenverkehrsdelikte häufiger mit Führerscheinentzug geahndet**

Der Anteil der Personen, die wegen einer Straftat im Straßenverkehr mit einer Entziehung der Fahrerlaubnis oder einem Fahrverbot belegt wurden, hat sich in den letzten zwanzig Jahren um 14 Prozentpunkte erhöht; im Berichtsjahr 1997 lag er bei 67 % (1977: 53 %; 1987: 62 %).

- **Gefängnisse immer voller**

Die Zahl der Einsitzenden in Justizvollzugsanstalten erreichte Ende 1997 mit 68 000 einen vorläufigen Höchststand in der Bundesrepublik Deutschland. Der Anstieg seit 1993 (59 800) um 14 % war wesentlich durch die Entwicklung in den neuen Ländern bestimmt, wo das Anfangsniveau infolge einer weitgehenden Amnestie nach der deutschen Vereinigung sehr niedrig war. Im geschlossenen Vollzug war Ende 1997 statistisch eine leichte Überbelegung zu verzeichnen. Im Bereich des Strafvollzugs zeigen sich immer noch strukturelle Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern. Insbesondere der Anteil der im offenen Vollzug untergebrach-

ten Strafgefangenen wuch (am Stichtag 31. März) 1997 in den neuen Ländern mit 8 % deutlich von dem im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin (22 %) ab.

- **Wechselhafte Geschäftsentwicklung bei den Gerichten, teilweise verlängerte Verfahrensdauern**

Nach einem steilen Anstieg des Geschäftsanfalls bei den ordentlichen Gerichten insgesamt zwischen 1990 und 1994 ist seit 1995 in der Zivilgerichtsbarkeit eine leichte Trendumkehr zu verzeichnen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer verlängerte sich in einzelnen Zweigen und Instanzen der Gerichtsbarkeit. So stieg beispielsweise die durchschnittliche Verfahrensdauer für Zivilsachen vor den Amtsgerichten zwischen 1990 und 1997 im früheren Bundesgebiet um 11 % (4,1 auf 4,5 Monate).

- **Zwischen Straftat und gerichtlicher Sanktion verstreicht heute mehr Zeit als vor 20 Jahren**

Der zeitliche Abstand zwischen Straftat und strafrechtlicher Sanktion hat sich in den letzten Jahren erhöht. Lediglich in 38 % der Fälle erfolgte 1997 die Verurteilung im Jahr der Tat (1977: 45 %; 1987: 42 %). In 13 % der im Berichtsjahr 1997 erfolgten Verurteilungen (1977: 9 %; 1987: 10 %) lagen zwei oder mehr Jahre zwischen Straftat und strafrechtlicher Sanktion.

## 1 Einführung

In den letzten Jahren ist die wahrgenommene Kriminalität sowie ihre Bekämpfung durch Polizei und Justiz zu einem zentralen Thema auch der Tagespolitik geworden. Da Kriminalität in existentieller Weise den Alltag der Bürger berührt - bereits die Furcht vor Kriminalität führt zu Schutzvorkehrungen und Vermeideverhalten - ist die gerichtliche Strafverfolgung wohl das in der Öffentlichkeit am stärksten beachtete Arbeitsgebiet der Justiz. In den Blickpunkt geraten die anderen Bereiche in der Regel eher dann, wenn von negativen Entwicklungen im Justizapparat berichtet worden ist - etwa einer verlängerten Verfahrensdauer oder einer personellen Unterbesetzung der Strafverfolgungs- sowie Strafvollstreckungsbehörden.

In letzter Zeit kommen insbesondere folgende Themen aus dem Justizbereich in die Schlagzeilen der Medien sowie die öffentlichen und politischen Diskussionen:

- die Jugend- und die Ausländerkriminalität,
- die strafrechtliche Sanktionierung von Sexualstraftätern,
- die Praxis von Verfahrenseinstellungen bei Staatsanwaltschaften und Gerichten,
- die Sicherheit der Strafanstalten und die Unterbringung der Strafgefangenen,
- die Arbeitsüberlastung der Gerichte.

Der Datenbedarf zu diesen - wegen der persönlichen Betroffenheit der Bürger - häufig emotional diskutierten Themen aus dem Bereich der Justiz ist beträchtlich. Zudem überlagern aktuelle Einzelfälle den Blick auf Entwicklungen und kriminologische Erkenntnisse. Das Statistische Bundesamt hat sich daher entschlossen, einen Querschnitt von aktuellen Ergebnissen aus den amtlichen Rechtspflegestatistiken in einem Bericht zusammenzustellen. Schwerpunktmäßig wird dabei die Strafrechtspflege beleuchtet, die im Zentrum der amtlichen Rechtspflegestatistiken steht.

Der Bericht wurde erstmalig für eine Pressekonferenz des Statistischen Bundesamts am 17. Juni 1998 in Bonn vorbereitet. Nachdem inzwischen für den gesamten Bereich der Rechtspflegestatistiken Ergebnisse zum Berichtsjahr 1997 vorliegen, wurden die Unterlagen aktualisiert. Sie werden hiermit unter dem Titel „Justiz im Spiegel der Rechtspflegestatistik (Schwerpunkt: Strafrechtspflege)“ in der Reihe „Projektberichte“ des Statistischen Bundesamts veröffentlicht.

Die Veröffentlichung soll dazu beitragen, die aktuellen Diskussionen zur Lage der Justiz bzw. Kriminalität mit Zahlen und Fakten anzureichern und zu versachlichen. Da sich die öffentliche Diskussion häufig auf aktuelle Einzelfälle beschränkt, soll zudem versucht werden, die Ergebnisse in einen zeitlich mittelfristigen Zusammenhang zu stellen.

Der erste Teil dieser Veröffentlichung berichtet über die Tätigkeiten der Staatsanwaltschaften und Gerichte im Bereich der Strafrechtspflege und - in diesem Zusammenhang - über die Kriminalitätsentwicklung. In einem zweiten Teil wird dann allgemein die Geschäftsentwicklung in den vielfältigen Tätigkeitsbereichen der Justiz beleuchtet.

## 2 Justiz als Strafverfolgungsorgan

Statistische Informationen zur Strafverfolgung stehen aus mehreren Datensammlungen von Polizei und Justiz zur Verfügung, die nach unterschiedlichen Zielsetzungen sowie inhaltlichen und methodischen Abgrenzungen konzipiert sind (*Übersicht 1*).

Der unmittelbare Bereich der polizeilichen Strafverfolgung wird in der Polizeilichen Kriminalstatistik der Kriminalämter von Bund und Ländern abgebildet. Dabei werden auf der Datengrundlage der polizeilichen Ermittlungsakten die angezeigten und aufgeklärten Fälle von Verbrechen und Vergehen sowie die polizeilich ermittelten Tatverdächtigen statistisch erfaßt und nach Straftatenarten sowie personenbezogenen Merkmalen von Tätern und (zum Teil) Opfern ausgewertet.

### 2.1 Etwa die Hälfte der bekanntgewordenen Straftaten werden aufgeklärt

Bei der deutschen Polizei wurden 1997 insgesamt 6,59 Millionen Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) registriert; dies waren 8 031 Straftaten je 100 000 Einwohner. Die Häufigkeitszahl lag in den neuen Ländern mit 9 418 (1,33 Mill. registrierte Straftaten) über der im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin (7 742 bzw. 5,26 Mill. registrierte Straftaten).

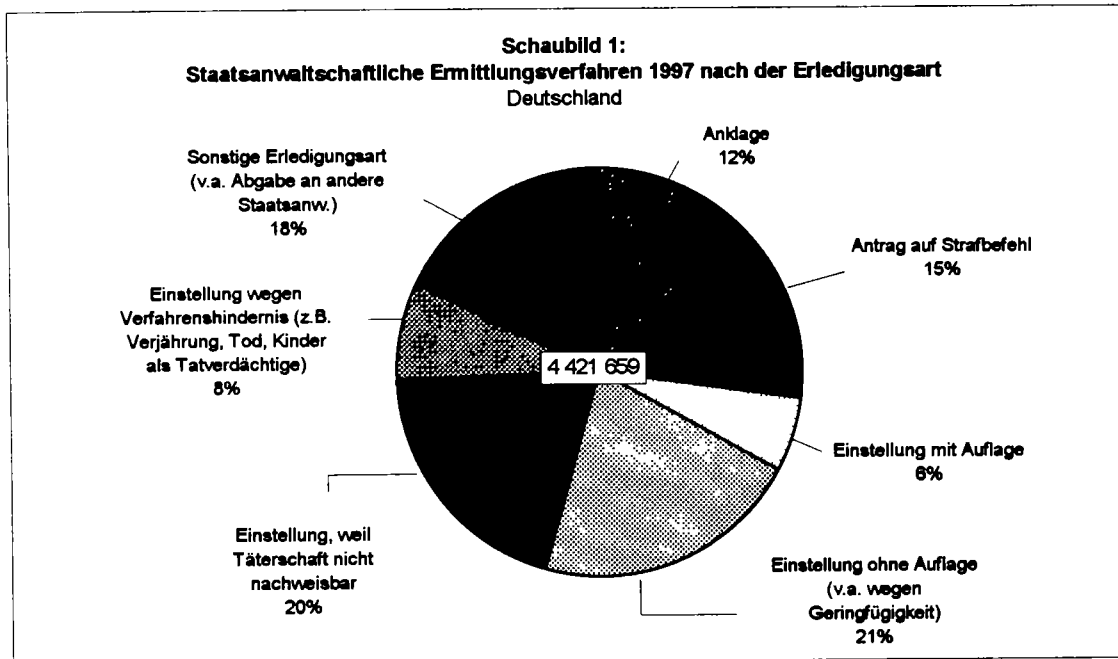
Die in Deutschland gemeldeten Straftaten konnten etwa zur Hälfte aufgeklärt werden (51 %). Dabei wurden insgesamt 2,3 Millionen Tatverdächtige ermittelt. 6 % der Tatverdächtigen (144 000) waren Kinder unter 14 Jahren, die für ihre Tat strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden können.

Der polizeilichen Ermittlungsarbeit folgt - unabhängig von der Aufklärung der Straftat - in der Regel ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren. Die Staatsanwaltschaftsstatistik der Statistischen Ämter, die vordringlich der Kapazitätsplanung der Landesjustizverwaltungen dient, berichtet über die Geschäftsentwicklung hinsichtlich derjenigen Verfahren, die sich gegen polizeilich festgestellte Tatverdächtige richteten. Diese verfahrensbezogene Erhebung weist u.a. für die erledigten Ermittlungsverfahren den Einleitungs- und den Erledigungsgrund nach.

### 2.2 1997 wurde gut die Hälfte der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren eingestellt

1997 wurden in Deutschland rund 4,42 Mill. staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren abgeschlossen. Mit 2,42 Mill. Verfahren wurde gut die Hälfte davon (55 %) aus unterschiedlichen Gründen eingestellt. 1,22 Mill. Verfahren (28 %) wurden eingestellt, weil die Täterschaft, die Tat oder die Tatumstände nicht nachweisbar waren, die Tatverdächtigen noch nicht strafmündig waren oder ein sonstiges Verfahrenshindernis vorlag (*Schaubild 1*). In 953 000 Verfahren (22 %) erfolgte eine Einstellung, weil das Delikt von der Staatsanwaltschaft als geringfügig eingestuft wurde. In weiteren 250 000 Verfahren (6 %) war die Einstellung an Auflagen - wie etwa der

Zahlung eines Geldbetrags an eine gemeinnützige Einrichtung oder die Staatskasse - gebunden. Die Art der Delikte, die den Ermittlungsverfahren zugrunde lagen, oder nähere Angaben zu den Beschuldigten werden in der Staatsanwaltschaftsstatistik nicht erhoben. Zu den polizeilich registrierten Tatverdächtigen, deren Verfahren durch die Staatsanwaltschaft eingestellt wurde, liegen somit keine differenzierten Informationen vor.



Insgesamt wurden 1997 1,21 Millionen Ermittlungsverfahren (27 %) von der Staatsanwaltschaft an die Strafgerichte herangetragen; davon wurde in 529 000 Ermittlungsverfahren (12 %) Anklage erhoben und in 680 000 (15 %) Verfahren Antrag auf Strafbefehl gestellt. Ein Strafbefehl kann nur bei einer Straftat, die im Mindestmaß mit einer Freiheitsstrafe von unter einem Jahr bedroht ist (Vergehen), durch die Staatsanwaltschaft beantragt werden. 1989 hatten (im früheren Bundesgebiet) die entsprechenden Anteile 15 % bzw. 16 % betragen; wegen Geringfügigkeit wurden 1989 13 % (373 000) der Ermittlungsverfahren eingestellt. Die starke Zunahme der Verfahren, die später von der Staatsanwaltschaft als geringfügig eingestuft wurden, bestimmte somit maßgeblich den zahlenmäßigen Gesamtanstieg der Ermittlungsverfahren in den letzten Jahren. Zwischen 1989 und 1997 ist die Gesamtzahl der erledigten Verfahren bei den Staatsanwaltschaften allein im früheren Bundesgebiet ohne Berlin von 2,6 auf 3,2 Millionen und damit um 20 % gestiegen.

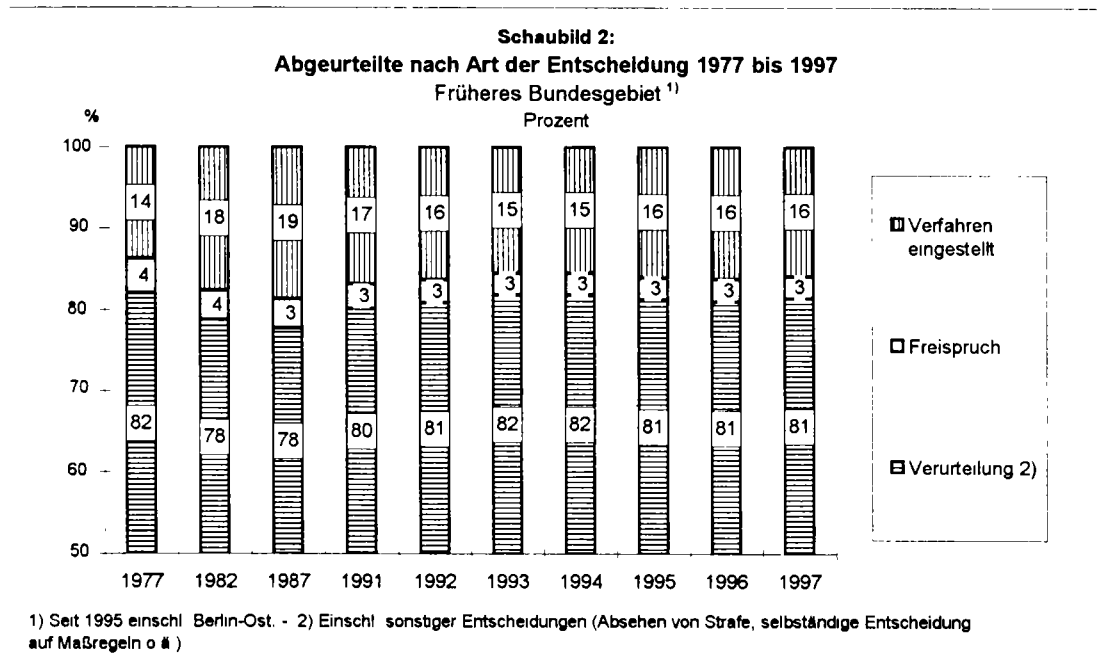
Die Strafgerichte prüfen die von der Staatsanwaltschaft vorgelegte Anklage und entscheiden über Schuld und Bestrafung des Täters. Über die Tätigkeit der Strafgerichte werden zwei Datensammlungen geführt. Während die Strafverfolgungsstatistik für jede abgeurteilte Person sowohl personenbezogene Merkmale als auch die Art der Entscheidungen erfaßt, ist die Statistik über die Geschäftsabwicklung der Strafgerichte eine verfahrensbezogene Erhebung. In der Zählkartenerhe-

bung über die Geschäftsabwicklung bei den Strafgerichten bleiben Strafbefehle unberücksichtigt, soweit nicht ein Einspruch eine Hauptverhandlung erforderlich gemacht hatte. Im Berichtsjahr 1997 kam es bei etwa jedem vierten Strafbefehlsantrag der Staatsanwaltschaft zu einer zählkartentechnischen Erfassung in der Strafgerichtsstatistik.

Im Gegensatz zur Strafverfolgungsstatistik, für die nur die verfahrensabschließenden Entscheidungen gezählt werden, erhebt die Strafgerichtsstatistik die Geschäftsabwicklung aller Instanzen, die ein Verfahren bis zur Rechtskraft der Entscheidung durchläuft, gesondert. Eine Zeitverlaufsanalyse einzelner Verfahren ist aber nicht möglich.

### 2.3 Praxis der Verfahrenseinstellungen bei den Strafgerichten von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich

Die Zahl der Strafverfahren, die bereits in erster Instanz rechtskräftig entschieden wurden, ist in den letzten 20 Jahren angestiegen. Während 1977 (im früheren Bundesgebiet) auf 100 durch Urteil erledigte erstinstanzliche Strafverfahren 17,7 Berufungs- oder Revisionsverfahren kamen, waren es 1997 noch 15,5 (*Tabelle 1*). Das Verhältnis von erstinstanzlichen Bußgeldverfahren zu solchen in der Rechtsmittelinstanz hat sich im selben Zeitraum dagegen kaum verändert. 1977 kamen 2,2 Rechtsmittelverfahren in Bußgeldsachen auf 100 erstinstanzliche Verfahren, 1997 waren es 2,0.

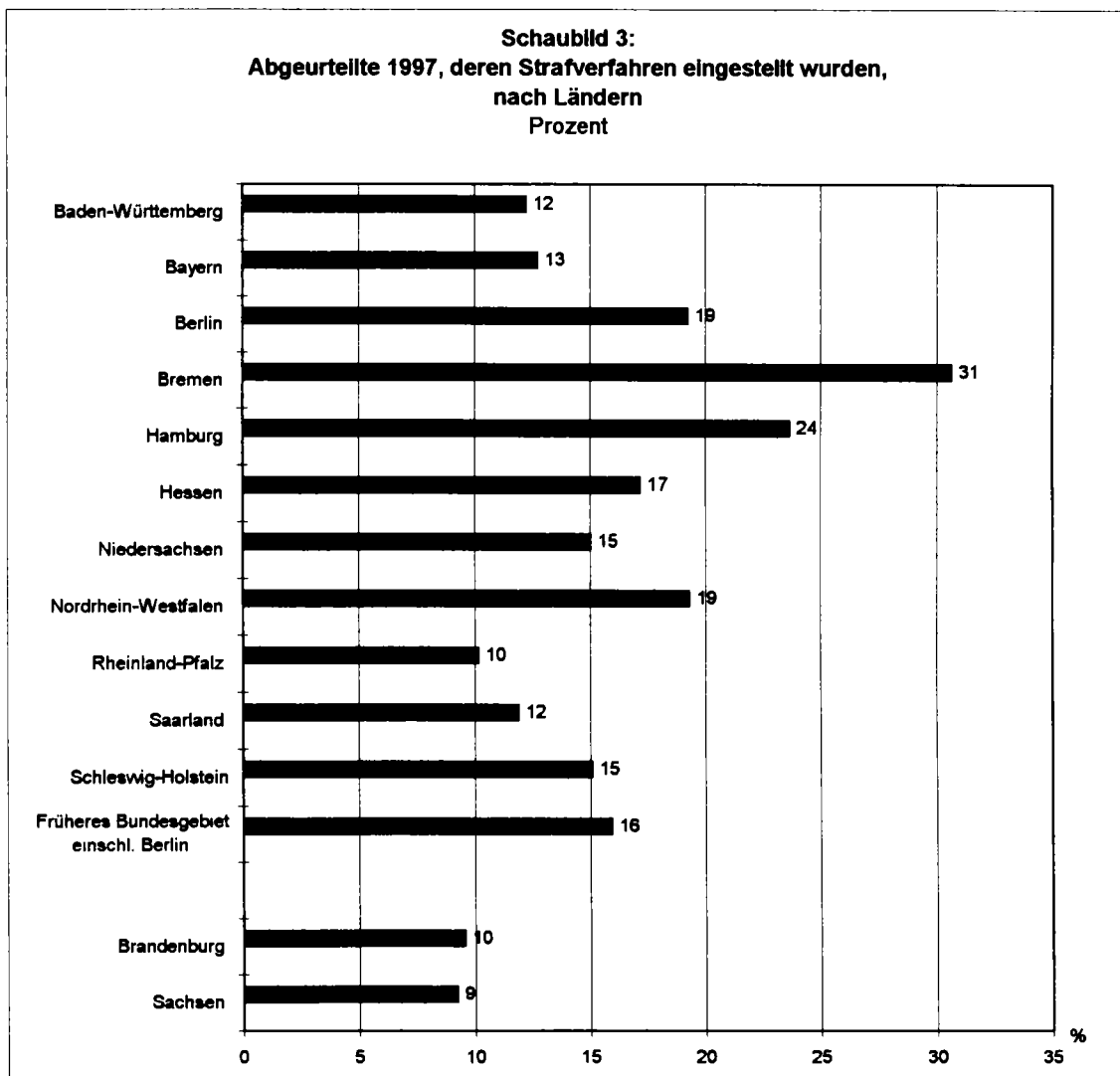


Die Strafverfolgungsstatistik für 1997 beziffert den Anteil der Verurteilten an den Abgeurteilten im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin mit 81 % (*Schaubild 2*). Freigesprochen wurden 3 % der Abgeurteilten; bei 16 % wurde das Verfahren eingestellt. Die Personen, bei denen die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren eingestellt hatte, sind hier nicht mitgezählt. Der Anteil der



strafgerichtlichen Einstellungen an allen Sanktionen lag 1997 höher, der für die Freisprüche etwas niedriger als vor zwanzig Jahren: 1977 wurde gegen 14 % der Abgeurteilten das Verfahren eingestellt, 4 % der Abgeurteilten wurden freigesprochen und 82 % verurteilt.

Bei den Verfahren wegen Straßenverkehrsdelikten kommt es im Vergleich zu den sonstigen Delikten häufiger zu einer strafrechtlichen Verurteilung. So wurden 1997 78 % aller Personen, gegen die ein Strafverfahren wegen einer Straftat außer solchen im Straßenverkehr abgeschlossen wurde, auch verurteilt. Bei den Straßenverkehrsdelikten betrug die Verurteilungsquote 89 %. Dies dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß bei Straßenverkehrsdelikten überdurchschnittlich häufig Strafbefehle ausgestellt werden.



Die Verurteilungsquote - und damit verbunden auch die Einstellungsquote bei Strafverfahren - variiert zwischen den einzelnen Bundesländern. 1997 erfolgte in Sachsen bei 9 % und in Rheinland-Pfalz bei 10 % der Abgeurteilten eine Einstellung des Strafverfahrens, in Bremen waren es 31 % (Schaubild 3). Dabei sind Verfahrenseinstellungen häufig mit Auflagen und Weisungen

bzw. bei Jugendlichen mit erzieherischen Maßnahmen verbunden, die - bei minderschweren Taten - der „Genugtuung“ für das begangene Unrecht dienen können.

#### **2.4 Verfahren, bei denen Untersuchungshaft angeordnet wurde, enden seltener mit Freispruch**

Die Untersuchungshaft darf gegen Beschuldigte angeordnet werden, wenn diese der Tat dringend verdächtig sind und ein Haftgrund besteht. Allgemeine Haftgründe sind Flucht, Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr. Bei schweren Straftaten - namentlich in Fällen des Mordes oder Totschlags - ist die Anordnung der Untersuchungshaft bereits zulässig, wenn Umstände vorliegen, die die Gefahr begründen, daß ohne Festnahme des der Tat dringend verdächtigten Beschuldigten die alsbaldige Aufklärung und Ahndung der Tat gefährdet sein könnte; ausreichend kann insoweit schon die zwar nicht mit bestimmten Tatsachen belegbare, aber nach Umständen des Falles doch nicht auszuschließende Flucht- oder Verdunkelungsgefahr oder die ernstliche Befürchtung, daß der Täter weitere Taten ähnlicher Art begehen werde, sein. In der Strafverfolgungstatistik wird erfaßt, ob und aus welchem Grund gegen Abgeurteilte Untersuchungshaft angeordnet worden war. Informationen zu Tatverdächtigen mit angeordneter Untersuchungshaft, die nicht abgeurteilt wurden, liegen nicht vor.

Im Berichtsjahr 1997 wurde für das frühere Bundesgebiet einschl. Berlin gegen 4 von 100 in der Strafverfolgungstatistik erfaßten Personen (40 500) in Verbindung mit der Straftat Untersuchungshaft angeordnet (*Tabelle 2*). In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle (97 %) wurde die Anordnung der Untersuchungshaft mit Flucht oder Fluchtgefahr des Tatverdächtigen begründet. Nächstwichtiger Grund war mit einer Häufigkeit von 5 % der Fälle die Verdunkelungsgefahr. In manchen Fällen wurde die Untersuchungshaft aus mehreren Gründen angeordnet.

Bei Mord und Totschlag war 1997 der Anteil der Personen mit Untersuchungshaft mit 75 % aus den eingangs genannten Gründen besonders hoch. Ein hoher Anteil der Personen mit Untersuchungshaft war zudem bei den Verurteilungen wegen Vergewaltigung zu verzeichnen (50 %). Hierbei wurde die Untersuchungshaft unter anderem mit Wiederholungsgefahr begründet. Insgesamt sind die Fälle von deliktspezifisch oder wegen Wiederholungsgefahr angeordneter Untersuchungshaft aber von nachrangiger Bedeutung.

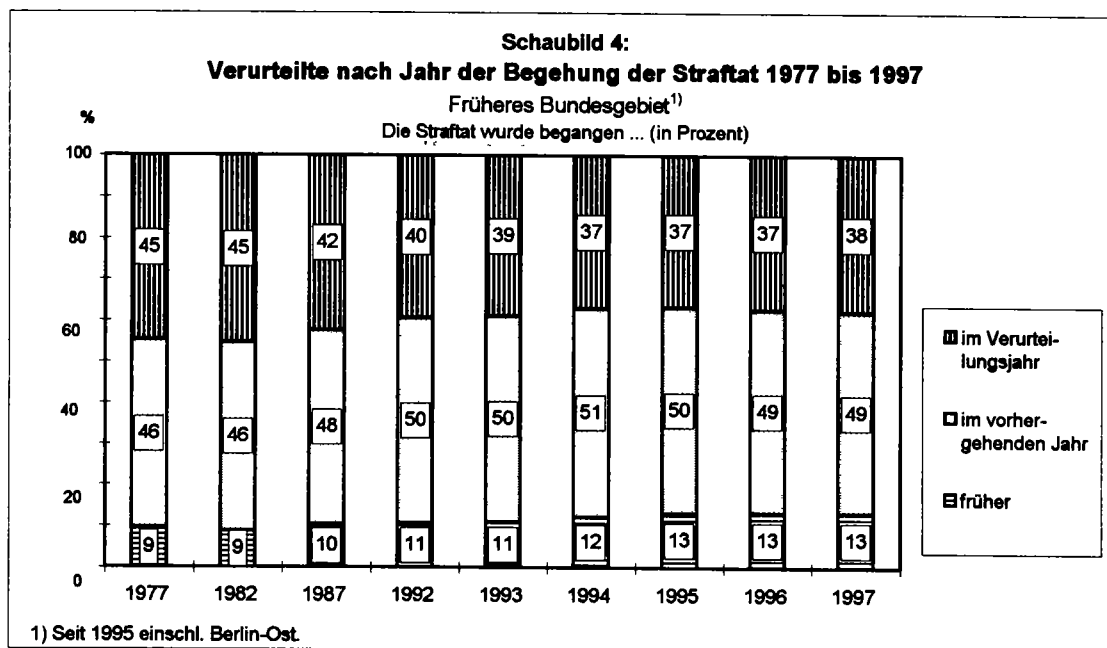
Im Hinblick auf die strengen Voraussetzungen für ihre Anordnung folgt der Untersuchungshaft in der Regel eine spätere strafrechtliche Verurteilung. So wurden 1997 gut 97 % der Abgeurteilten mit Untersuchungshaft später auch verurteilt, nur 1 % wurde freigesprochen.

Die zahlenmäßige Entwicklung der Tatverdächtigen mit Untersuchungshaft im Zeitverlauf läßt keine eindeutige Tendenz hin zu einer restriktiveren oder großzügigeren Auslegung der einschlägigen Bestimmungen durch die Gerichte erkennen. 1977 lag der betreffende Anteil an den in der Strafverfolgungstatistik erfaßten Personen wie 1997 bei 4 %, 1987 waren es 3 %.

## 2.5 Vier von zehn Straftätern noch im selben Jahr verurteilt

Verfahrensrechtliche Institute wie der Strafbefehl oder - in jüngerer Vergangenheit - das beschleunigte Verfahren wurden eingeführt, um den zeitlichen Abstand zwischen Straftat und strafrechtlicher Sanktion zu verringern.

Dennoch hat sich seit 1977 der Zeitraum zwischen Tat und rechtskräftiger Verurteilung erhöht (Schaubild 4). So wurden vor zwanzig Jahren 45 % der Verurteilten noch in dem Jahr, in dem sie die Straftat begangen hatten, verurteilt (Tabelle 3). Bei 46 % der Verurteilten lag die Straftat bereits ein Jahr zurück. Dagegen lag 1997 im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin der Anteil derer, die noch im Jahr der Begehung der Tat strafrechtlich verurteilt wurden, bei 38 %. Etwa die Hälfte (49 %) der im Berichtsjahr 1997 Verurteilten hatten ihre abgeurteilte Tat bereits ein Jahr zuvor begangen, 13 % noch früher. Dabei ist zu beachten, daß 1995 die Verfahren - soweit dies statistisch erfaßt wurde - im Durchschnitt noch geringfügig länger dauerten. 1995 erfolgten 50 % der Verurteilungen ein Jahr nach der Straftat und 13 % zwei oder mehr Jahre nach der Tat. Inwieweit die verlängerte Dauer auf längere Ermittlungszeiten der Polizei oder der Staatsanwaltschaft bzw. längere Wartezeiten oder Gesamtverfahrensdauern bei den Strafgerichten zurückzuführen ist, läßt sich auf der Grundlage der vorliegenden Zahlen nicht quantifizieren.



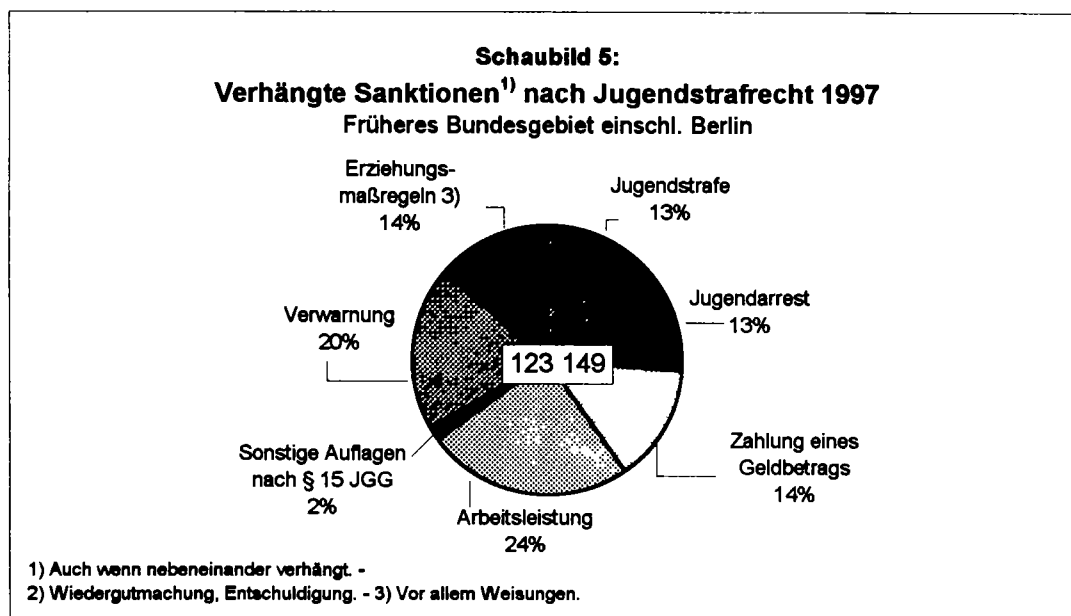
### 3 Strafzumessung der Gerichte

#### 3.1 Junge Straftäter werden überwiegend mit Zuchtmitteln bestraft

Nach den Ergebnissen der Strafverfolgungsstatistik für das frühere Bundesgebiet und Berlin wurden 1997 insgesamt 960 300 Personen abgeurteilt und 780 500 (81 %) verurteilt. Bei neun von zehn Verurteilten (89 % bzw. 692 700 Personen) fand 1997 das allgemeine Strafrecht Anwendung (Tabelle 4). Häufigste Sanktion war in 82 % der Fälle eine Geldstrafe; eine Freiheitsstrafe wurde gegen 18 % der Verurteilten nach allgemeinem Strafrecht ausgesprochen. Die wenigen Fälle von Strafarrrest, der ausschließlich gegen Angehörige der Bundeswehr verhängt werden kann, fallen zahlenmäßig nicht ins Gewicht.

Nach Jugendstrafrecht wurden 1997 im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin insgesamt 87 800 Personen (11 %) verurteilt. Das Jugendstrafrecht bietet neben der freiheitsentziehenden Jugendstrafe mit den sogenannten Zuchtmitteln und Erziehungsmaßregeln ein weiter abgestuftes Sanktionssystem, das dem besonderen Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts Rechnung trägt. Erziehungsmaßregeln - wie etwa die Anordnung von Erziehungshilfe oder die Weisung, sich um einen Täter-Opfer-Ausgleich zu bemühen - wurden seit Mitte der 80er Jahre seltener verhängt. 1997 wurden gegen 8 % der nach Jugendstrafrecht Verurteilten ausschließlich Erziehungsmaßregeln verhängt (1977: 10 %; 1987: 19 %).

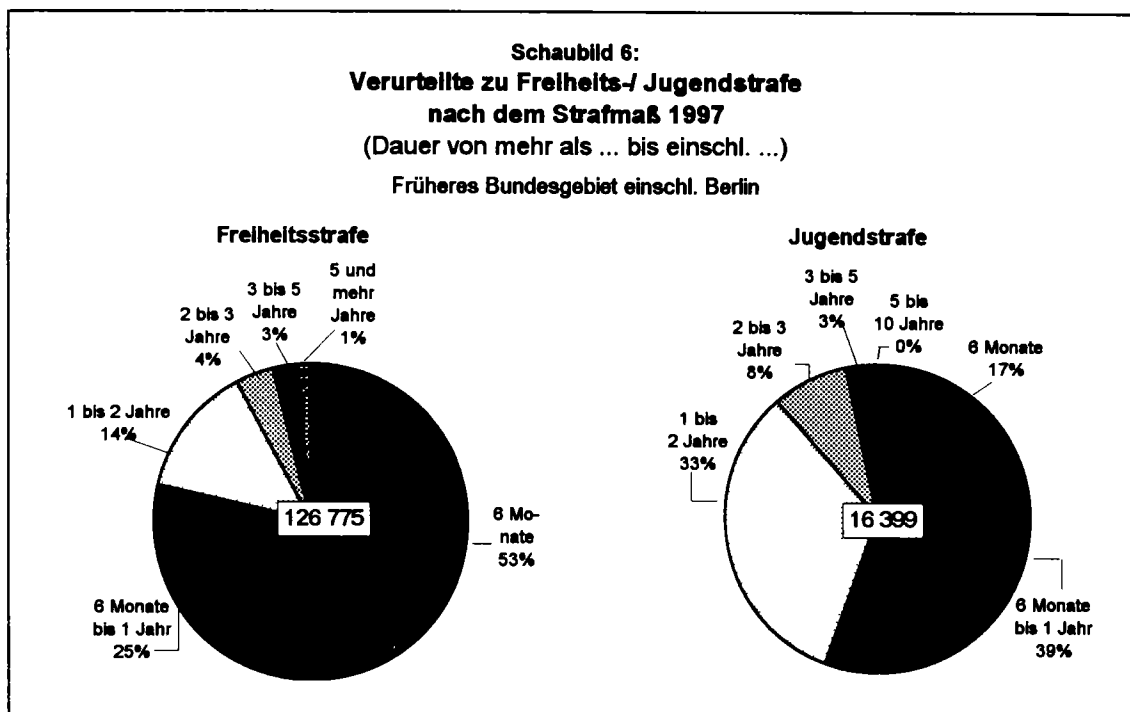
Gleichzeitig haben insbesondere die Zuchtmittel - wie auferlegte Arbeits- oder Geldleistungen oder Jugendarrest - und auch die Jugendstrafe an Bedeutung für die Sanktionspraxis der Strafgerichte gewonnen. 1997 wurden - gleichzeitig verhängte leichtere Sanktionen nicht mitgerechnet - 16 400 (19 %) der nach Jugendstrafrecht Verurteilten zu Jugendstrafe und 64 700 (74 %) zu Zuchtmitteln verurteilt.



Bezogen auf alle (auch nebeneinander) verhängten jugendstrafrechtlichen Sanktionen, lag 1997 der Anteil der Jugendstrafe bei 13 %, der Zuchtmittel bei 73 % und der Erziehungsmaßnahmen bei 14 % (Schaubild 5).

Die Verhängung der Jugendstrafe als härteste Sanktion gegen jugendliche Straftäter ist nur bei schweren oder wiederholten Straftaten vorgesehen. Sie beträgt im Mindestmaß 6 Monate. Im Berichtsjahr 1997 lag für vier von zehn der zu Jugendstrafe verurteilten Personen (39 %) das Strafmaß zwischen 6 Monaten und einem Jahr. Mit Freiheitsentzug von 1 bis 2 Jahren wurden 33 % der zu Jugendstrafe Verurteilten belegt (Schaubild 6).

Bei einer Bewertung der gerichtlichen Strafzumessungspraxis im Zeitverlauf ist zu beachten, daß strafgerichtliche Sanktionen - neben den „informellen“ Sanktionen der Staatsanwaltschaften - nur einen Teil der Reaktionen seitens der Justiz auf registrierte Kriminalität darstellen. Eine veränderte Einstellungspraxis seitens der Staatsanwaltschaften beeinflußt auch die Struktur der strafgerichtlichen Sanktionen.



### 3.2 1997 gut zwei Drittel der freiheitsentziehenden Strafen zur Bewährung ausgesetzt

Freiheitsstrafe nach allgemeinem Strafrecht, zu der im Berichtsjahr 1997 insgesamt 126 800 Personen verurteilt wurden, beträgt im Mindestmaß einen Monat. Sie ist nicht wie die Jugendstrafe auf schwere Kriminalität beschränkt. Dies trägt mit dazu bei, daß die nachgewiesene Strafdauer bei Freiheitsstrafen nach Erwachsenenstrafrecht im Mittel deutlich unter dem Vergleichswert für Jugendstrafen liegt.

Während mehr als drei Viertel der zu Freiheitsstrafe Verurteilten (78 %) mit Freiheitsentzug bis zu einem Jahr belegt wurden, betrug der entsprechende Anteil bei der Jugendstrafe 56 % (*Schaubild 6*).

Insgesamt wurde 1997 gut jeder sechste Verurteilte (143 200 oder 18 %) mit einer Gefängnisstrafe belegt. Sofort „ins Gefängnis geschickt“ wurde aber nur jeder achtzehnte Verurteilte (45 000 bzw. 6 %). Bei gut zwei von drei der zu Jugend- oder Freiheitsstrafe (98 100 bzw. 69 %) Verurteilten wurde die Strafe - wegen günstiger Sozialprognose - zunächst zur Bewährung ausgesetzt.

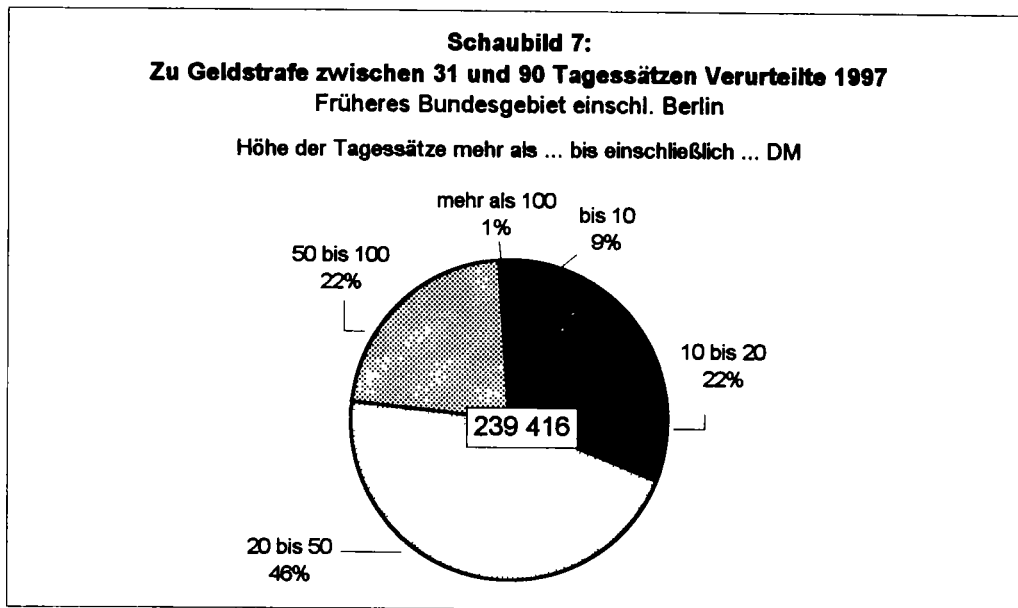
Dabei wurden die Jugend- und Freiheitsstrafen in den letzten 20 Jahren zunehmend als Bewährungsstrafen ausgesprochen. Während 1977 der Anteil der zur Bewährung ausgesetzten Strafen an den Verurteilungen zu Jugendstrafe bei 60 % und an den Verurteilungen zu Freiheitsstrafe bei 65 % gelegen hatte, stiegen die entsprechenden Relationen bis 1997 auf 65 % bzw. 69 % (1987: 65 bzw. 68 %). Der hohe Anteil der zur Bewährung ausgesetzten Freiheits- und Jugendstrafen relativiert die „strengere“ Sanktionspraxis insbesondere gegen Jugendliche und Heranwachsende. Ohnehin dürfte der Rückgang bei Verurteilungen wegen Straßenverkehrsdelikten im Vergleich zu anderen, durchschnittlich mit höherer Strafe bedrohten Straftaten zur veränderten Struktur der verhängten Sanktionen beigetragen haben.

### **3.3 Geldstrafe die „Regelsanktion“ bei Straßenverkehrsdelikten**

Bei einer Verurteilung zu Geldstrafe, die nur das allgemeine Strafrecht und dies nur bei minder schweren Delikten vorsieht, schlägt sich die Schwere der Straftat bzw. die Höhe des erkannten Strafmaßes in der Zahl sogenannter Tagessätze nieder. Die Höhe der Tagessätze bemisst der Richter an der finanziellen Situation der zu verurteilenden Person. Bei Erwerbstätigen soll ein Tagessatz etwa dem Nettoeinkommen eines Tages entsprechen. Allerdings kann der Richter bei der Einkommensberechnung für eine Geldstrafe besondere Härten berücksichtigen. So wird etwa bei Sozialhilfeempfängern, die zu einer Geldstrafe verurteilt werden, nicht ein Tagessatz in der Höhe der täglichen Zuwendungen, sondern in der Regel nur die derzeitige Mindesthöhe eines Tagessatzes von 2 DM zu Grunde gelegt.

Geldstrafen werden besonders häufig wegen Straßenverkehrsdelikten verhängt. Von den im Berichtsjahr 1997 insgesamt 565 700 zu Geldstrafe verurteilten Personen im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin war dies bei 38 % (215 500) der Fall (*Tabelle 5*). 1997 wurden 86 % aller wegen Straßenverkehrsdelikten Verurteilten mit einer Geldstrafe belegt.

Im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik wird die Zahl der verhängten Tagessätze bei Geldstrafen in Intervallen erhoben: 1997 fielen mit 42 % die meisten Strafen in das Intervall zwischen 31 und 90 Tagessätzen. Dabei lag der durchschnittliche Tagessatz (Median) bei 32 DM (*Schaubild 7*).



Die Schwere der verhängten Geldstrafen hat sich - gemessen an der Zahl der Tagessätze - in den letzten zwanzig Jahren erhöht. So wurden vor zwanzig Jahren 40 % der zu Geldstrafe Verurteilten mit einer Strafe von 5 bis 15 Tagessätzen belegt; 1997 waren es 14 %. Gleichzeitig stieg zwischen 1977 und 1997 der Anteil derjenigen zu Geldstrafe verurteilten Personen, die zwischen 31 und 90 Tagessätzen bezahlen mußten, von 23 % auf 42 %. Diese Entwicklung könnte auch durch die Strafverfolgungspraxis der Justizorgane beeinflusst sein, sofern früher häufiger als heute leichtere Formen der Kriminalität überhaupt zu einer Verurteilung geführt hätten.

Geldstrafen von mehr als 90 Tagessätzen konzentrieren sich auf wenige Delikte, insbesondere schwere Formen von Vermögensdelikten und Körperverletzungen. Während 1997 insgesamt 6 % (32 300) der zu Geldstrafe Verurteilten mit einer Strafe zwischen 91 und mehr Tagessätzen belegt wurden, waren es beim schweren Diebstahl 42% (1 900) und bei schwerer Körperverletzung 45 % (2 600).

#### **3.4 Jeder zwölfte Abgeurteilte wegen einer Straftat gegen das Leben in psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen**

Neben einer Strafe kann das Strafgericht zusätzlich Maßregeln der Besserung und Sicherung gegen einen Straftäter verhängen, die der Behandlung des Täters und/ oder der Sicherung der Gemeinschaft vor dem Straftäter dienen. Maßregeln können außerdem - bei schuldunfähigen Tätern, die nicht zu Strafe verurteilt werden können - allein angeordnet werden.

Der Anteil der Abgeurteilten, gegen die freiheitsentziehende Maßregeln der Besserung und Sicherung (Unterbringung in psychiatrischem Krankenhaus, Entziehungsanstalt, Sicherungsverwahrung) angeordnet wurden, ist insgesamt sehr gering, aber in den letzten zwanzig Jahren deutlich angestiegen. Während 1977 auf 10 000 Abgeurteilte 10 mit freiheitsentziehenden Maßregeln

kamen, waren es 1987 12 und 1997 20 (*Tabelle 6*). Angestiegen ist insbesondere die Zahl der Personen, bei denen eine Unterbringung in einer Entziehungsanstalt angeordnet wurde.

Im Berichtsjahr 1997 wurden im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin 1 116 Personen (59 % der Personen, gegen die eine freiheitsentziehende Maßregel verhängt wurde) in eine Entziehungsanstalt eingewiesen. Gegenüber 1977 (429 Abgeurteilte bzw. 49 %) ist der Anteil um 10 Prozentpunkte gestiegen.

Der höchste Anteil von Personen mit freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung an den Abgeurteilten war 1997 mit 12 % bei den Straftaten gegen das Leben zu verzeichnen. Hier erfolgte in der Mehrzahl der Fälle eine Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus. So wurde 1997 jeder zwölfte Abgeurteilte (insgesamt 120 Personen) wegen einer Straftat gegen das Leben in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen; von diesen waren 82 % schuldunfähig.

### **3.5 Bei Straftaten im Straßenverkehr wird zunehmend häufiger der Führerschein entzogen**

Als - nicht freiheitsentziehende - Maßregeln der Besserung und Sicherung können Führungsaufsicht, Berufsverbot sowie Entziehung der Fahrerlaubnis angeordnet werden. Die Fahrerlaubnis kann als sichernde Maßregel entzogen und eine Sperrfrist für ihre Wiedererteilung angeordnet werden (Sperrfrist), wenn die Tat im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs stand. Alternativ kann Verurteilten wegen solcher Straftaten als Nebenstrafe ein Fahrverbot für ein bis drei Monate auferlegt werden. Bei bestimmten Verkehrsdelikten ist in der Regel ein Fahrverbot anzuordnen, wenn die Entziehung der Fahrerlaubnis unterbleibt.

Im Berichtsjahr 1997 wurde im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin insgesamt 160 800 Abgeurteilten nach Straßenverkehrsdelikten die Fahrerlaubnis entzogen. Das waren 57 % aller Personen, die wegen Straftaten im Straßenverkehr abgeurteilt wurden (*Tabelle 7*). Unter den Abgeurteilten, denen 1997 die Fahrerlaubnis entzogen wurde, waren 19 % Wiederholungstäter, denen bereits früher der Führerschein einmal oder mehrmals entzogen worden war.

1977 hatte der Anteil mit Entziehung der Fahrerlaubnis an den Abgeurteilten mit 47 % deutlich unter dem aktuellen Wert gelegen; 1987 waren 51 % zu verzeichnen. In den letzten zwanzig Jahren wurde auch ein gestiegener Anteil von Abgeurteilten bzw. Verurteilten mit einem Fahrverbot belegt. Beides deutet auf eine tendenziell strengere Sanktionierung von Straftaten im Straßenverkehr. Insgesamt wurden 1997 mit 188 700 zwei Drittel (67 %) der wegen Straßenverkehrsdelikten abgeurteilten Personen mit Entziehung der Fahrerlaubnis oder Fahrverbot bestraft. Zwanzig Jahre zuvor wurden entsprechende Sanktionen gegen 53 % (1977; 1987: 62 %) der wegen Straftaten im Straßenverkehr Abgeurteilten verhängt.



## **4 Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität**

### **4.1 Statistische Aussagen zur Kriminalität**

In der öffentlichen Diskussion wird als Indikator für die Kriminalitätsentwicklung besonders die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) beachtet. Diese läßt allerdings nur bedingt Schlüsse auf eine tatsächliche Veränderung der Kriminalität zu, da auch ein verändertes Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder eine größere polizeiliche Verfolgungsintensität zu einem Anstieg der entdeckten und somit statistisch erfaßten Kriminalität führen kann. Vor allem bildet die PKS nur den Verdacht der Polizei gegenüber einem Täter ab; ob dieser die Tat tatsächlich begangen hat und die Voraussetzungen für eine Verurteilung erfüllt, entscheiden erst die Gerichte.

Die gerichtliche Kriminalstatistik, wie sie sich in der Strafverfolgungsstatistik der Statistischen Ämter darstellt, ist ebenfalls zur Beschreibung der Kriminalitätsentwicklung nur bedingt geeignet. Hier ist der Einfluß der Strafverfolgungspraxis der Justiz auf die Verurteiltenzahl zu beachten. Die große Zahl von Verfahrenseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft wird in der gerichtlichen Kriminalstatistik nicht erfaßt. Außerdem ist der Ermittlungserfolg der Polizei für die Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität von großer Bedeutung: Eine höhere polizeiliche Aufklärungsquote führt zu höheren Verurteiltenzahlen.

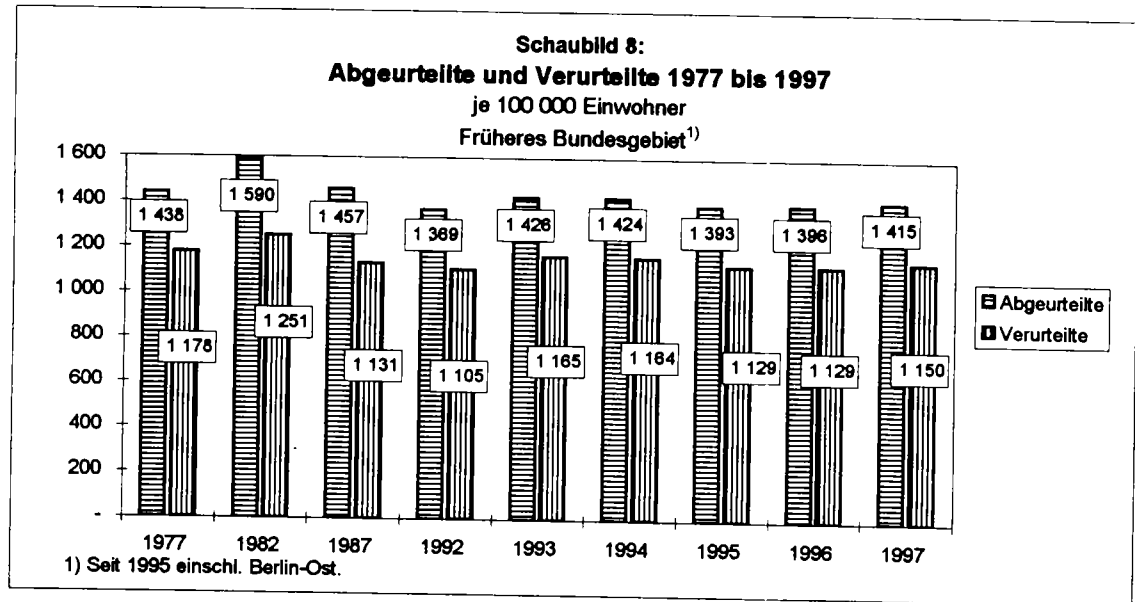
Ohnehin können Statistiken lediglich das sogenannte Hellfeld der Kriminalität abbilden, das Dunkelfeld der - polizeilich und gerichtlich - nicht registrierten Straftaten bleibt unerfaßt. Diese Einschränkung gilt gleichermaßen für die polizeiliche und die gerichtliche Kriminalstatistik.

Im übrigen leidet derzeit die Aussagekraft der Strafverfolgungsstatistik noch unter ihrer regionalen Beschränkung. Die Strafverfolgungsstatistik wurde noch nicht flächendeckend in den neuen Ländern eingeführt, so daß vergleichbare Zahlen zur gerichtlich registrierten Kriminalität nur für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin vorgelegt werden können. Angesichts der in der PKS ausgewiesenen besonderen Kriminalitätsentwicklung in den neuen Ländern ist die mangelhafte Datensituation der Strafverfolgungsstatistik besonders mißlich. Die vorliegenden Eckzahlen aus Brandenburg, Sachsen und Thüringen können höchstens Entwicklungstendenzen für die neuen Länder aufzeigen.

### **4.2 Kriminalitätsentwicklung der letzten Jahre**

Nach den Ergebnissen der Strafverfolgungsstatistik für 1997 wurden im früheren Bundesgebiet mit 780 500 Personen 8 % mehr verurteilt als 1977 (723 000). Während sich die Verurteiltenzahl absolut erhöht hat, ist die Zahl der Verurteilungen pro Kopf der Bevölkerung insgesamt im selben Zeitraum leicht zurückgegangen (*Schaubild 8*): 1977 wurden 1 178 verurteilte Straftäter je 100 000 Einwohner in den alten Ländern gezählt, 1997 waren es 1 150. Diese Relativzahl kann

als Belastung der Bevölkerung durch (gerichtlich registrierte) Kriminalität interpretiert werden. Ob die verurteilten Täter auch in Deutschland wohnten bzw. gemeldet waren, ist hierbei unerheblich.



Ein anderes Bild der Kriminalitätsentwicklung ergibt sich, wenn die Straßenverkehrsdelikte herausgerechnet werden. Bleiben die Straßenverkehrsdelikte unberücksichtigt, lag die Zahl der Verurteilungen je 100 000 Einwohner im Berichtsjahr 1997 mit 781 um 21 % über dem Wert von 1977 (647, *Tabelle 8*). Das Ausmaß der gerichtlich registrierten Kriminalität erreichte in der zuletzt bezeichneten Abgrenzung 1997 einen vorläufigen Höhepunkt für die letzten 20 Jahre. Dabei verlief die Entwicklung seit 1977 uneinheitlich. Einem Anstieg bis Mitte der achtziger Jahre (1983: 775) folgte ein Rückgang bis Anfang der 90er Jahre (1991: 679). Seitdem liegen die Verurteilenzahlen - wegen Straftaten ohne Straßenverkehrsdelikte - je 100 000 Einwohner im früheren Bundesgebiet wieder höher.

#### 4.3 Stadtstaaten durch Kriminalität stärker betroffen

Gemessen an der Zahl der Verurteilten je 100 000 Personen der Wohnbevölkerung sind die Einwohner der Stadtstaaten weitaus stärker von Kriminalität betroffen als die der Flächenländer (*Tabelle 8*). So wurden 1997 in den drei Stadtstaaten 1 023 Verurteilungen (ohne Straßenverkehrsdelikte) auf 100 000 Einwohner registriert, in den Flächenländern des früheren Bundesgebiets lag die Verhältniszahl mit 758 um ein Drittel niedriger.

Die Verurteilenzahlen je Einwohner variieren erheblich zwischen den Flächenländern. Die relativ höchste Zahl weist Bayern, die geringste Schleswig-Holstein auf. Allerdings werden in Schleswig-Holstein unterproportional und in Bayern überproportional häufig staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren durch eine Anklage und Strafverfahren durch eine Verurteilung abgeschlossen. Im übrigen weist die PKS für Bayern eine überdurchschnittlich hohe Aufklärungsquote von Strafta-

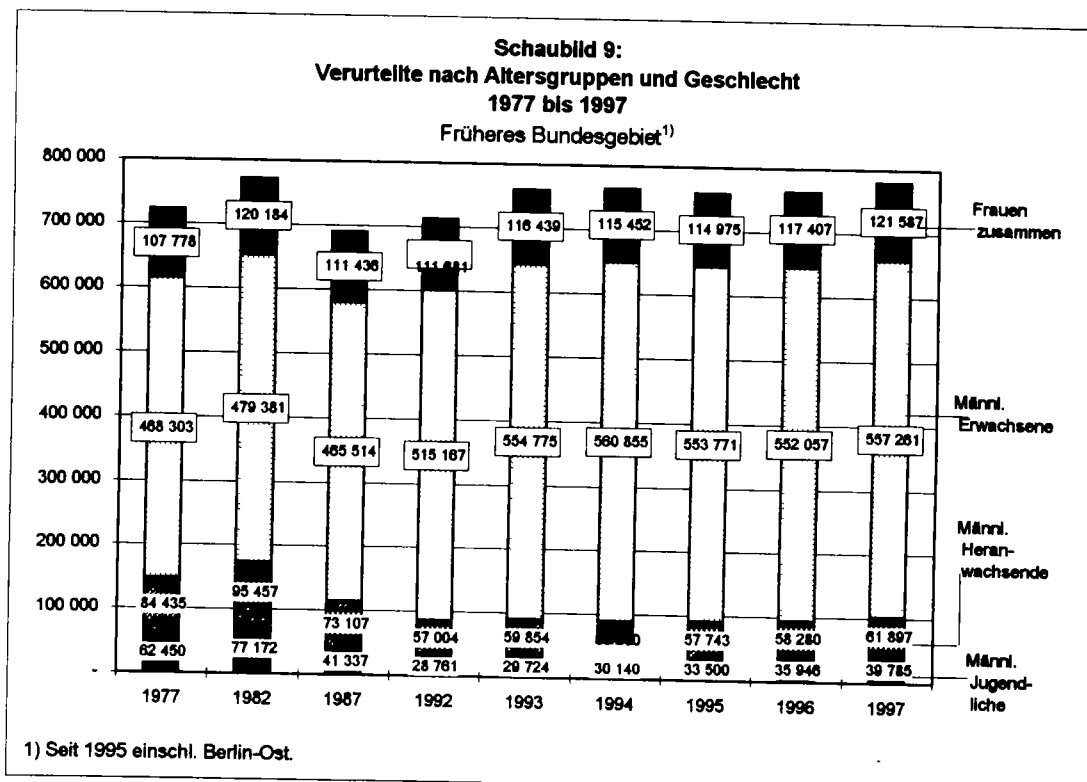
ten durch die Polizei aus, was ebenfalls letztlich zu höheren Verurteilungszahlen pro Kopf der Bevölkerung führt.

Brandenburg und Sachsen weisen im Vergleich zu den anderen Flächenstaaten überdurchschnittliche, Thüringen unterdurchschnittliche Verurteilungszahlen je Einwohner auf. Ob sich nach der Strafverfolgungsstatistik allgemein für die neuen Länder eine vom früheren Bundesgebiet abweichende (gerichtlich registrierte) Kriminalitätsbelastung ergibt, wird erst die dringend erforderliche Einführung der Strafverfolgungsstatistik in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zeigen.

#### 4.4 Alters- und geschlechtsspezifische Verteilung der Kriminalität

Die gerichtlich registrierte Kriminalität erweist sich als überwiegend männliches Phänomen. Der Männeranteil an den Verurteilten lag 1997 (658 900 verurteilte Männer) - ähnlich wie in den Vorjahren - bei 84 % (Schaubild 9). Dabei werden zumeist jüngere Männer wegen Verbrechen oder Vergehen von den Strafgerichten verurteilt. So war 1997 jeder zweite verurteilte Mann (325 200 Personen) unter 30 Jahre alt.

Besonders niedrig ist der Anteil der Frauen an der sogenannten Gewaltkriminalität. Im Berichtsjahr 1997 waren nur 6 % der Verurteilten wegen Raub und Erpressung, 7 % der Verurteilten wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, 8 % der Verurteilten wegen Körperverletzung Frauen und 11 % der Verurteilten wegen Straftaten gegen das Leben. Beim einfachen Diebstahl lag der Frauenanteil dagegen bei 29 %.



#### **4.5 Annähernd die Hälfte der 1997 Verurteilten bereits vorbestraft**

Bei bereits verurteilten Straftätern erweisen sich erneute Verstöße gegen Strafvorschriften als relativ wahrscheinlich. Ein Großteil der Verurteilten hat eine „kriminelle Karriere“. So hatte mehr als ein Siebtel der Personen, die im Berichtsjahr 1997 wegen einer Straftat verurteilt wurden, bereits fünf oder mehr Vorstrafen aufzuweisen (119 300 bzw. 16 % der Verurteilten mit Angaben zu Vorstrafen); annähernd die Hälfte der 1997 Verurteilten (353 400 bzw. 47 %) war mindestens einmal vorbestraft (*Tabelle 9*). Seit 1993 ist der Anteil der Personen mit früherer Verurteilung kontinuierlich - insgesamt um 5 Prozentpunkte - angestiegen. Über die letzten zwanzig Jahre hinweg war die Entwicklung aber uneinheitlich.

Es ist zu beachten, daß der Anteil der Vorbestraften an den Verurteilten wesentlich von der Einstellungspraxis der Staatsanwaltschaften und Gerichte abhängt. Werden Verfahren gegen Ersttäter verstärkt eingestellt, erhöht sich der Anteil der Vorbestraften an den Verurteilten.

Der Anteil der bereits vorbestraften Personen an den 1997 Verurteilten schwankt zwischen den einzelnen Straftaten kaum. Lediglich bei den Verurteilten wegen Straßenverkehrsdelikten (36 %) war der Anteil der Personen, die bereits früher mindestens einmal verurteilt worden waren, deutlich unterdurchschnittlich. Überdurchschnittlich viele Personen mit Vorstrafen wurden 1997 wegen Verletzung der Unterhaltspflicht (62 %) sowie wegen schweren Diebstahls (63 %) verurteilt.

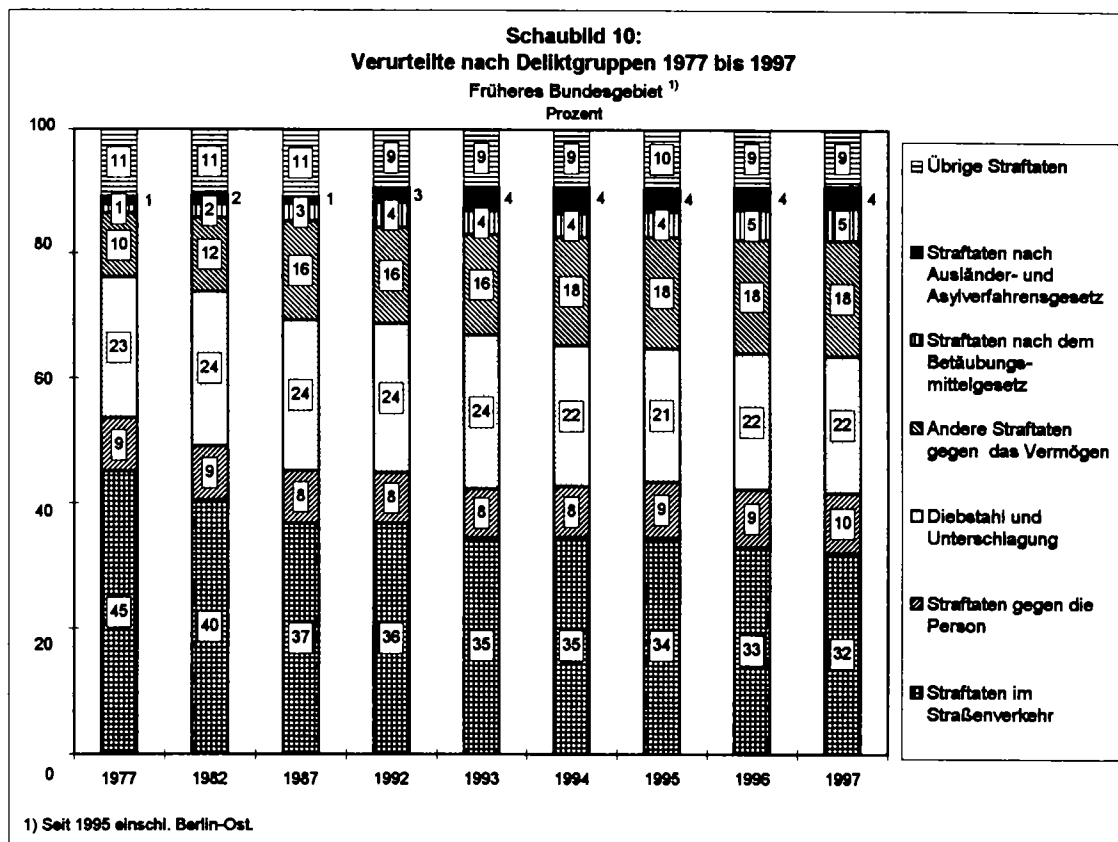
Allerdings verfügt die Strafverfolgungsstatistik über keine Informationen zu einschlägigen Vorstrafen. Deshalb kann z.B. bei den 2 900 Personen, die 1997 wegen Sexualdelikten verurteilt und als vorbestraft erfaßt wurden (Vorbestraftenanteil: 49 %), nicht darauf geschlossen werden, daß sie wegen ähnlicher Straftaten vorverurteilt wurden.

#### **4.6 Seit 1993 Rückgang bei Verurteilungen wegen Diebstahlsdelikten**

Straftaten im Straßenverkehr und Diebstahlsdelikte waren in den letzten zwanzig Jahren durchgängig die Deliktgruppen mit den größten Häufigkeiten bei den Verurteiltenzahlen. Dabei haben sich die Relationen zwischen den einzelnen Deliktgruppen teilweise erheblich verschoben. 1977 wurden 45 % aller Verurteilten wegen Straßenverkehrsdelikten sowie 23 % wegen Diebstahl und Unterschlagung verurteilt; 1997 lagen die entsprechenden Anteile bei 32 % bzw. 22 % (*Schaubild 10*). Gleichzeitig stieg der Anteil der Verurteilten wegen anderer Vermögensdelikte (Urkundenfälschung, Raub etc.) zwischen 1977 und 1997 von 10 % auf 18 %, der Anteil der Betäubungsmitteldelikte von 1 % auf 5 %.

Die strukturellen Veränderungen in der Deliktverteilung Mitte der 90er Jahre stehen wahrscheinlich in Zusammenhang mit dem Rückgang der Asylbewerberzahlen in Deutschland im selben Zeitraum. Nach Ergebnissen der PKS wurden 1993 allein im früheren Bundesgebiet insgesamt 116 600 tatverdächtige Asylbewerber wegen Diebstahlsdelikten polizeilich erfaßt, 1997 noch

41 600 (-64 %). Gleichzeitig sank die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber bei den Straftaten gegen das Ausländer- bzw. das Asylverfahrensgesetz von 61 400 auf 25 000 (-59%).



#### 4.7 1997 gut 28 % mehr Verurteilungen wegen Gewalt gegen Personen als zehn Jahre zuvor

Seit 1987 hat sich die Zahl der Verurteilten wegen Straftaten gegen die Person um 28 % von 58 700 auf 75 300 erhöht. Ausschlaggebend war insbesondere die Zunahme bei den Körperverletzungsdelikten um 35 % (1987: 32 200; 1997: 43 300). 1977 wurden 31 600 Personen wegen Körperverletzungsdelikten und 61 800 wegen Straftaten gegen die Person insgesamt verurteilt.

1997 wurden mit 2 200 Verurteilten 64 % mehr Personen wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern verurteilt als 1987 (1 300, *Tabelle 10*). Die Verurteiltenzahl wegen Körperverletzung an Kindern einschl. gefährlicher Körperverletzung sowie Mißhandlung von Schutzbefohlenen hat sich im selben Zeitraum sogar um 131 % erhöht (1987: 430; 1997: 990). Die beobachtete Zunahme der gerichtlich registrierten Gewalt gegen Kinder in den letzten zehn Jahren kann auch auf eine höhere Sensibilität bzw. Anzeigebereitschaft der Bevölkerung zurückzuführen sein.

Insgesamt ist das Niveau der Verurteiltenzahlen bei Gewalt gegen Kinder im allgemeinen und beim sexuellen Kindesmißbrauch im besonderen aber ähnlich wie Ende der 70er Jahre. 1977 wurden mit 2 100 Personen 4 % weniger Verurteilte wegen sexuellen Kindesmißbrauch gezählt als 1997. 1977 waren bei den Fällen von sexuellem Kindesmißbrauch, die zu einer Verurteilung führten, insgesamt 3 800 Kinder betroffen, 1997 3 900 Kinder (*Tabelle 10*).

## 5 Deutsche und ausländische Verurteilte

Die Rechtspflegestatistik kann über die Ausländerkriminalität nur eingeschränkt Erkenntnisse vermitteln. Zwar liegen in der Strafverfolgungsstatistik Angaben über Personen vor, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen; es fehlen aber Angaben über verurteilte nichtdeutsche Touristen sowie verurteilte Ausländer, die sich illegal in Deutschland aufhalten, da der Aufenthaltsstatus derzeit nicht in der Strafverfolgungsstatistik erfaßt wird.

Aus der Bevölkerungsstatistik stehen Zahlen über die bei den Einwohnerbehörden registrierten Ausländer zur Verfügung. Nichtdeutsche Personen, die nicht zur inländischen Wohnbevölkerung gehören, werden in der Strafverfolgungsstatistik als Ausländer mitgezählt, wenn sie in Deutschland verurteilt werden. Deshalb sind statistische Aussagen zur Kriminalität der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland schwer. Würde man eine Verurteiltenziffer (Verurteilte je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe oder Nationalität) für (strafmündige) Ausländer auf der Grundlage der amtlichen Melderegister errechnen, würde das die Verurteiltenquote der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland überzeichnen. Solche Verurteiltenziffern werden daher nur für die (strafmündige) deutsche Bevölkerung berechnet.

### 5.1 Ausländeranteil an den Verurteilten 1997 bei 27 %

Insgesamt hatten 1997 im früheren Bundesgebiet 209 800 Verurteilte (27 %) nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (*Tabelle 11*). Dem stand ein Ausländeranteil an der gemeldeten strafmündigen Bevölkerung von 10 % gegenüber. Aus den oben genannten Gründen kann daraus aber nicht auf eine dreimal höhere Kriminalitätsbeteiligung der ausländischen Wohnbevölkerung geschlossen werden.

Wie viele Ausländer unter den in Deutschland verurteilten Ausländern nicht zur Wohnbevölkerung gehören, ist nicht bekannt. Nach Ergebnissen der PKS war etwa 1997 jeder dritte ausländische Tatverdächtige einwohnerrechtlich nicht in Deutschland registriert. Unterstellt man eine ähnliche Relation bei den ausländischen Verurteilten, liegt die gerichtlich registrierte Kriminalitätsbeteiligung der ausländischen Wohnbevölkerung insgesamt etwa doppelt so hoch wie die der deutschen. Allerdings sind bei einem Vergleich der Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Ausländern die im folgenden genannten strukturellen Unterschiede zu beachten.

### 5.2 Demographische Einflüsse auf die Entwicklung der Ausländerkriminalität

Bei den hohen absoluten Verurteiltenzahlen der Ausländer spielt die demographische Struktur der Wohnbevölkerung eine Rolle: Junge Männer begehen - auch in der deutschen Bevölkerung - weit mehr Straftaten als andere Bevölkerungsgruppen. Unter den Ausländern ist diese Personengruppe anteilmäßig größer als in der deutschen Bevölkerung. 1997 gab es im früheren Bundes-

gebiet 3,39 Mill. deutsche und 706 000 ausländische Männer im Alter von 14 bis unter 25 Jahren; bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der strafmündigen Männer waren das 14 % der Deutschen und 22 % der Ausländer. 37 % der 1997 verurteilten Ausländer im früheren Bundesgebiet waren 1997 unter 25 Jahren alt. Bei den Deutschen lag der Anteil der entsprechenden Altersgruppe an den Verurteilten bei 28 % (Deutsche und Ausländer insgesamt 30 %).

Demographische Faktoren haben auch wesentlich den starken Anstieg der gerichtlich registrierten Ausländerkriminalität in den letzten 20 Jahren beeinflusst. 1977 lag der Ausländeranteil an den Verurteilten noch bei 10 % (72 400 von insgesamt 723 000 verurteilten Personen), 1997 bei 27 %. Im selben Zeitraum hat sich die Zahl der strafmündigen Deutschen im früheren Bundesgebiet um 10 % (+4,86 Mill.) erhöht, die der einwohnerrechtlich registrierten ausländischen Strafmündigen mehr als verdoppelt (+104 % bzw. +2,96 Mill.). In der Gruppe der 14- bis unter 25jährigen, unter denen die (gerichtlich registrierte) Kriminalitätsbeteiligung am höchsten ist, verlief die Bevölkerungsentwicklung bei Deutschen und Ausländern noch unterschiedlicher. Unter der deutschen Bevölkerung verringerte sich die Zahl der Personen in dieser Altersgruppe um 28 %; bei den einwohnerrechtlich registrierten Ausländern wuchs sie um 115 % (*Tabelle 12*). Gleichzeitig stieg - ausweislich der PKS - in den letzten Jahren die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen, die nicht in der Bevölkerungsstatistik erfaßt sind.

Inwieweit das sozialstrukturelle Umfeld, das bei Deutschen und Ausländern - jedenfalls zum Teil - Unterschiede aufweisen dürfte, Einfluß auf die Ausländerkriminalität hat, läßt sich aus der Strafverfolgungsstatistik nicht entnehmen, da bei letzterer keine sozialstrukturellen Merkmale erhoben werden.

### **5.3 Gut jede sechste Verurteilung von Ausländern 1997 im Zusammenhang mit Aufenthalts- und Einreisebestimmungen**

Insgesamt standen 1997 alleine 25 700 bzw. 12 % aller verurteilten Ausländer wegen Verstößen gegen das Ausländer- bzw. das Asylverfahrensgesetz vor Gericht (*Tabelle 13*). Auch der hohe Ausländeranteil von 45 % (10 200 verurteilte Ausländer) bei Urkundenfälschung dürfte wesentlich mit der Verletzung deutscher Einreise- und Paßbestimmungen zusammenhängen. Insgesamt wird 1997 annähernd jede sechste Verurteilung von Ausländern wegen solcher ausländerspezifischer Delikte ausgesprochen worden sein.

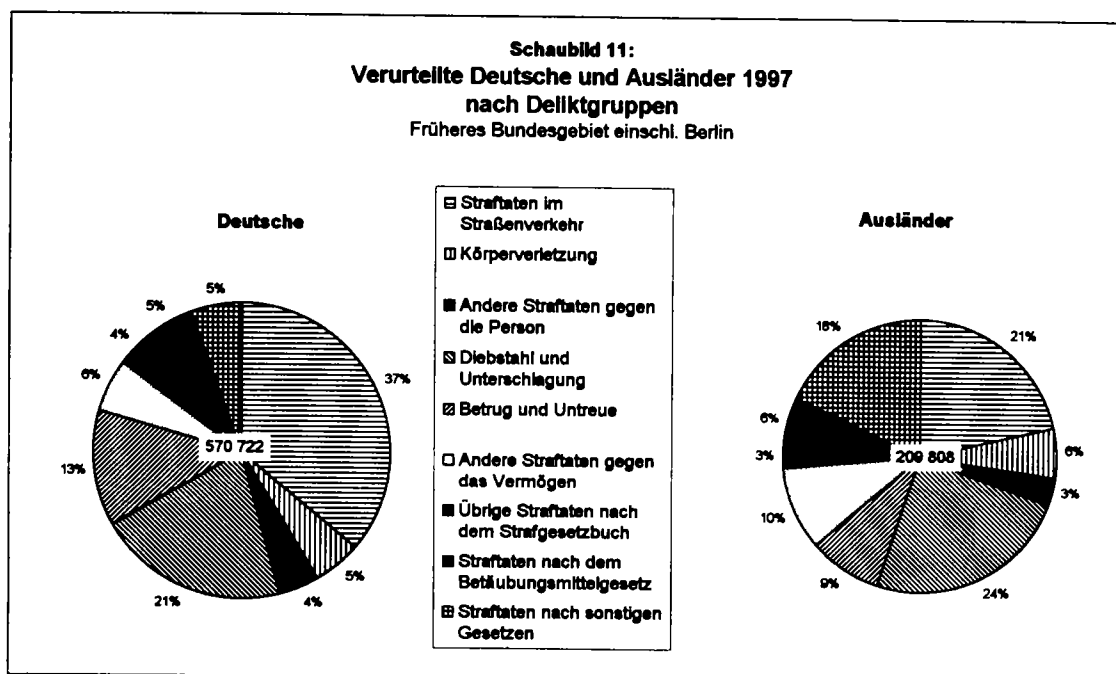
Ein überdurchschnittlich hoher Ausländeranteil war 1997 auch bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung (34 %) sowie bei Raubdelikten (39 %) zu verzeichnen, wobei die Straftaten in der überwiegenden Zahl der Fälle von Ausländern unter 25 Jahren verübt wurden. So waren vier von fünf wegen Raubdelikten verurteilten Ausländern (80 %) unter 25 Jahre alt. Die gerichtlich registrierte Ausländerkriminalität erscheint damit teilweise als ein Sonderfall der Jugendkriminalität.

Bei der Betäubungsmittelkriminalität lag der Ausländeranteil an den Verurteilten 1997 bei 28 % und damit leicht über dem Durchschnittswert für alle Straftaten (27 %). Auch die Betäubungsmittelkriminalität ist vor allem unter jungen Menschen verbreitet. 1997 waren 50 % der insgesamt wegen Betäubungsmitteldelikten verurteilten Personen (Deutsche 50 %, Ausländer 50 %) jünger als 25 Jahre.

#### 5.4 Deliktstruktur bei deutschen und ausländischen Verurteilten im Bereich der klassischen Kriminalität weitgehend identisch

Weitere strukturelle Aussagen zur Kriminalitätsbeteiligung deutscher und ausländischer Verurteilter lassen sich machen, wenn man die Anteile der verurteilten Deutschen und Ausländer je Deliktgruppe an der jeweiligen Gesamtzahl der Verurteilten bemißt. Gemessen an der relativen Häufigkeit von Verurteilungen je Bevölkerungsgruppe hatten 1997 Straßenverkehrsdelikte bei Deutschen und Ausländern unterschiedliches Gewicht. So wurden wegen Straftaten im Straßenverkehr 21 % aller Ausländer, aber 37 % der Deutschen verurteilt (*Schaubild 11*). Umgekehrt ist es bei Verstößen gegen das Ausländer- bzw. das Asylverfahrensgesetz. Diese Delikte machten bei den Deutschen 0,4 % und bei den Ausländern 12 % der Verurteilten aus.

Im Bereich der klassischen Kriminalität finden sich dagegen ähnliche Strukturen bei Deutschen und Ausländern - gemessen an der jeweiligen Gesamtzahl der deutschen bzw. ausländischen Verurteilten. Kleinere Abweichungen waren 1997 lediglich bei den Vermögensdelikten zu verzeichnen. Bezogen auf den Anteil einer Straftat an allen Verurteilungen war Betrug bei Deutschen etwas häufiger vertreten als bei Ausländern. Für einfachen Diebstahl sowie Urkundenfälschung ergab sich eine umgekehrte Relation.





## 6 Gerichtlich registrierte Jugendkriminalität

Die in der gerichtlichen Kriminalstatistik abgebildete Jugendkriminalität umfaßt ausschließlich Straftaten von Personen, die zur Tatzeit mindestens 14 Jahre alt und strafmündig waren. Jugendkriminalität im engen Sinn bezeichnet die Straftaten von Personen unter 18 Jahren. In einer weiteren Abgrenzung zählen auch die Verurteilten bis unter 25 Jahren zur gerichtlich registrierten Jugendkriminalität. Die Kriminalität von Kindern wird nicht gerichtlich verfolgt und kann deshalb nicht von der Strafverfolgungsstatistik erfaßt werden.

### 6.1 60 % der Verurteilungen von Heranwachsenden nach Jugendstrafrecht

Während Personen zwischen 14 und 18 Jahren generell nach Jugendstrafrecht abgeurteilt werden, prüft das Gericht im Einzelfall bei Heranwachsenden, das heißt bei jungen Menschen, die im Zeitpunkt der Tat 18, aber noch keine 21 Jahre alt waren, ob sie nach ihrem „Reifegrad“ oder der Art ihrer Tat noch einem Jugendlichen gleichgestellt und nicht nach allgemeinem, sondern nach Jugendstrafrecht verurteilt werden sollen.

In der Praxis wird heute bei heranwachsenden Tätern überwiegend Jugendstrafrecht angewandt. 1997 wurden sechs von zehn Verurteilten zwischen 18 und 21 Jahren (60 % bzw. 42 200 der insgesamt 70 200 Heranwachsenden) nach Jugendstrafrecht abgeurteilt; 1977 lag der entsprechende Anteil bei 47 %, 1987 bei 64 % (*Tabelle 14*). Dabei lassen die aktuellen Ergebnisse eine Korrelation zwischen der Anwendung von Jugendstrafrecht mit der Schwere der Tat erkennen: Im Berichtsjahr 1997 wurden 90 % der Verurteilten wegen schweren Diebstahls, 92 % bei Mord und Totschlag und 97 % bei Raubdelikten nach Jugendstrafrecht sanktioniert.

Dagegen wurden Heranwachsende bei Straßenverkehrsdelikten überwiegend nach allgemeinem Strafrecht verurteilt (Anteil Jugendstrafrecht: 40 %). Gegen heranwachsende Ausländer wurde 1997 häufiger allgemeines Strafrecht angewendet als gegen gleichaltrige Deutsche: 54 % der ausländischen und 62 % der deutschen Verurteilten zwischen 18 und 21 Jahren wurden nach Jugendstrafrecht bestraft.

### 6.2 Zahl tatverdächtiger Jugendlicher zu Anfang der 90er Jahre stärker gestiegen als Zahl der Verurteilten

Die Verurteiltenzahlen Jugendlicher haben sich in den letzten zwanzig Jahren uneinheitlich entwickelt: 1977 wurden 70 900, 1982 87 500 und 1987 47 200 Jugendliche wegen Straftaten rechtskräftig verurteilt. Zwischen 1992 und 1997 ist die Zahl der verurteilten Jugendlichen von 32 400 auf 45 600, das heißt um 41 %, gestiegen (*Tabelle 14*). Bei den Heranwachsenden stieg die Zahl um 10 %; bei den „Jungerwachsenen“ war ein Rückgang von 9 % zu verzeichnen. Insgesamt wurden 1997 10 % mehr Personen verurteilt als 1992; der Anstieg bei den Personen zwischen 14 und 25 Jahren betrug im selben Zeitraum 3 %. Wird eine weite Definition von Jugend-

riminalität zugrunde gelegt und die gesamte Altersgruppe zwischen 14 und 25 Jahren als „Jugend“ bezeichnet, hat sich die Jugendkriminalität seit Anfang der 90er Jahre weniger steil entwickelt als die Gesamtkriminalität. Der Anteil der Verurteilten unter 25 Jahren an der Gesamtzahl der Verurteilten verringerte sich zwischen 1992 und 1997 von 32 % auf 30 % (1977: 38 %; 1987: 37 %).

Die PKS weist allerdings für die jungen Tatverdächtigen einen deutlich stärkeren Anstieg seit Beginn der 90er Jahre nach. Im Vergleich zu 1992 wurden 1997 im früheren Bundesgebiet 9 % mehr Tatverdächtige zwischen 14 und 25 Jahren (1992: 542 600; 1997: 592 600) und sogar 44 % mehr Tatverdächtige zwischen 14 und 18 Jahren (1992: 151 100; 1997: 217 000) gezählt.

Der erhebliche Unterschied zwischen den Zahlen der PKS und der Strafverfolgungsstatistik zur Jugendkriminalität deutet auf eine größere Bedeutung „informeller Sanktionen“ durch die Staatsanwaltschaften in Gestalt von Verfahrenseinstellungen mit oder ohne Auflagen insbesondere bei jugendlichen Straftätern hin. Ob und inwieweit eine solche Praxis auf eine verstärkte Anzeige von geringfügigen Delikten (etwa aufgrund verstärkter polizeilicher Aktivitäten und/oder einer stärker sensibilisierten Öffentlichkeit) oder eine „großzügigere“ Einstellungspraxis der Staatsanwaltschaften zurückzuführen ist, kann mit der verfügbaren Datengrundlage nicht beantwortet werden; von der staatsanwaltschaftlichen Erledigungsstatistik werden keine deliktspezifischen Angaben erhoben.

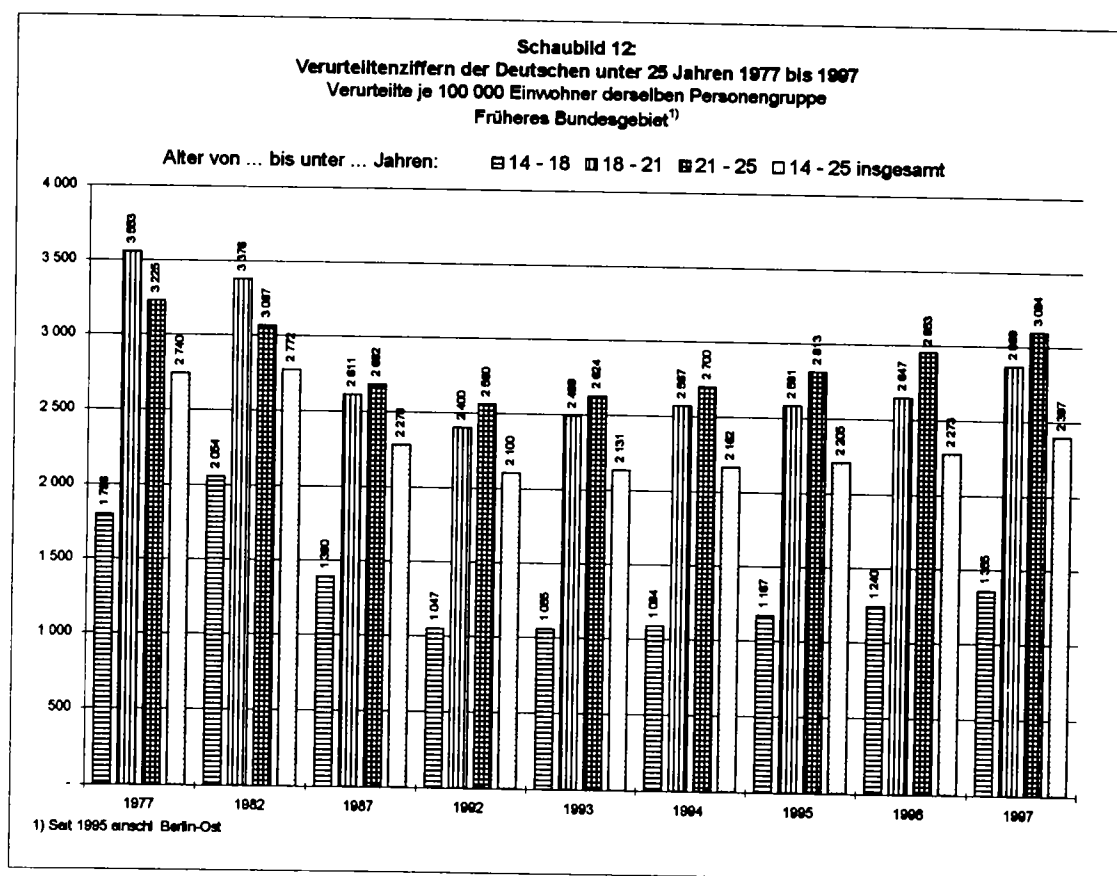
### **6.3 Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität junger Menschen durch Bevölkerungsentwicklung relativiert**

Die Entwicklung bei der statistisch erfaßten Jugendkriminalität muß vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung in den entsprechenden Altersgruppen gesehen werden. Um demographische Einflüsse bereinigte Verurteiltenzahlen können - wie vorne dargestellt - nur für die deutsche Bevölkerung berechnet werden. Unbeschadet dieser methodischen Einschränkung bleibt eine beachtliche Jugendkriminalität unter jungen Ausländern festzuhalten. So hatten im Berichtsjahr 1997 77 200 der insgesamt 237 400 Verurteilten zwischen 14 und 25 Jahren, das heißt 33 %, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Bezogen auf die entsprechende Bevölkerungsgruppe der Deutschen stieg die Zahl der deutschen Verurteilten unter 25 Jahren nach einem Rückgang in den achtziger Jahren seit Anfang der neunziger Jahre an. Je 100 000 Personen der entsprechenden Bevölkerungsgruppe wurden 1997 2 397 verurteilte Deutsche unter 25 Jahren gezählt, 14 % mehr als 1992 (2 100, *Tabelle 15*). Ein stärkerer Anstieg war im selben Zeitraum in der Altersgruppe der 14- bis unter 18jährigen zu verzeichnen. Hier stieg die Verurteiltenziffer zwischen 1992 (1 047) und 1997 (1 355) um 29 %.

Der relative Anstieg der gerichtlich registrierten Jugendkriminalität verlief somit seit Beginn der neunziger Jahre steiler als aus den absoluten Verurteiltenzahlen ersichtlich, weil gleichzeitig ein

Bevölkerungsrückgang in der entsprechenden Altersgruppe zu verzeichnen war. Allerdings lagen die aktuellen Verurteilungsziffern der jungen Deutschen trotz des jüngsten Anstiegs deutlich unter dem Niveau bis Anfang der achtziger Jahre (Schaubild 12). Dies dürfte teilweise darauf zurückzuführen sein, daß heute Staatsanwaltschaften und Strafgerichte häufiger als früher von Einstellungsmöglichkeiten Gebrauch machen.



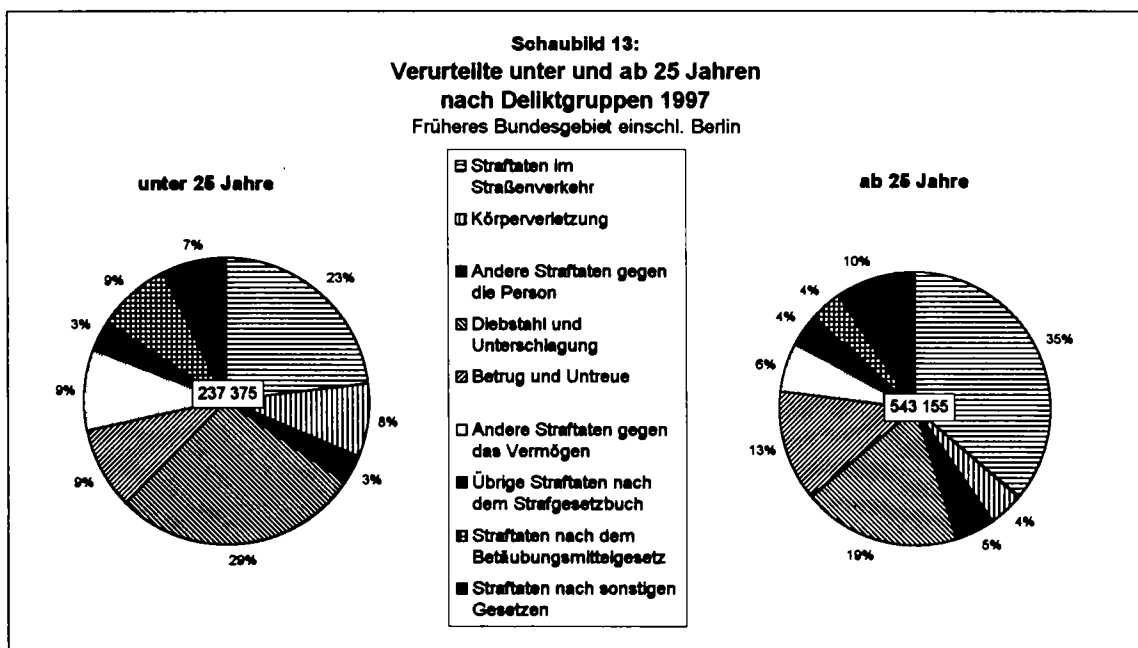
Die Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalitätsbelastung junger Deutschen in den letzten zwanzig Jahren schwankt stark zwischen einzelnen Deliktgruppen. Während Verurteilungen von Personen unter 25 Jahren wegen Straßenverkehrsdelikten - bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung - zurückgingen, waren insbesondere bei Raub- und Körperverletzungsdelikten Steigerungen zu verzeichnen. Während 1977 36 und 1987 32 Verurteilungen wegen Raubdelikten auf 100 000 Deutsche unter 25 Jahren entfielen, waren es 1997 63. Gegenüber 1992 (33) war hier ein Anstieg von 91 % zu verzeichnen; in der Altersgruppe der 14- bis 18jährigen Deutschen stieg die Verurteilungsziffer bei Raubdelikten im selben Zeitraum um 159 % von 34 auf 88 (Tabelle 15).

#### 6.4 Diebstahlsdelikte bei jedem zweiten Jugendlichen Anlaß für Verurteilung

Der stärkste Zuwachs der Verurteilungszahlen junger Menschen erfolgte in den letzten Jahren somit bei Delikten, die als jugendspezifisch angesehen werden können. Im Berichtsjahr 1997 waren

über zwei Drittel (72 % bzw. 7 500 Personen) der wegen Raubdelikten Verurteilten unter 25 Jahre alt. Bei den Verurteilungen wegen Körperverletzung (einschl. gefährliche und schwere Körperverletzung) betrug der Anteil der unter 25jährigen Personen 47 %, bei Diebstahlsdelikten 39 % (Tabelle 14).

Insgesamt wurden 1997 mit 67 100 Personen mehr Personen unter 25 Jahren wegen Diebstahlsdelikten verurteilt als wegen Straftaten im Straßenverkehr (54 800). Bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der Verurteilten wurden 36 % der Verurteilten ab 25, aber nur 23 % der Verurteilten unter 25 Jahren wegen Straßenverkehrsdelikten verurteilt (Schaubild 13).



Diebstahlsdelikte machten 28 % der verurteilten Straftaten bei den unter 25jährigen und 19 % bei den älteren Personen aus. Noch einseitiger zeigt sich 1997 die Deliktstruktur von jugendlichen Straftätern unter 18 Jahren: Fast jeder zweite (44 % bzw. 20 200 der insgesamt 45 600 Verurteilten) wurde wegen Diebstahlsdelikten bestraft.

## 7 Strafvollzug

Die Strafvollzugsstatistik zeigt, daß die räumliche Auslastung der Justizvollzugsanstalten in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Allerdings werden weder das zur Überwachung bzw. zur Betreuung eingesetzte Justizpersonal noch entsprechende Maßnahmen von der Rechtspflegestatistik erfaßt, so daß der tatsächliche Auslastungsgrad der Justizvollzugsanstalten in Deutschland nur unzureichend beschrieben werden kann.

### 7.1 Plätze in Justizvollzugsanstalten Ende 1997 zu 94 % belegt

Nach der Bestandserhebung im Strafvollzug saßen am Jahresende 1997 insgesamt 68 000 Personen in deutschen Justizvollzugsanstalten ein (*Tabelle 16*). Allein im früheren Bundesgebiet waren es 57 600 (85 %), soviel wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig stieg in den letzten Jahren die Belegungsquote: 1997 lag sie in Deutschland insgesamt bei 94 %. Im geschlossenen Vollzug war statistisch eine Überbelegung zu verzeichnen (105 %), während der sogenannte offene Vollzug geringer ausgelastet war.

Dabei sind in den Bestandszahlen zum Jahresende die vorübergehend abwesenden Häftlinge nicht erfaßt. Insbesondere in Strafanstalten befinden sich am Jahresende erheblich weniger Personen als im Jahresdurchschnitt, weil in der Weihnachtszeit Strafgefangene vergleichsweise häufig Hafturlaub antreten dürfen.

### 7.2 Fast jeder dritte Einsitzende in Untersuchungshaft

Nur etwa zwei Drittel der in der Bestandserhebung zum Strafvollzug erfaßten Personen sind verurteilte Straftäter, die ihre Freiheits- oder Jugendstrafe verbüßen. Am Jahresende 1997 saßen 19 900 Personen in Untersuchungshaft (29 %) und 2 300 (3 %) in Abschiebehaft ein (*Tabelle 16*). Die Belegungszahlen in der Abschiebehaft sind in Verbindung mit dem Rückgang der Asylbewerberzahlen zwischen 1993 und 1997 um 12 % gesunken.

Die Sicherungsverwahrung, die bei wiederholten schweren Straftaten angeordnet werden kann, kommt zahlenmäßig im Justizvollzug kaum vor: Ende 1997 befanden sich insgesamt 191 Personen in Sicherungsverwahrung, das heißt 0,3 % der insgesamt in Justizvollzugsanstalten Einsitzenden. Die Bedeutung der Sicherungsverwahrung hat sich in den letzten Jahren im Vergleich zu den Belegungszahlen bei anderen Arten des Justizvollzugs noch leicht verringert.

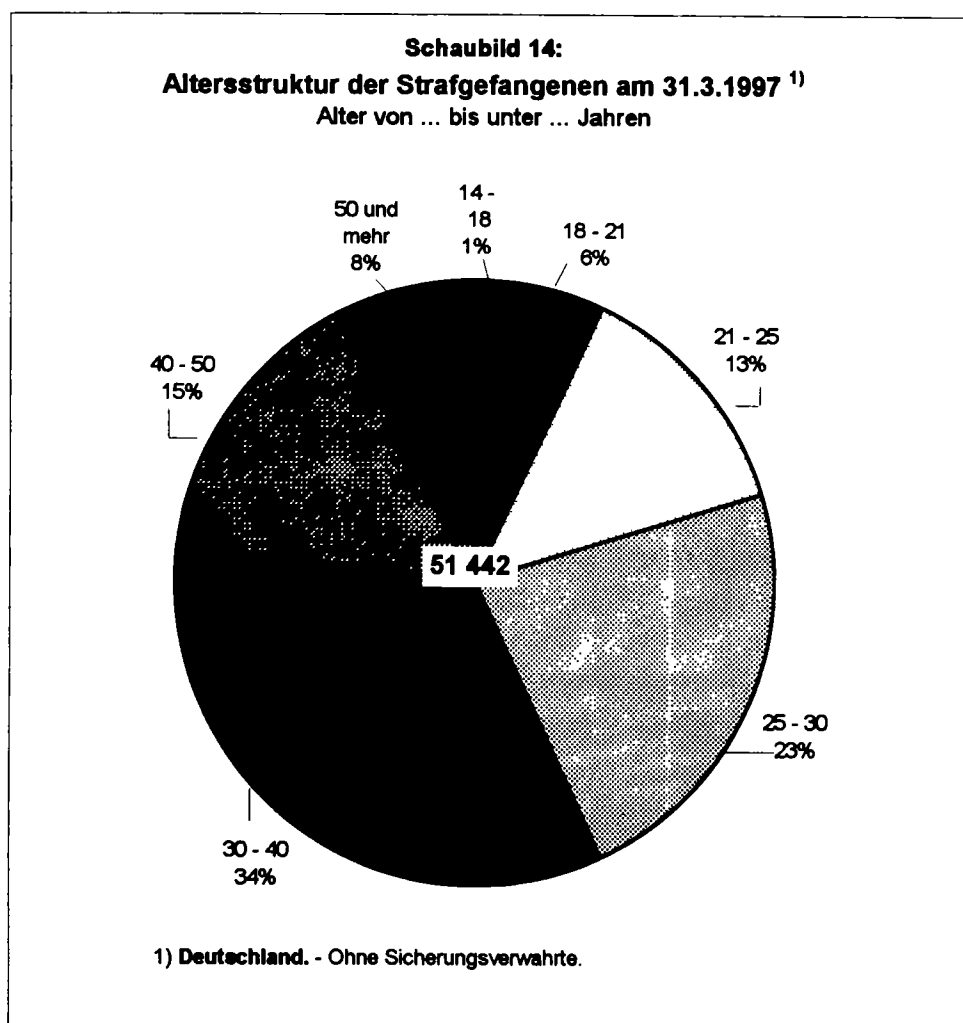
### 7.3 Ausländeranteil an den Strafgefangenen weist steigende Tendenz auf

Zusätzlich zur Jahreserhebung im gesamten Justizvollzug führen die Statistischen Ämter bei den Strafgefangenen (einschl. der Sicherungsverwahrten) jeweils zum 31. März eines Jahres eine Zusatzerhebung zur demographischen und kriminologischen Struktur der Einsitzenden durch. Hierbei werden auch die vorübergehend abwesenden Häftlinge erfaßt. Nach den Ergebnissen der

Stichtagserhebung zum 31. März ist der Anteil der Ausländer unter den Strafgefangenen in den letzten Jahren stark und kontinuierlich gestiegen. Während Ende März 1997 12 700 der insgesamt 51 600 Einsitzenden in Strafhaft eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten (25 %), betrug der Ausländeranteil 1992 noch 16 % (*Tabelle 17*). Die absolute Zahl der einsitzenden Ausländer hat sich im selben Zeitraum fast verdoppelt (+ 99 %), die der Deutschen stieg um 18 %.

Der aktuelle Ausländeranteil unter den Einsitzenden in Strafhaft folgt vor allem aus einer gestiegenen Zahl junger ausländischer Strafgefangener. So waren am 31. März 1997 drei von 10 Strafgefangenen unter 30 Jahren Ausländer (31 %), aber nur 19 % der Einsitzenden über 30 Jahren.

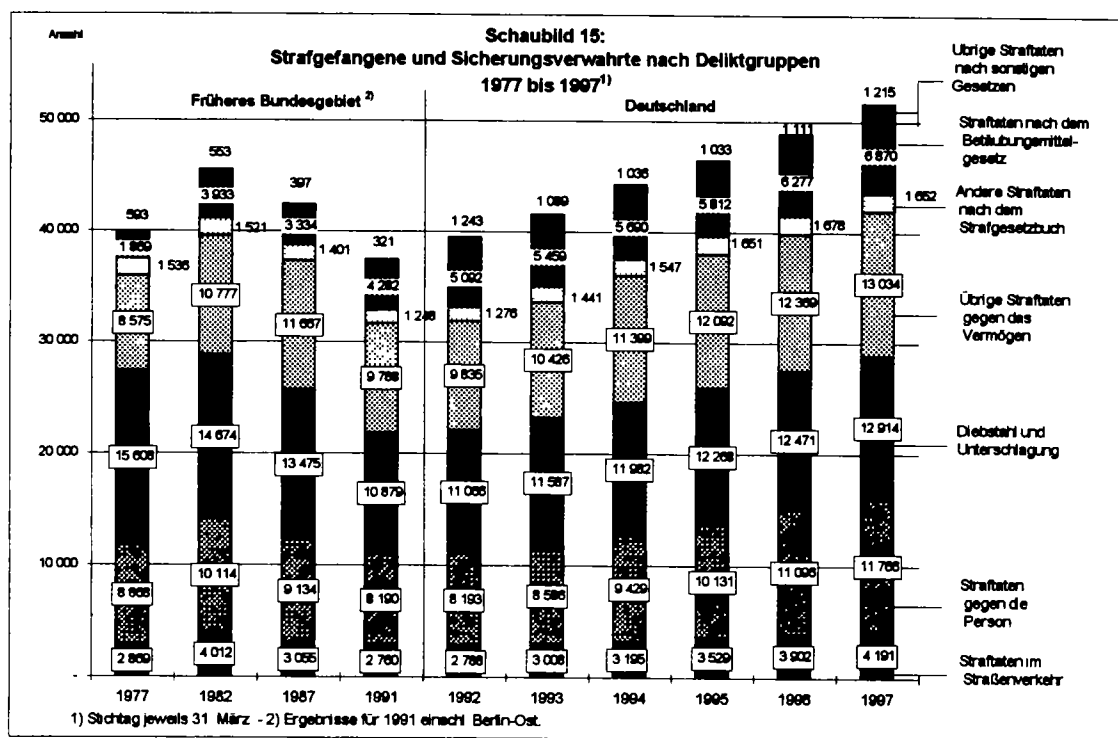
Das Durchschnittsalter der ausländischen Strafgefangenen liegt unter dem der deutschen Inhaftierten. Während sich 1997 beim Alter der deutschen Strafgefangenen ein Median von 33 Jahren ergab, waren die ausländischen Einsitzenden im Mittel 29 Jahre alt. Insgesamt lag 1997 das durchschnittliche Alter (Median) aller Strafgefangenen bei 32 Jahren (*Schaubild 14*).



#### 7.4 Unterschiedliche Gefangenensstruktur in alten und neuen Ländern

Der Gesamtanstieg bei der Zahl der Strafgefangenen in Deutschland zwischen 1992 und 1997 - jeweils zum Stichtag 31. März - um ein Drittel (+ 31 %) war wesentlich durch die Entwicklung in den neuen Ländern bestimmt. Dort hat sich die Gefangenenzahl im angegebenen Zeitraum mehr als vervierfacht (+ 360 %), wobei das Anfangsniveau 1992 infolge einer weitgehenden Amnestie nach der deutschen Vereinigung sehr niedrig war (Tabelle 17).

Nicht nur die Entwicklung der Gefangenenzahl unterscheidet sich zwischen alten und neuen Ländern, sondern auch deren Struktur. So befinden sich in den neuen Ländern derzeit unterproportional viele Frauen und Ausländer in Strafhaft. Der offene Vollzug wird dort deutlich seltener praktiziert als im früheren Bundesgebiet. In den alten Ländern befand sich Ende März 1997 jeder fünfte Strafgefangene im offenen Vollzug (22 % bzw. 9 700 Personen); in den neuen Ländern waren es nur 8 % (550 Personen).



### **7.5 Jeder Vierte sitzt wegen Diebstahl oder Unterschlagung ein**

Wegen Diebstahl oder Unterschlagung saß am 31. März 1997 jeder vierte Strafgefangene (25 % bzw. 12 900) ein. Dabei ist gegenüber dem Berichtsjahr 1992 die zahlenmäßige Bedeutung dieser Gefangenengruppe um 3 Prozentpunkte zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Gruppe der Strafgefangenen, die wegen einer gegen die Person gerichteten Straftat (insbesondere Körperverletzungs- und Sexualdelikte) einsaßen, im selben Zeitraum kontinuierlich erhöht. 1997 lag der entsprechende Anteil mit 23 % (11 800 Strafgefangene) um 2 Prozentpunkte über dem Wert von 1992 (*Schaubild 15*).

6 900 Personen bzw. 13 % der Strafgefangenen zum Ende März 1997 saßen wegen Betäubungsmitteldelikten ein, und zwar überwiegend in einer Strafanstalt im früheren Bundesgebiet. In den alten Ländern betrug der Anteil der Personen, die wegen Betäubungsmitteldelikten eine Haftstrafe verbüßten, 15 %, in den neuen dagegen 1 %. Gegenüber 1992 (5 100) hat sich die Zahl der wegen Betäubungsmitteldelikten Einsitzenden in deutschen Strafanstalten um 35 % erhöht; insgesamt stieg die Zahl der Strafgefangenen im selben Zeitraum um 31 %.



## 8 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Die Rechtspflegestatistik ermöglicht auch Aussagen zum Geschäftsanfall und zur Geschäftserledigung in ausgewählten Gerichtsbarkeiten. Zählkartenerhebungen zur Geschäftsentwicklung werden in der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Zivil-, Familien- und Strafsachen), bei den Verwaltungs- und Finanzgerichten sowie den Staatsanwaltschaften durchgeführt. Zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie zu bestimmten Verfahrensarten - wie den Insolvenzsachen - liegen im Rahmen der Rechtspflegestatistik keine oder lediglich Eckzahlen vor. Detailliertere Angaben zu den Insolvenzen enthält die amtliche Insolvenzstatistik.

### 8.1 Geschäftsbilanzen 1997 weitgehend ausgeglichen

Nach den Ergebnissen der Justizstatistik waren die Geschäftsbilanzen der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Berichtsjahr 1997 weitgehend ausgeglichen. Das heißt, 1997 wurden insbesondere in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften ähnlich viele Verfahren erledigt, wie neue anhängig geworden waren (*Übersicht 2*). Bei den Zivilsachen konnten die Amtsgerichte 1997 sogar Arbeitsrückstände abbauen: Die Zahl der erledigten Verfahren lag in diesem Jahr mit 1,72 Mill. Verfahren um 2 % über der Zahl der Neuzugänge (1,69 Mill.).

Allerdings bilden die in den Justizgeschäftsstatistiken erhobenen Daten die quantitative und insbesondere die qualitative Auslastung der Justizorgane nicht vollständig ab. So wird zwar jährlich die Zahl der neu zugegangenen und der erledigten Verfahren je Gerichtszweig und je Instanz erhoben; Informationen zum damit verbundenen Arbeitsaufwand fehlen aber. Außerdem fehlen aktuelle Zahlen zum Gesamtpersonal im Justizbereich; Richterzahlen sind nur in der Summe für die jeweiligen Gerichtsbarkeiten verfügbar, nicht aber für einzelne Instanzen.

Allgemein zeigte sich 1997 die Arbeitssituation bei den Eingangsinstanzen statistisch „entspannter“ als bei den Rechtsmittelinstanzen, von denen sowohl in Zivil- als auch in Strafsachen etwas weniger Verfahren erledigt wurden als neu zugegangen. Bezogen auf die gesamte ordentliche Gerichtsbarkeit, soweit diese von den Zählkartenerhebungen zum Geschäftsanfall bei den Gerichten erfaßt wurde, lag 1997 die Zahl der erledigten Verfahren um 0,9 % über der für die Neuzugänge.

Dagegen lag bei den Finanzgerichten die Zahl der erledigten Klagen 1997 mit 59 300 um 18 % unter der Zahl der neu anhängig gewordenen Klagen (72 500). Der Arbeitsrückstand bzw. die Zahl der am jeweiligen Jahresende anhängigen Verfahren stieg seit 1990 erstmals wieder an. Mitverantwortlich hierfür war die große Zahl der im Berichtsjahr 1997 neu zugegangenen Klagen in Kindergeldsachen, die in diesem Jahr neu in den Zuständigkeitsbereich der Finanzgerichte fielen. Vorher waren die Sozialgerichte für Kindergeldsachen zuständig. Insgesamt wurden 1997 mit 72 500 28 % mehr Klagen an den deutschen Finanzgerichten neu anhängig als 1996 (56 800).

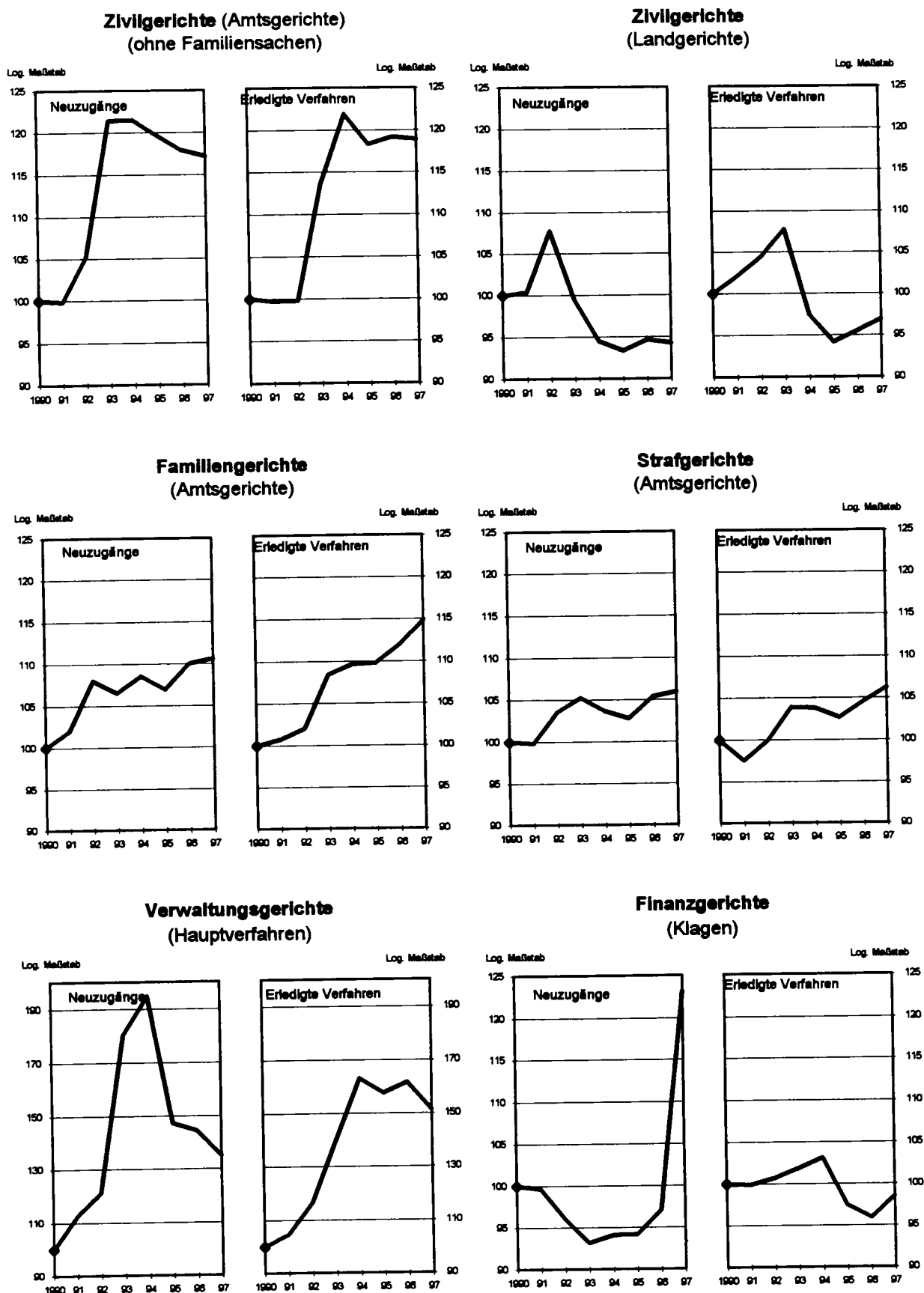
Bei den Verwaltungsgerichten wurden im Berichtsjahr 1997 mit 214 600 um 0,5 % weniger erledigte Verfahren als Neuzugänge (215 700) gezählt. Hier erreichte der seit 1990 kontinuierlich gewachsene Arbeitsrückstand einen vorläufigen Höhepunkt. Der jährliche Zuwachs hat sich allerdings gegenüber Anfang der 90er Jahre, als insbesondere die starke Zunahme bei den Asylverfahren zu einer deutlichen Mehrbelastung der Verwaltungsgerichte geführt hatte, deutlich abgeschwächt. So stieg die Zahl der erledigten Asylverfahren im früheren Bundesgebiet zwischen 1990 (44 400) und 1994 (114 300) um 157 % (*Tabelle 18*). Im Berichtsjahr 1994 waren etwa sechs von zehn erledigten erstinstanzlichen Verfahren in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (58 %) Asylverfahren.

Von 1994 an gingen dann die Asylverfahren im früheren Bundesgebiet deutlich auf 89 500 erstinstanzliche Verfahren in 1997 zurück (-22 %). Der Anteil der Asylverfahren an den erstinstanzlichen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten betrug 1997 48 % im früheren Bundesgebiet. Insgesamt wurden in Deutschland im gleichen Jahr 101 500 Asylverfahren erledigt; der Anteil der Asylverfahren an den erstinstanzlichen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten (214 600) betrug 1997 in Deutschland 47 %.

## **8.2 Seit 1990 uneinheitliche Entwicklung beim Geschäftsanfall**

Auch wenn im Berichtsjahr 1997 die Geschäftsbilanzen der Justizorgane mit Ausnahme der Finanzgerichte statistisch weitgehend ausgeglichen waren, ist gegenüber dem Beginn der neunziger Jahre ein absoluter Anstieg der Arbeitsrückstände zu verzeichnen. Die Zahl der Neuzugänge an Strafverfahren vor den Amtsgerichten stieg zwischen 1990 und 1997 im früheren Bundesgebiet um 6 %; bei den erstinstanzlichen Verfahren in Familiensachen war im selben Zeitraum ein Anstieg von 11 %, bei den Zivilsachen vor den Amtsgerichten um 17 % zu beobachten (*Tabelle 19*). Im selben Zeitraum wurde in der Verwaltungsgerichtsbarkeit - trotz des Rückgangs seit 1994 - noch ein Plus der Neuzugänge von 35 % gezählt. Der Geschäftsanfall der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten war 1997 um 19 % höher als in 1990.

**Schaubild 16:**  
**Neuzugänge und erledigte Verfahren 1990 bis 1997**  
 Ausgewählte Gerichtsarten, erstinstanzliche Verfahren  
 Früheres Bundesgebiet, 1990 = 100



In der Folge erhöhten sich - zumindest in der ersten Hälfte der 90er Jahre - die Arbeitsrückstände in der Justiz. Am Jahresende 1997 waren in der ordentlichen Gerichtsbarkeit des früheren Bundesgebiets - soweit von den Zählkartenerhebungen zum Geschäftsanfall erfaßt - noch 1,56 Mill. Verfahren anhängig (Deutschland: 1,92 Mill. Verfahren, Tabelle 19). Ende 1990 verzeichneten die ordentlichen Gerichte im früheren Bundesgebiet insgesamt 1,33 Mill. unerledigte Verfahren (1997: + 17 %). Gegenüber 1990 fast verdoppelt hat sich der Bestand an erstinstanzlichen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten des früheren Bundesgebiets. Am Jahresende 1990 waren 138 100 Verfahren anhängig, am Jahresende 1997 269 500 Verfahren (+ 95 %).

Allerdings entwickelte sich der Geschäftsanfall auch in der ordentlichen Gerichtsbarkeit seit 1990 nicht stetig. Bei den erstinstanzlichen Verfahren in Familiensachen sowie in Strafsachen weist die Zahl der Neuzugänge im früheren Bundesgebiet trotz wechselhaftem Verlauf eine steigende Tendenz auf. Gegenüber 1990 wurden 1997 hier jeweils vorläufige Höchststände an Neuzugängen erreicht. Dagegen hat sich der steile Anstieg der Neuzugänge von Zivilsachen bei den Amtsgerichten zwischen 1990 und 1994 um 21 % in einen Rückgang gewandelt (*Schaubild 16*): So wurden 1997 im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin) 4 % weniger Neuzugänge gezählt als 1994.

Da mehr als die Hälfte der in der ordentlichen Gerichtsbarkeit neu zugegangenen (und in der Zählkartenerhebung erfaßten) Verfahren vor den Zivilgerichten verhandelt werden, beeinflusst die Geschäftsentwicklung bei den Zivilgerichten die der gesamten ordentlichen Gerichtsbarkeit entscheidend. Auch insgesamt läßt sich seit 1995 in der ordentlichen Gerichtsbarkeit ein Rückgang des Arbeitsrückstands verzeichnen. Die Zahl der am Jahresende bei den ordentlichen Gerichten anhängigen Verfahren wurde seitdem in den alten Länder um 2 % (von 1,59 Mill. Verfahren in 1995 auf 1,56 Mill. Verfahren in 1997) und in den neuen Ländern um 7 % (von 396 100 Verfahren in 1995 auf 367 000 Verfahren in 1997) reduziert. Insgesamt waren in Deutschland am Jahresende 1997 1,92 Mill. Verfahren an ordentlichen Gerichten anhängig, 3 % weniger als 1995 (1,99 Mill.).

Die Arbeitsrückstände der ordentlichen Gerichte liegen 1997 allerdings trotz des jüngsten Rückgangs noch über den Vergleichswerten von 1990. Im früheren Bundesgebiet gab es 1997 17 % mehr anhängige Verfahren am Jahresende als 1990 (1,33 Mill. Verfahren).

### **8.3 An deutschen Gerichten Anfang 1997 insgesamt 21 000 Richter tätig**

Anfang 1997 waren an deutschen Gerichten insgesamt 21 000 Richter im Bundes- oder Landesdienst tätig. Dabei sind die Zahlen der Richter und Staatsanwälte in Deutschland gegenüber 1995 (mit einem vorläufigen Höchststand von 22 100) zurückgegangen. Die Zahl der Berufsrichter an deutschen Bundes- bzw. Landesgerichten sank zwischen 1995 und 1997 um 5 %. Bei den ordentlichen Gerichten betrug der Rückgang 6 %, bei den Verwaltungsgerichten 7 %. Auch die Zahl der

Staatsanwälte verkleinerte sich zwischen 1995 und 1997 um 3 %. Dagegen nahm im selben Zeitraum die Zahl der Richter an den Finanzgerichten leicht um 1 % zu (*Tabelle 20*).

Allerdings sind die aktuellen Richterzahlen nicht in vollem Umfang mit denen der Vorjahre vergleichbar. Die eigenständige Richterstatistik auf der Grundlage der Stellenpläne der Landesjustizverwaltungen ist nur bis zum Berichtsjahr 1995 verfügbar; die zeitlich folgenden Angaben beruhen auf den Personalübersichten der Länder über die (anteilmäßige) Personalverwendung der Richter.

#### **8.4 In einzelnen Instanzen seit Anfang der 90er Jahre verlängerte Verfahrensdauer**

Die durchschnittliche Verfahrensdauer hat sich in einzelnen Zweigen der deutschen Gerichtsbarkeit seit Beginn der 90er Jahre insbesondere bei den jeweiligen Eingangsinstanzen erhöht. Es kann nur vermutet werden, daß die durchschnittliche Gesamtverfahrensdauer bis zur Rechtskraft eines Urteils zwischen 1990 und 1997 ebenfalls gestiegen ist. Im Rahmen der Justizgeschäftsstatistiken liegen zwar Angaben zum Zeitraum zwischen Eingang und Erledigung des Verfahrens in einer Instanz, nicht aber zwischen den Instanzen vor. Deshalb kann die Entwicklung der Gesamtverfahrensdauer nicht exakt quantifiziert werden. Außerdem können einzelne extrem lange Verfahren die berechnete durchschnittliche Verfahrensdauer nach oben verzerren.

Bei Zivilsachen vor den Amtsgerichten stieg die Verfahrensdauer zwischen 1990 (4,1 Monate) und 1997 (4,5 Monate) im früheren Bundesgebiet um 10 %, bei Strafsachen vor den Amtsgerichten um 11 % (1990: 3,7 Monate, 1997: 4,1 Monate) und bei Eheverfahren vor den Amtsgerichten um 16 % (1990: 8,8 Monate, 1997: 10,2 Monate, *Tabelle 18*).

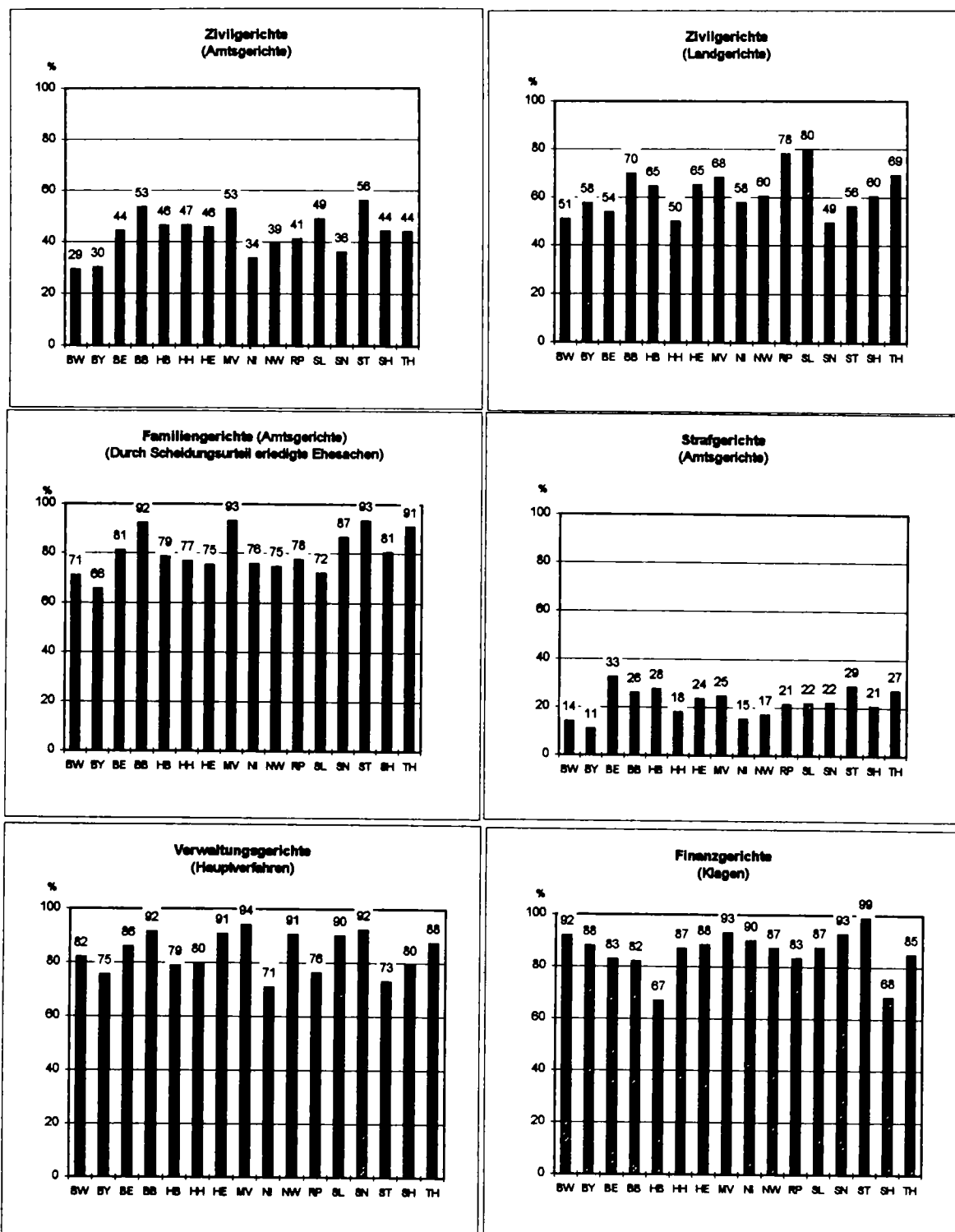
Bei erstinstanzlichen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten (Hauptverfahren) erhöhte sich die durchschnittliche Verfahrensdauer um 47 % (1990: 11,5 Monate, 1997: 16,9 Monate). Bei Klagen in der Finanzgerichtsbarkeit war im selben Zeitraum ein Rückgang von 27 % (1990: 23,9 Monate, 1997: 17,5 Monate) zu verzeichnen.

Die Verfahrensdauer hat sich je Gerichtsbarkeit und Instanz sowie von Land zu Land unterschiedlich entwickelt. Während sich die Verfahrensdauer etwa bei den erstinstanzlichen Zivilsachen im früheren Bundesgebiet stetig erhöht hat, blieb diese 1997 bei den erstinstanzlichen Strafsachen unter dem - bezogen auf 1990 - bisherigen Höchstwert von 1995 (4,2 Monate).

Durchgehend unter- oder überdurchschnittliche Verfahrensdauern in allen Gerichtsarten waren 1997 in keinem Land zu verzeichnen. Die neuen Länder weisen aber bei Klagen in der Finanzgerichtsbarkeit sowie bei Verfahren in der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Vergleich zu den alten Ländern deutlich kürzere Verfahrensdauern auf (*Schaubild 17*).

Schaubild 17:  
Verfahren, die länger als sechs Monate dauerten, in % aller erledigten Verfahren  
1997 nach Ländern

Ausgewählte Gerichtsarten, durch Urteil erledigte erstinstanzliche Verfahren



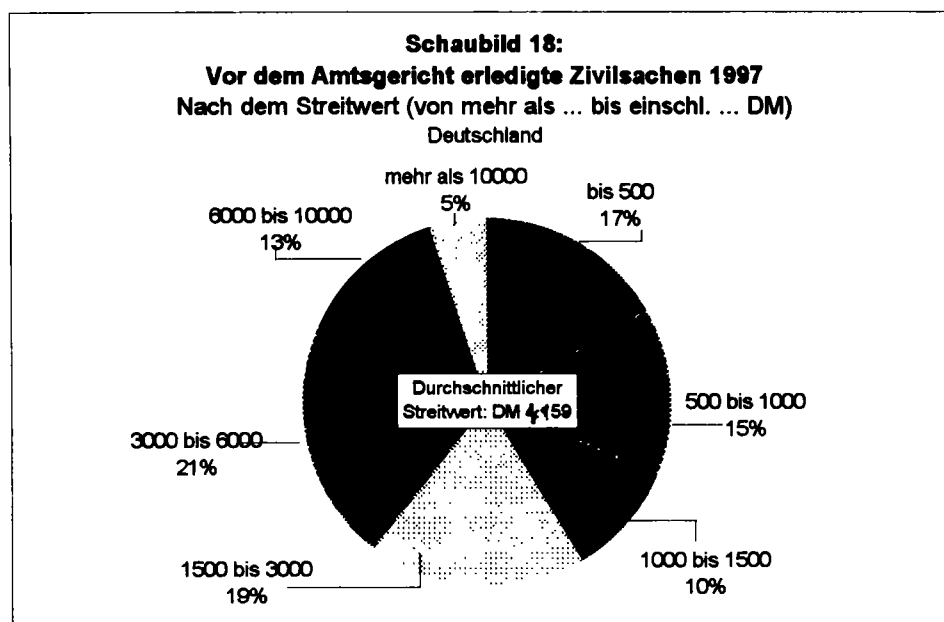
BW: Baden-Württemberg, BY: Bayern, BE: Berlin, BB: Brandenburg, HB: Bremen, HH: Hamburg, HE: Hessen, MV: Mecklenburg-Vorpommern, NI: Niedersachsen, NW: Nordrhein-Westfalen, RP: Rheinland-Pfalz, SL: Saarland, SN: Sachsen, ST: Sachsen-Anhalt, SH: Schleswig-Holstein, TH: Thüringen.

Bei den Eingangsinstanzen der ordentlichen Gerichte lag die Verfahrensdauer im früheren Bundesgebiet in der Regel dagegen unter der in den neuen Ländern.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den vor den Verwaltungsgerichten erledigten Hauptverfahren lag 1997 in Deutschland insgesamt bei 16,4 Monaten. Der entsprechende Wert für das frühere Bundesgebiet einschl. Berlin betrug 16,9 Monate, für die neuen Länder 13,6 Monate. Die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den Klagen vor den Finanzgerichten lag 1997 in den alten Ländern bei 17,5 und in den neuen Ländern bei 9,4 Monaten, in Deutschland insgesamt bei 16,9 Monaten. Bei den vor den Amtsgerichten erledigten Zivilprozeßsachen ergab sich 1997 im früheren Bundesgebiet mit durchschnittlich 4,5 Monaten eine kürzere Verfahrensdauer als in den neuen Ländern (5,3 Monate). Zivilsachen wurden in Deutschland nach durchschnittlich 4,6 Monaten von den Amtsgerichten erledigt (Tabelle 18).

#### 8.5 Durchschnittlicher Streitwert für Zivilsachen vor dem Amtsgericht 1997 bei 4 159 DM

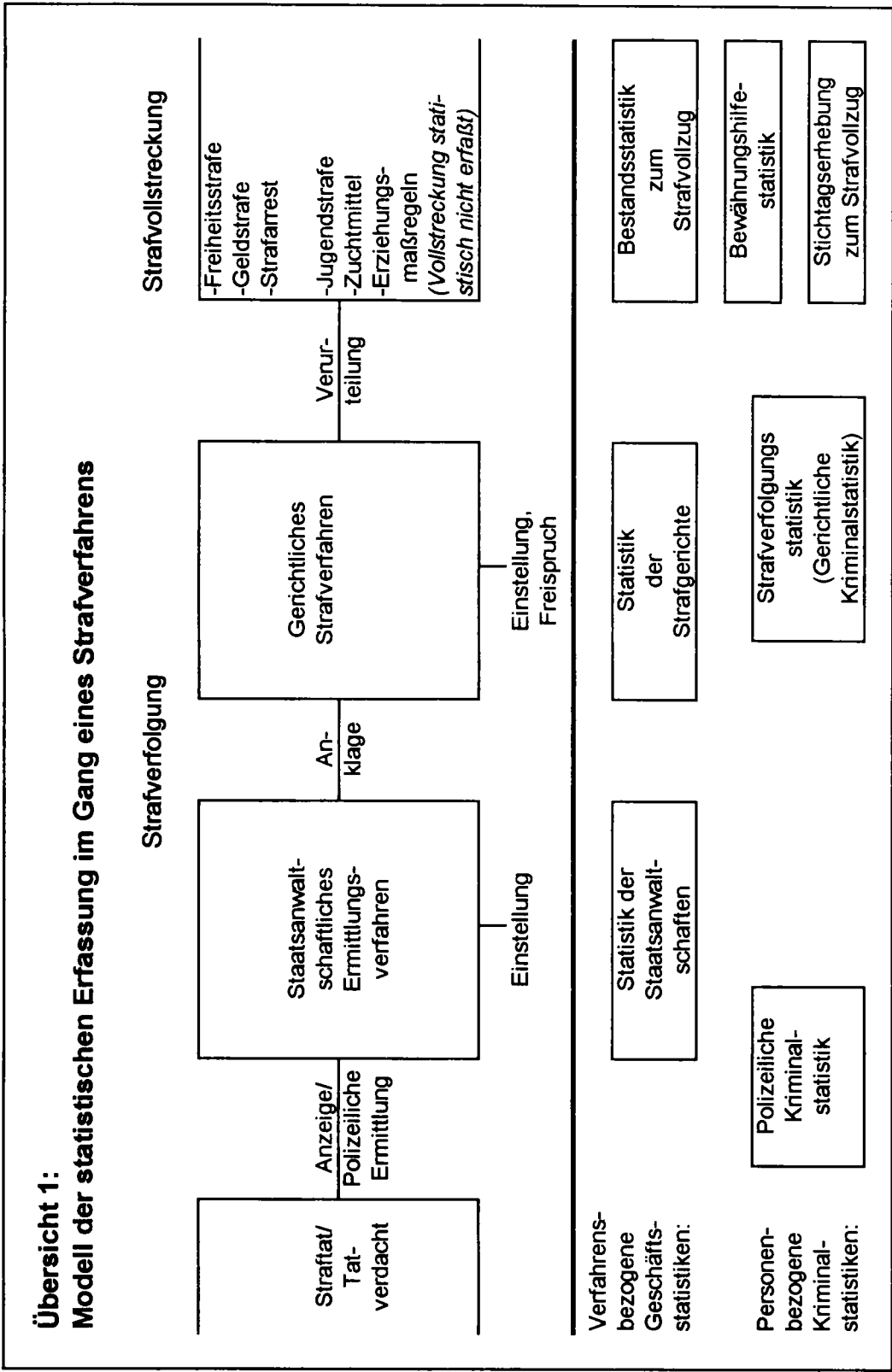
Der Streitwert eines Zivilverfahrens orientiert sich am Geldwert des Streitgegenstands. Am Streitwert richtet sich in Zivilsachen grundsätzlich die Zuständigkeit der Amts- bzw. Landgerichte aus. Vermögensrechtliche Streitigkeiten werden nur bis zu einer bestimmten Obergrenze vor den Amtsgerichten verhandelt, bei höheren Streitwerten - derzeit ab 10 000 DM - sind die Landgerichte zuständig. Wohnraummietsachen liegen streitwertunabhängig im Zuständigkeitsbereich der Amtsgerichte.



1997 betrug der durchschnittliche Streitwert bei Zivilsachen vor den Amtsgerichten 4 159 DM (*Schaubild 18*), im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin 4 177 DM und in den neuen Länder 4 066 DM. Bei 61 % der Zivilverfahren vor deutschen Amtsgerichten lag der Streitwert unter 3 000 DM.



## **Anhang**



**Tabelle 1:**  
**Geschäftserledigung bei den Strafgerichten**  
**1977 bis 1997 <sup>1)</sup>**

Jahr	Strafverfahren					Bußgeldverfahren		
	Eingangsstanz			Rechtsmittelinstanz		Ein-gangs-in-stanz	Rechts-mittel-in-stanz	Rechts-mittelver-fahren je 100 erst-in-stanz-liche Ver-fahren <sup>2)</sup>
	Amts-gerichte	Land-gerichte	Ober-landes-gerichte	Land-gerichte	Ober-landes-gerichte	(Amts-gerichte)	(Ober-landes-gerichte)	Verfahren
Früheres Bundesgebiet <sup>3)</sup>								
1977	670 109	10 857	61	66 103	8 955	17,7	462 439	10 089
1978	707 990	11 544	49	69 727	8 859	17,9	481 718	10 739
1979	713 967	11 261	55	68 014	8 978	17,9	493 185	10 252
1980	738 663	11 449	68	67 331	8 705	17,4	487 597	9 859
1981	757 040	12 044	69	64 948	8 037	16,6	473 404	9 001
1982	768 730	12 477	59	65 712	7 664	16,6	464 877	7 844
1983	777 126	13 244	69	64 603	7 463	16,4	479 324	7 048
1984	742 019	13 218	60	63 481	7 318	17,0	473 287	6 588
1985	704 157	12 570	47	59 255	7 102	17,0	476 239	6 534
1986	683 099	12 675	47	58 646	6 907	17,5	481 604	6 544
1987	674 856	12 512	80	56 921	6 687	17,3	392 625	5 981
1988	683 387	13 018	46	56 941	6 457	17,2	375 201	5 786
1989	642 374	12 264	53	54 115	6 434	17,6	364 667	6 161
1990	630 171	12 703	28	52 081	6 114	17,6	348 213	5 680
1991	614 880	14 260	50	46 643	5 342	16,4	327 212	5 520
1992	630 204	14 477	97	44 930	4 757	15,6	332 198	5 707
1993	654 846	14 012	92	45 520	4 769	15,4	335 708	6 067
1994	654 203	13 260	100	45 475	4 752	15,5	345 657	7 010
1995	647 109	12 136	138	44 694	4 693	15,3	361 508	7 478
1996	659 081	12 554	126	45 352	4 678	15,1	363 922	7 848
1997	669 628	12 954	88	47 233	5 084	15,5	355 431	7 374
Neue Länder								
1995	128 119	2 159	2	4 725	315	8,6	49 784	950
1996	140 567	2 241	1	5 742	447	9,7	60 373	986
1997	148 959	2 109	1	6 818	559	10,8	62 741	1 073
Deutschland								
1995	775 228	14 295	140	49 419	5 008	14,3	411 292	8 428
1996	799 648	14 795	127	51 094	5 125	14,3	424 295	8 834
1997	818 587	15 063	89	54 051	5 643	14,7	418 172	8 447

1) Ländergerichte, ohne Abgaben innerhalb des Gerichts. - 2) Erstinstanzliche Verfahren, soweit durch Urteil erledigt. - 3) Seit 1991 einschl. Berlin-Ost.

Tabelle 2:  
In der Strafverfolgungsstatistik erfaßte Personen mit Untersuchungshaft  
nach Haftgründen und Art der Straftat 1977 bis 1997  
Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>

Jahr  Straftatengruppe Art der Straftat (o.V. = ohne Straftaten im Straßenverkehr)	In der Strafver- folgungs- statistik erfaßte Personen insge- samt <sup>2)</sup>	Darunter mit Anordnung von Untersuchungshaft		Haftgründe (auch mehrere nebeneinander)				
		Anzahl	%	Flüchtig oder Flucht- gefahr	Ver- dunke- lungs- gefahr	Ver- brechen gegen das Leben	Wiederholungsgefahr bei Straftaten gegen	
							die sexuelle Selbstbe- stimmung	ausge- wählte andere Bestim- mungen <sup>3)</sup>
1977 .....	916 519	40 004	4,4	37 329	2 046	397	397	1 313
1982 .....	984 442	42 492	4,3	40 801	1 488	378	300	537
1987 .....	913 717	27 187	3,0	25 913	1 484	348	189	339
1992 .....	898 694	33 503	3,7	32 348	1 138	265	229	480
1993 .....	944 483	37 050	3,9	36 016	1 253	286	216	428
1994 .....	949 325	38 613	4,1	37 384	1 378	259	281	504
1995 .....	951 084	38 070	3,8	34 982	1 308	304	294	369
1996 .....	959 534	38 154	4,0	36 889	1 649	368	240	431
1997 .....	975 752	40 467	4,1	39 069	2 055	350	286	443
davon (1997):								
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (o.V.) und im Amt .....	28 238	829	2,9	801	64	1	-	2
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung .....	7 753	1 734	22,4	1 487	162	3	242	5
darunter: Sexueller Mißbrauch von Kindern .....	2 742	546	19,9	421	40	-	125	4
Vergewaltigung .....	1 325	662	50,0	588	58	2	79	1
Andere Straftaten gegen die Person (o.V.) .....	105 021	3 629	3,5	3 294	190	313	4	32
darunter: Verletzung der Unterhaltspflicht .....	7 213	278	3,9	276	6	-	1	-
Mord, Mordversuch, Totschlag .....	989	740	74,8	530	38	273	-	-
Körperverletzung .....	32 744	718	2,2	698	39	3	1	2
Gefährliche und schwere Körperverletzung .....	28 118	1 378	4,9	1 302	76	33	-	25
Diebstahl und Unterschlagung .....	218 179	11 628	5,3	11 363	402	-	3	182
darunter: Diebstahl .....	187 783	4 208	2,5	4 155	118	-	-	14
Schwerer Diebstahl .....	38 783	7 183	18,5	6 975	278	-	3	168
Raub und Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer .....	13 959	3 718	26,6	3 606	183	16	4	58
Andere Vermögensdelikte .....	175 986	5 657	3,2	5 548	303	1	2	24
darunter: Betrug .....	78 222	1 829	2,3	1 773	122	-	-	11
Urkundenfälschung .....	27 258	2 444	9,0	2 417	92	-	-	8
Gemeingefährliche einschl. Umweltstraftaten (o.V.) .....	12 184	619	5,1	583	47	9	-	14
Straftaten im Straßenverkehr .....	284 074	1 017	0,4	998	25	2	9	3
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen .....	130 380	11 638	8,9	11 391	679	5	2	123
darunter: nach dem Betäubungsmittelgesetz .....	49 694	7 843	15,8	7 631	570	3	1	119
nach dem Ausländergesetz .....	20 895	2 402	11,5	2 393	41	-	-	2
nach dem Asylverfahrensgesetz .....	10 735	142	1,3	139	3	-	1	2

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost. - 2) Die Summe der in der Strafverfolgungsstatistik erfaßten Personen umfaßt neben den Abgeurteilten alle Angeklagten mit Strafvorbehalt sowie diejenigen (Jugendlichen bzw. Heranwachsenden), bei denen die Entscheidung ausgesetzt oder von der Verfolgung abgesehen wurde. - 3) Schwere Fälle von: Landfriedensbruch, Körperverletzung, Diebstahl, Raub, Hehlerei, Betrug und Betäubungsmittelkriminalität.

**Tabelle 3:**  
**Verurteilte nach Jahr der Begehung**  
**und Art der Straftat 1977 bis 1997**  
**Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>**

Jahr der Verurteilung Straftatengruppe Art der Straftat (o.V. = ohne Straftaten im Straßenverkehr)	Verurteilte insgesamt	Die Straftat wurde begangen			
		im Verurteilungsjahr		im vorher- gehenden Jahr	früher
		Anzahl	%		
1977 .....	722 966	323 622	44,8	331 092	68 252
1982 .....	772 194	350 594	45,4	354 846	66 754
1987 .....	691 394	293 703	42,5	327 237	70 454
1992 .....	712 613	281 963	39,6	355 409	75 241
1993 .....	760 792	297 008	39,0	381 300	82 486
1994 .....	765 397	284 215	37,1	389 206	91 976
1995 .....	759 989	279 994	36,8	381 382	98 613
1996 .....	763 690	286 090	37,5	376 655	100 945
1997 .....	760 530	296 237	38,0	381 955	102 338
davon (1997):					
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche					
Ordnung (o.V.) und im Amt .....	19 932	5 275	26,5	10 078	4 579
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung .....	6 105	1 131	18,5	2 924	2 050
darunter: Sexueller Mißbrauch von Kindern .....	2 207	338	15,3	997	872
Vergewaltigung .....	1 009	128	12,7	490	391
Andere Straftaten gegen die Person (o.V.) .....	69 236	21 461	31,0	37 778	9 997
darunter: Verletzung der Unterhaltspflicht .....	4 340	2 119	48,8	1 263	958
Mord, Mordversuch, Totschlag .....	804	55	6,8	381	368
Körperverletzung .....	22 954	7 379	32,1	12 934	2 641
Gefährliche und schwere Körperverletzung .....	17 593	3 888	22,1	10 180	3 525
Diebstahl und Unterschlagung .....	170 258	72 014	42,3	84 142	14 102
darunter: Diebstahl .....	131 243	61 660	47,0	62 642	6 941
Schwerer Diebstahl .....	30 581	8 212	26,9	17 193	5 176
Raub und Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer .....	10 388	2 463	23,7	5 884	2 041
Andere Vermögensdelikte .....	134 708	30 315	22,5	62 402	41 991
darunter: Betrug .....	58 937	6 608	11,2	24 030	28 299
Urkundenfälschung .....	22 995	6 979	30,4	10 922	5 094
Gemeingefährliche einschl. Umweltstraftaten (o.V.) .....	9 540	3 124	32,7	5 101	1 315
Straftaten im Straßenverkehr .....	250 219	122 600	49,0	118 732	8 887
Straftaten nach anderen Bundes- und					
Landesgesetzen .....	110 144	37 854	34,4	54 914	17 376
darunter: nach dem Betäubungsmittelgesetz .....	41 332	12 179	29,5	22 916	6 237
nach dem Ausländergesetz .....	18 309	8 384	45,8	8 426	1 499
nach dem Asylverfahrensgesetz .....	9 508	4 674	49,2	4 483	349

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost.

**Tabelle 4:**  
**Abgeurteilte und Verurteilte nach der verhängten Sanktion 1977 bis 1997**  
**Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>**

Jahr	(i = insgesamt, m = männlich, w = weiblich)	Abgeurteilte	Verurteilte	Darunter verurteilt nach <sup>3)</sup>													
				allgemeinem Strafrecht								Jugendstrafrecht					
				zu- sammen	zu Freiheitsstrafe				zu Geld- strafe	zu Straf- arrest <sup>4)</sup>	zu- sammen	zu Jugendstrafe		zu Zucht- mitteln <sup>5)</sup>	zu Erzie- hungs- maß- regeln <sup>6)</sup>		
					zu- sammen	dar mit Strafaus- setzung	Dauer bis zu einem Jahr					zu- sammen	dar mit Strafaus- setzung			zu- sammen	dar mit Strafaus- setzung
							Anzahl	%									
Anzahl		% <sup>2)</sup>	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		%	Anzahl							
Alle Straftaten																	
1977	i	882 855	722 986	81,9	607 307	101 540	64,6	88 840	72,8	504 552	1 215	115 659	18 019	59,6	85 886	11 754	
	m	747 918	615 188	82,3	512 488	94 157	63,6	81 989	71,9	417 116	1 215	102 700	16 798	58,6	76 358	9 546	
	w	134 937	107 778	79,9	94 819	7 383	78,4	6 851	82,8	87 436	-	12 959	1 223	74,2	9 528	2 208	
1982	i	981 083	772 194	78,7	622 434	115 726	65,0	99 297	73,3	505 917	791	149 760	22 083	61,2	104 136	23 541	
	m	824 267	652 010	79,1	518 286	105 712	63,6	90 160	72,3	411 783	791	133 724	20 859	60,4	93 247	19 618	
	w	156 816	120 184	76,6	104 148	10 014	79,3	9 137	83,6	94 134	-	16 036	1 224	73,9	10 889	3 923	
1987	i	890 886	691 394	77,6	591 321	108 528	68,4	90 567	75,4	482 347	446	100 073	15 054	64,6	66 260	18 759	
	m	743 185	579 958	78,0	491 443	97 616	66,9	80 772	74,2	393 381	446	88 515	14 231	64,0	58 785	15 499	
	w	147 481	111 436	75,6	99 878	10 912	81,9	9 795	84,8	88 966	-	11 558	823	75,8	7 475	3 260	
1992	i	883 056	712 613	80,7	640 774	103 187	68,7	83 587	75,9	537 274	313	71 839	13 040	63,3	51 428	7 371	
	m	742 475	600 932	80,9	536 516	92 935	67,4	74 655	74,8	443 268	313	64 418	12 324	62,6	45 701	6 391	
	w	140 581	111 681	79,4	104 258	10 252	80,9	8 932	84,5	94 006	-	7 423	716	74,7	5 727	980	
1993	i	931 051	760 792	81,7	688 128	110 429	69,3	89 064	76,3	577 381	318	72 664	13 991	62,5	52 277	6 396	
	m	786 528	644 353	81,9	579 001	99 966	68,0	79 951	75,3	478 717	318	65 352	13 186	62,0	46 662	5 504	
	w	144 523	116 439	80,6	109 127	10 463	81,8	9 113	85,3	98 664	-	7 312	805	70,4	5 615	892	
1994	i	936 459	765 397	81,7	693 432	114 749	69,0	90 955	76,5	578 419	264	71 985	13 998	63,4	52 278	5 691	
	m	792 319	649 945	82,0	585 218	104 175	67,8	81 886	75,6	480 779	264	64 727	13 253	62,9	46 577	4 897	
	w	144 140	115 452	80,1	108 214	10 574	81,0	9 069	84,8	97 640	-	7 238	745	73,0	5 699	794	
1995	i	937 385	759 989	81,1	683 258	115 787	69,6	91 699	77,0	567 195	296	76 731	13 880	63,9	56 357	6 494	
	m	792 798	645 014	81,4	576 151	105 187	68,3	82 581	76,1	470 688	296	68 863	13 224	63,6	50 071	5 568	
	w	144 587	114 975	79,5	107 107	10 600	82,0	9 118	85,5	96 507	-	7 868	656	70,4	6 286	926	
1996	i	944 324	763 690	80,9	682 844	121 326	69,6	95 724	77,0	561 238	280	80 846	15 146	64,5	59 385	6 315	
	m	795 958	646 283	81,2	574 347	109 758	68,4	85 928	76,1	464 309	280	71 936	14 331	63,8	52 172	5 433	
	w	148 366	117 407	79,1	108 497	11 568	81,1	9 796	84,8	96 929	-	8 910	815	76,0	7 213	882	
1997	i	960 334	780 530	81,3	692 723	126 775	69,0	99 806	76,7	565 714	234	87 807	16 399	65,2	64 696	6 712	
	m	807 197	658 943	81,6	581 189	114 422	67,6	89 150	75,6	466 533	234	77 754	15 537	64,8	56 557	5 660	
	w	153 137	121 587	79,4	111 534	12 353	81,7	10 456	85,5	99 181	-	10 053	862	72,7	8 139	1 052	
darunter Straftaten im Straßenverkehr																	
1977	i	374 538	325 746	87,0	296 623	27 477	77,4	27 151	78,2	269 140	6	29 123	673	63,6	25 947	2 503	
	m	338 247	296 906	87,8	269 434	26 989	77,2	26 665	78,0	242 439	6	27 472	661	63,5	24 520	2 291	
	w	36 291	28 840	79,5	27 189	488	84,6	486	84,8	26 701	-	1 651	12	66,7	1 427	212	
1982	i	373 189	312 505	83,7	271 458	30 210	75,5	29 723	76,5	241 238	10	41 047	1 082	68,6	33 735	6 230	
	m	335 199	283 483	84,6	244 329	29 417	75,2	28 940	76,2	214 902	10	39 154	1 063	68,7	32 201	5 890	
	w	37 990	29 022	76,4	27 129	793	87,1	783	88,1	26 336	-	1 893	19	63,2	1 534	340	
1987	i	301 403	253 783	84,2	231 524	24 486	77,0	24 039	77,8	207 037	1	22 259	689	65,3	17 822	3 748	
	m	268 643	227 160	85,2	206 269	23 761	76,6	23 320	77,5	182 507	1	20 891	675	65,0	16 764	3 452	
	w	34 760	26 623	76,6	25 255	725	87,3	719	87,3	24 530	-	1 368	14	78,6	1 058	296	
1992	i	299 783	261 599	87,3	248 006	21 322	76,4	20 781	77,3	226 681	3	13 593	444	67,8	11 767	1 382	
	m	266 246	234 208	88,0	221 495	20 802	76,1	20 074	77,0	200 890	3	12 713	430	67,7	11 003	1 280	
	w	33 537	27 391	81,7	26 511	720	83,8	707	84,4	25 791	-	880	14	71,4	764	102	
1993	i	299 253	262 028	87,6	249 529	21 779	77,9	21 258	78,6	227 749	1	12 499	493	61,7	10 838	1 168	
	m	265 901	234 636	88,2	222 928	21 017	77,5	20 508	78,2	201 910	1	11 708	478	61,1	10 155	1 075	
	w	33 352	27 392	82,1	26 601	762	88,8	750	89,2	25 839	-	791	15	80,0	683	93	
1994	i	298 928	264 011	88,3	252 118	22 223	77,5	21 620	78,3	229 892	3	11 893	460	63,5	10 479	954	
	m	265 272	236 098	89,0	224 945	21 495	77,3	20 905	78,1	203 447	3	11 153	454	63,7	9 817	882	
	w	33 656	27 913	82,9	27 173	728	83,1	715	84,1	26 445	-	740	6	50,0	662	72	
1995	i	298 010	262 054	87,9	250 054	22 633	77,3	22 002	78,2	227 421	-	12 000	416	66,3	10 569	1 015	
	m	263 404	233 489	88,6	222 290	21 916	76,9	21 294	77,9	200 374	-	11 199	411	66,2	9 877	911	
	w	34 606	28 565	82,5	27 764	717	89,8	708	90,0	27 047	-	801	5	80,0	692	104	
1996	i	286 727	251 872	87,8	240 429	22 746	77,6	22 132	78,5	217 682	1	11 443	489	69,5	10 047	907	
	m	252 632	223 607	88,5	212 909	21 935	77,2	21 331	78,1	190 973	1	10 698	480	69,8	9 384	834	
	w	34 095	28 265	82,9	27 520	811	88,7	801	88,9	26 709	-	745	9	55,6	663	73	
1997	i	282 490	250 219	88,6	238 430	22 984	77,2	22 384	78,1	215 463	3	11 789	456	64,3	10 369	964	
	m	247 879	221 272	89,3	210 316	22 055	76,7	21 492	77,6	188 258	3	10 956	446	64,3	9 648	884	
	w	34 611	28 947	83,6	28 114	909	89,0	892	89,5	27 205	-	833	10	60,0	723	100	

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost.

2) Verurteilungsquote (Anteil der Verurteilten an den Abgeurteilten).

3) Jeweils nach der schwersten Sanktion.

4) Kann nur gegen Angehörige der Bundeswehr verhängt werden.

5) Jugendarrest, Erteilung von Auflagen, Verwarnung.

6) Heimerziehung, Erziehungsbeistandsschaft, Erteilung von Weisungen.

**Tabelle 5:**  
**Zu Geldstrafe Verurteilte<sup>1)</sup> nach der Zahl der Tagessätze 1977 bis 1997**  
**Früheres Bundesgebiet<sup>2)</sup>**

Jahr	Zu Geldstrafe Verurteilte insgesamt	Zahl der Tagessätze					
		5 bis 15	16 bis 30	31 bis 90	91 bis 180	181 bis 360	361 und mehr
1977	504 552	203 155	177 348	117 058	6 267	647	77
1982	505 917	147 894	193 324	154 207	9 464	895	133
1987	482 347	113 554	187 259	168 048	11 939	1 342	205
1992	537 274	106 590	213 363	200 640	15 170	1 291	220
1993	577 381	111 583	228 675	217 992	17 533	1 376	222
1994	578 419	102 008	225 693	229 091	19 966	1 472	189
1995	567 195	91 544	218 578	232 168	22 836	1 806	263
1996	561 238	84 683	213 526	234 324	26 319	2 081	305
1997	565 714	80 221	213 824	239 416	29 506	2 373	374
davon (1997):							
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (o.V.) und im Amt	14 374	1 481	4 801	6 588	1 472	49	3
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	1 778	91	506	914	253	14	-
darunter: Sexueller Mißbrauch von Kindern	382	2	41	244	89	6	-
Vergewaltigung	2	-	-	2	-	-	-
Andere Straftaten gegen die Person (o.V.)	41 536	5 087	13 810	18 312	4 226	99	2
darunter: Verletzung der Unterhaltspflicht	314	-	40	211	62	1	-
Mord, Mordversuch, Totschlag	-	-	-	-	-	-	-
Körperverletzung	15 244	702	4 502	8 900	1 116	24	-
Gefährliche und schwere Körperverletzung	5 825	19	251	2 942	2 557	55	1
Diebstahl und Unterschlagung	105 017	31 350	36 839	31 576	5 071	178	3
darunter: Diebstahl	94 105	30 502	34 217	26 527	2 777	79	3
Schwerer Diebstahl	4 518	20	235	2 348	1 838	77	-
Raub und Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer	276	7	47	153	64	5	-
Andere Vermögensdelikte	104 072	14 010	34 914	45 953	8 409	749	37
darunter: Betrug	46 539	4 866	16 138	21 589	3 815	312	19
Urkundenfälschung	15 705	543	3 900	9 000	2 134	125	3
Gemeingefährliche einschl. Umweltstraftaten (o.V.)	6 936	353	2 904	3 334	327	18	-
Straftaten im Straßenverkehr	215 463	14 301	90 347	106 178	4 516	107	14
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	76 262	13 561	29 656	26 408	5 168	1 154	315
darunter: nach dem Betäubungsmittelgesetz	16 655	2 262	5 507	7 508	1 332	45	1
nach dem Ausländergesetz	16 255	2 001	6 757	6 180	1 240	72	5
nach dem Asylverfahrensgesetz	8 872	2 326	3 935	2 383	216	12	-

1) Nach allgemeinem Strafrecht zu Geldstrafe Verurteilte, sofern diese nicht in Verbindung mit Freiheitsstrafe verhängt wurde.

2) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost.

**Tabelle 6:**  
**Abgeurteilte mit freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung**  
**und Sicherung nach ausgewählten Deliktgruppen 1977 bis 1997**  
 Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>

Jahr  Straftatengruppe (o.V. = ohne Straftaten im Straßenverkehr)	Abgeurteilte insgesamt	Dar. mit freiheits- entzie- henden Maß- regeln	Unterbringung in psychia- trischem Krankenhaus			Ent- ziehungs- anstalt	Siche- rungs- ver- wahrung
			zu- sammen	dar. schuldunfähig Anzahl	%		
1977 . . . . .	882 855	869	389	201	51,7	429	51
1982 . . . . .	981 083	965	408	240	58,8	519	38
1987 . . . . .	890 666	1 040	391	235	60,1	610	39
1992 . . . . .	883 056	1 397	553	337	60,9	810	34
1993 . . . . .	931 051	1 304	487	307	65,7	810	27
1994 . . . . .	936 459	1 505	551	358	65,0	914	40
1995 . . . . .	937 385	1 361	559	345	61,7	757	45
1996 . . . . .	944 324	1 548	628	410	65,3	874	46
1997 . . . . .	960 334	1 901	739	464	62,8	1 116	46
Nach einzelnen Straftatengruppen							
1977							
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung . . . . .	8 853	124	99	35	35,4	14	11
Straftaten gegen das Leben (o.V.) . . . . .	1 638	88	81	58	71,6	4	3
Körperverletzung (o.V.) . . . . .	46 228	42	33	23	69,7	9	-
Diebstahl und Unterschlagung . . . . .	196 928	183	56	23	41,1	111	16
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer . . . . .	6 431	77	39	22	56,4	26	12
Betrug und Untreue . . . . .	54 967	26	9	6	66,7	13	4
Gemeingefährliche Straftaten (o.V.) . . . . .	11 382	84	39	16	41,0	41	4
1987							
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung . . . . .	6 527	123	83	30	36,1	26	14
Straftaten gegen das Leben (o.V.) . . . . .	1 437	110	89	71	79,8	15	6
Körperverletzung (o.V.) . . . . .	50 164	101	51	43	84,3	50	-
Diebstahl und Unterschlagung . . . . .	210 561	176	32	21	65,6	139	5
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer . . . . .	7 329	145	42	31	73,8	94	9
Betrug und Untreue . . . . .	96 695	36	14	10	71,4	19	3
Gemeingefährliche Straftaten (o.V.) . . . . .	8 246	144	49	33	67,3	95	-
1997							
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung . . . . .	7 632	222	156	40	25,6	48	18
Straftaten gegen das Leben (o.V.) . . . . .	1 391	169	120	98	81,7	43	6
Körperverletzung (o.V.) . . . . .	64 911	283	174	138	79,3	108	1
Diebstahl und Unterschlagung . . . . .	212 870	219	51	36	70,6	164	4
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer . . . . .	13 635	350	73	42	57,5	266	11
Betrug und Untreue . . . . .	116 264	21	10	5	50,0	11	-
Gemeingefährliche Straftaten (o.V.) . . . . .	6 624	213	86	58	67,4	125	2

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost.



Tabelle 7:  
Entziehungen der Fahrerlaubnis bzw. Fahrverbote  
wegen Straftaten im Straßenverkehr<sup>1)</sup> 1977 bis 1997  
Früheres Bundesgebiet<sup>2)</sup>

Jahr	Entziehung der Fahrerlaubnis (Sperre)				Fahrverbot					nachrichtlich:	
	zu- sammen	darunter zum wieder- holten Male (in %)	davon		zu- sammen	darunter zum wieder- holten Male (in %)	davon			Abge- urteilte	Ver- urteilte
			mit einer Dauer				mit einer Dauer von				
			bis einschl. 6 Monate	von mehr als 6 Monaten			1 Monat	mehr als ... bis			
								einschl. ... Monaten			
1 - 2	2 - 3	wegen Straftaten im Straßenverkehr									
Insgesamt											
1977 .....	175 550	16,8	54 156	121 394	22 684	3,2	6 949	5 184	10 531	374 538	325 748
1982 .....	179 023	20,5	49 320	129 703	34 187	6,6	8 152	6 487	19 568	373 189	312 505
1987 .....	155 219	19,6	39 022	116 197	30 690	8,7	7 531	5 433	17 726	301 403	253 783
1988 .....	158 839	19,3	38 344	120 495	31 000	9,1	7 641	5 486	17 873	303 725	256 924
1989 .....	160 571	19,0	38 022	122 549	30 125	9,2	7 341	5 251	17 533	302 033	256 667
1990 .....	164 124	17,9	38 173	125 951	30 108	9,2	7 319	5 318	17 471	301 987	258 681
1991 .....	170 871	16,8	42 264	128 607	29 144	9,0	7 089	5 207	16 848	302 242	262 456
1992 .....	167 399	16,9	43 314	124 085	28 087	9,6	6 860	4 840	16 387	299 783	261 599
1993 .....	165 093	17,3	40 552	124 541	27 942	9,1	6 911	4 692	16 339	299 253	262 028
1994 .....	167 665	17,4	40 677	126 988	26 644	8,7	6 700	4 291	15 653	298 928	264 011
1995 .....	165 721	17,4	38 559	127 162	26 821	8,4	6 911	4 284	15 626	298 010	262 054
1996 .....	160 408	18,5	36 352	124 056	27 608	9,3	7 491	4 508	15 609	286 727	251 872
1997 .....	160 750	19,0	35 508	125 242	27 973	9,3	7 776	4 632	15 565	282 490	250 219
Männlich											
1977 .....	167 801	17,3	51 327	116 474	20 585	3,5	6 035	4 643	9 907	338 247	296 908
1982 .....	168 002	21,2	45 746	122 256	31 072	7,2	6 975	5 710	16 387	335 199	283 483
1987 .....	143 430	20,6	35 592	107 838	27 241	9,7	6 213	4 609	16 419	266 643	227 160
1988 .....	146 210	20,3	34 853	111 357	27 451	10,1	6 294	4 631	16 526	267 870	228 948
1989 .....	147 660	19,9	34 448	113 212	26 686	10,2	6 037	4 422	16 227	266 478	228 664
1990 .....	150 613	18,8	34 504	116 109	26 635	10,1	6 008	4 524	16 103	266 508	230 491
1991 .....	157 293	17,6	38 419	118 874	25 675	10,0	5 874	4 387	15 414	268 433	235 162
1992 .....	153 648	17,8	39 188	114 458	24 754	10,7	5 631	4 027	15 096	266 246	234 208
1993 .....	151 200	18,2	36 584	114 616	24 478	10,2	5 656	3 924	14 898	265 901	234 636
1994 .....	153 145	18,3	36 545	116 600	23 295	9,8	5 377	3 567	14 351	265 272	236 098
1995 .....	151 073	18,3	34 708	116 365	23 376	9,5	5 602	3 539	14 235	263 404	233 489
1996 .....	145 743	19,5	32 576	113 167	23 938	10,5	6 063	3 675	14 200	252 632	223 607
1997 .....	145 395	20,1	31 619	113 776	24 203	0,0	6 266	3 797	14 120	247 879	221 272
Weiblich											
1977 .....	7 749	6,3	2 829	4 920	2 079	0,3	914	541	624	36 291	28 840
1982 .....	11 021	8,4	3 574	7 447	3 115	0,8	1 177	757	1 181	37 990	29 022
1987 .....	11 789	8,0	3 430	8 359	3 449	1,3	1 318	824	1 307	34 760	26 623
1988 .....	12 629	8,4	3 491	9 138	3 549	1,0	1 347	855	1 347	35 855	27 976
1989 .....	12 911	8,2	3 574	9 337	3 439	1,5	1 304	829	1 306	35 555	28 003
1990 .....	13 511	7,8	3 669	9 842	3 473	1,9	1 311	794	1 368	35 459	28 190
1991 .....	13 578	7,3	3 845	9 733	3 469	1,3	1 215	820	1 434	33 809	27 294
1992 .....	13 753	7,4	4 126	9 627	3 333	1,3	1 229	813	1 291	33 537	27 391
1993 .....	13 893	7,4	3 968	9 925	3 464	1,5	1 255	768	1 441	33 352	27 392
1994 .....	14 520	7,6	4 132	10 388	3 349	1,0	1 323	724	1 302	33 656	27 913
1995 .....	14 648	7,4	3 851	10 797	3 445	1,2	1 309	745	1 391	34 606	28 565
1996 .....	14 665	8,4	3 776	10 889	3 670	1,2	1 428	833	1 409	34 095	28 265
1997 .....	15 355	8,7	3 889	11 466	3 770	0,0	1 490	835	1 445	34 611	28 947

1) Sperren bzw. Fahrverbote sind nur dann erfaßt, wenn die schwerste der Aburteilung zugrundeliegende Straftat ein Straßenverkehdeldikt war.

2) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost.

**Tabelle 8:**  
**Abgeurteilte und Verurteilte 1977 bis 1997**  
 je 100 000 Einwohner  
 Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>

Jahr	Abgeurteilte			Verurteilte		
	Straftaten insgesamt	Straftaten ohne solche im Straßenverkehr	Straftaten ohne solche im Straßenverkehr sowie gegen das Ausländer-/Asylverfahrensgesetz	Straftaten insgesamt	Straftaten ohne solche im Straßenverkehr	Straftaten ohne solche im Straßenverkehr sowie gegen das Ausländer-/Asylverfahrensgesetz
Land						
1976 .....	1 365	793	775	1 137	632	615
1977 .....	1 438	828	810	1 178	647	631
1978 .....	1 497	864	846	1 205	664	648
1979 .....	1 477	856	836	1 172	649	632
1980 .....	1 512	874	849	1 192	656	634
1981 .....	1 544	919	890	1 212	691	666
1982 .....	1 590	985	962	1 251	745	726
1983 .....	1 622	1 028	1 011	1 275	775	762
1984 .....	1 576	1 016	1 002	1 229	760	748
1985 .....	1 515	993	978	1 179	741	730
1986 .....	1 489	982	967	1 156	730	718
1987 .....	1 457	964	948	1 131	716	703
1991 .....	1 364	890	865	1 091	679	657
1992 .....	1 369	905	873	1 105	699	672
1993 .....	1 426	968	918	1 165	764	718
1994 .....	1 424	970	915	1 164	763	712
1995 .....	1 393	950	903	1 129	740	697
1996 .....	1 396	972	924	1 129	757	714
1997 .....	1 415	999	952	1 150	781	740
davon (1997):						
Baden-Württemberg ..	1 363	934	868	1 161	767	708
Bayern .....	1 620	1 128	1 011	1 376	928	822
Berlin .....	2 021	1 435	1 419	1 549	1 054	1 041
Bremen .....	1 741	1 334	1 324	1 181	837	831
Hamburg .....	1 877	1 476	1 437	1 372	1 034	999
Hessen .....	1 254	872	820	1 003	675	629
Niedersachsen .....	1 327	945	925	1 090	745	728
Nordrhein-Westfalen ..	1 369	993	975	1 064	746	732
Rheinland-Pfalz .....	1 159	801	773	1 013	681	655
Saarland .....	1 072	662	657	907	527	522
Schleswig-Holstein ....	993	633	626	816	487	481
nachrichtlich (1997):						
Brandenburg .....	1 680	1 030	960	1 498	897	836
Sachsen .....	1 687	1 065	871	1 489	910	720
Thüringen .....				856	509	499

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost.

**Tabelle 9:**  
**Verurteilte mit früherer Verurteilung**  
**nach Art der Straftat 1977 bis 1997**  
**Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>**

Jahr  Straftatengruppe Art der Straftat (o.V. = ohne Straftaten im Straßenverkehr)	Verurteilte insgesamt	Dar. mit Angaben zu Vorstrafen	Ohne Vorstrafen	Mindestens 1 Vorstrafe		Mit		
				Anzahl	%	1 Vorstrafe	2 bis 4	5 und mehr
1977	722 966	680 963	425 670	255 293	37,5	97 535	102 217	55 541
1982	772 194	741 208	422 767	318 441	43,0	111 117	123 280	84 044
1987	691 394	670 871	358 563	314 308	46,9	99 085	116 988	98 235
1992	712 613	693 169	399 279	293 890	42,4	93 035	104 452	96 403
1993	760 792	740 981	431 611	309 370	41,8	99 517	109 170	100 683
1994	765 397	743 711	421 512	322 199	43,3	104 094	113 909	104 196
1995	759 989	740 862	410 395	330 467	44,6	104 765	117 703	107 999
1996	763 690	742 408	402 185	340 223	45,8	105 455	121 488	113 280
1997	780 530	758 601	405 202	353 399	46,6	108 373	125 729	119 297
davon (1997)								
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (o.V.) und im Amt	19 932	19 277	9 226	10 051	52,1	2 804	3 437	3 810
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	6 105	5 913	3 043	2 870	48,5	824	951	1 095
darunter: Sexueller Mißbrauch von Kindern	2 207	2 135	1 199	936	43,8	268	306	362
Vergewaltigung	1 009	976	407	569	58,3	169	199	201
Andere Straftaten gegen die Person (o.V.)	69 236	67 010	31 082	35 928	53,6	9 833	12 926	13 169
darunter: Verletzung der Unterhaltspflicht	4 340	4 239	1 604	2 635	62,2	653	979	1 003
Mord, Mordversuch, Totschlag	804	762	419	343	45,0	93	108	142
Körperverletzung	22 954	22 272	9 588	12 684	57,0	3 342	4 525	4 817
Gefährliche und schwere Körperverletzung	17 593	16 831	7 832	8 999	53,5	2 647	3 519	2 833
Diebstahl und Unterschlagung	170 258	165 122	72 779	92 343	55,9	25 036	32 428	34 881
darunter: Diebstahl	131 243	127 775	58 248	69 527	54,4	19 525	23 977	26 025
Schwerer Diebstahl	30 581	29 145	10 792	18 353	63,0	4 288	6 868	7 217
Raub und Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer	10 388	9 899	4 180	5 719	57,8	1 628	2 328	1 763
Andere Vermögensdelikte	134 708	130 910	64 759	66 151	50,5	18 450	23 276	24 425
darunter: Betrug	58 937	57 362	29 308	28 054	48,9	7 984	9 594	10 476
Urkundenfälschung	22 995	22 284	12 588	9 696	43,5	2 968	3 445	3 283
Gemeingefährliche einschl. Umweltstraftaten (o.V.)	9 540	9 226	4 262	4 964	53,8	1 188	1 866	2 110
Straftaten im Straßenverkehr	250 219	245 229	157 831	87 398	35,6	32 407	30 416	24 575
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	110 144	108 015	58 040	47 975	45,3	16 203	18 303	13 469
darunter nach dem Betäubungsmittelgesetz	41 332	39 878	15 965	23 913	60,0	6 246	9 137	8 530
nach dem Ausländergesetz	18 309	17 818	13 432	4 386	24,6	2 111	1 511	764
nach dem Asylverfahrensgesetz	9 506	9 158	4 998	4 160	45,4	1 828	1 821	511

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost.

Tabelle 10:  
Wegen ausgewählter Straftaten an Kindern Verurteilte  
nach Art der Straftat und Zahl der Opfer 1977 bis 1997  
Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>

Jahr Art der Straftat	Verurteilte			Den Verurteilten fielen ... Kinder zum Opfer				
	zu- sammen	männ- lich	weib- lich	1	2	3 bis 5	6 bis 8	9 und mehr
Insgesamt <sup>2)</sup>								
1977 .....	3 140	2 820	320	2 199	548	329	41	23
1982 .....	2 410	2 207	203	1 725	425	214	30	16
1987 .....	1 971	1 837	134	1 445	310	153	25	38
1992 .....	2 451	2 308	145	1 785	430	195	36	25
1993 .....	2 640	2 478	164	1 914	435	239	29	23
1994 .....	2 789	2 599	190	2 024	489	213	36	27
1995 .....	2 890	2 705	185	2 062	500	224	49	55
1996 .....	3 045	2 812	233	2 237	470	246	40	52
1997 .....	3 400	3 148	252	2 430	570	293	47	60
Sexueller Mißbrauch von Kindern								
1977 .....	2 112	2 091	21	1 334	445	278	36	19
1982 .....	1 653	1 636	17	1 071	354	189	26	13
1987 .....	1 341	1 333	8	901	256	136	22	26
1992 .....	1 800	1 789	11	1 210	364	172	34	20
1993 .....	1 913	1 894	19	1 292	363	210	28	20
1994 .....	2 006	1 986	20	1 348	408	194	33	23
1995 .....	2 009	1 980	29	1 320	406	200	43	40
1996 .....	2 038	2 007	31	1 406	366	203	32	31
1997 .....	2 196	2 168	28	1 432	449	248	35	32
Körperverletzung								
1977 .....	363	284	79	334	19	5	3	2
1982 .....	281	219	62	259	18	1	2	1
1987 .....	203	173	30	186	10	2	2	3
1992 .....	262	213	49	236	20	6	-	-
1993 .....	275	237	38	251	17	5	-	2
1994 .....	356	290	66	329	22	3	1	1
1995 .....	380	325	55	333	30	5	4	8
1996 .....	466	388	78	398	37	13	4	14
1997 .....	596	492	104	519	39	20	6	12
Gefährliche Körperverletzung								
1977 .....	201	161	40	173	21	6	-	1
1982 .....	173	144	29	141	22	10	-	-
1987 .....	126	104	22	110	8	2	-	6
1992 .....	154	127	27	127	16	7	1	3
1993 .....	183	151	32	149	25	8	-	1
1994 .....	188	148	38	156	21	6	2	1
1995 .....	213	179	34	178	24	5	1	5
1996 .....	275	209	66	227	30	8	3	7
1997 .....	302	242	60	252	26	10	1	13
Mißhandlung von Schutzbefohlenen								
1977 .....	205	124	81	170	27	8	-	-
1982 .....	128	90	38	108	14	6	-	-
1987 .....	99	69	30	86	9	4	-	-
1992 .....	77	48	29	63	10	4	-	-
1993 .....	106	68	38	88	15	3	-	-
1994 .....	102	68	34	87	12	3	-	-
1995 .....	104	74	30	94	9	-	1	-
1996 .....	103	74	29	80	17	6	-	-
1997 .....	91	65	26	72	15	3	-	1

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost. - 2) Die Angabe, ob bei der verurteilten Straftat ein Kind als Opfer betroffen war, wird lediglich bei ausgewählten Delikten erhoben. Beispielsweise werden Verurteilungen wegen Straßenverkehrtsdelikten, denen Kinder zum Opfer fielen, nicht gesondert erfaßt.

**Tabelle 11:**  
**Verurteilte Deutsche und Ausländer**  
**nach Altersgruppen und Geschlecht 1977 bis 1997**  
**Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>**

Jahr (i = insgesamt, m = männlich, w = weiblich)		Verurteilte						
		insge- samt	Deutsche			Ausländer		
			Jugend- liche	Heran- wachsende	Erwach- sene	Jugend- liche	Heran- wachsende	Erwach- sene
1977	i	722 966	67 197	89 431	493 970	3 705	5 510	63 153
	m	615 188	59 159	79 657	413 799	3 291	4 778	54 504
	w	107 778	8 038	9 774	80 171	414	732	8 649
1982	i	772 194	80 267	98 487	500 301	7 209	8 333	77 597
	m	652 010	70 674	88 051	412 088	6 498	7 408	67 313
	w	120 184	9 593	10 436	88 233	711	927	10 284
1987	i	691 394	39 778	73 880	483 175	7 405	8 918	78 238
	m	579 958	34 666	65 125	398 126	6 671	7 982	67 388
	w	111 436	5 112	8 755	85 049	734	936	10 850
1992	i	712 613	22 602	47 090	474 872	9 806	16 953	141 290
	m	600 932	19 921	41 718	392 736	8 840	15 288	122 431
	w	111 681	2 681	5 372	82 136	966	1 667	18 859
1993	i	760 792	22 831	44 641	472 179	10 525	22 477	188 139
	m	644 353	20 203	39 464	389 990	9 521	20 390	164 785
	w	116 439	2 628	5 177	82 189	1 004	2 087	23 354
1994	i	765 397	23 782	43 480	476 523	10 113	22 526	188 973
	m	649 945	20 877	38 343	393 622	9 263	20 607	167 233
	w	115 452	2 905	5 137	82 901	850	1 919	21 740
1995	i	759 989	26 973	44 563	480 617	10 695	20 324	176 817
	m	645 014	23 702	39 280	397 687	9 798	18 483	156 084
	w	114 975	3 271	5 283	82 930	897	1 861	20 733
1996	i	763 690	29 524	45 809	481 042	11 482	19 980	175 853
	m	646 283	25 541	40 200	398 108	10 405	18 080	153 949
	w	117 407	3 983	5 609	82 934	1 077	1 900	21 904
1997	i	780 530	33 197	50 252	487 273	12 443	19 944	177 421
	m	658 943	28 545	43 824	403 113	11 240	18 073	154 148
	w	121 587	4 652	6 428	84 160	1 203	1 871	23 273

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost.

**Tabelle 12:**  
**Strafmündige Wohnbevölkerung <sup>1)</sup>**  
**nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen**  
**1977 bis 1997**  
**Früheres Bundesgebiet <sup>2)</sup>**

Jahr	Insgesamt	Davon im Alter von bis unter . Jahren			
		14 - 18 (Jugendliche)	18 - 21 (Heranwachsende)	21 - 25 (Jüngerwachsene)	25 und mehr (Vollerwachsene)
Insgesamt					
1977 .....	49 782 416	3 919 373	2 671 737	3 374 464	39 816 842
1982 .....	52 127 986	4 230 915	3 151 031	3 870 917	40 875 123
1987 .....	52 813 908	3 200 651	3 076 436	4 330 025	42 206 796
1992 .....	55 043 163	2 535 019	2 298 942	4 182 240	46 026 962
1993 .....	55 588 410	2 552 682	2 166 572	4 026 936	46 842 220
1994 .....	55 857 033	2 583 245	2 068 979	3 758 990	47 445 819
1995 .....	57 143 409	2 701 277	2 090 197	3 514 795	48 837 140
1996 .....	57 415 881	2 777 375	2 086 108	3 293 870	49 258 528
1997 .....	57 604 204	2 848 268	2 096 020	3 099 568	49 580 348
Veränderung 1997 gegenüber 1977 in % ...	15,7	-27,3	-21,5	-8,1	24,5
Deutsche					
1977 .....	46 930 112	3 741 521	2 516 795	3 071 836	37 599 960
1982 .....	48 614 323	3 907 734	2 917 074	3 528 174	38 261 341
1987 .....	49 135 273	2 861 650	2 829 575	3 947 313	39 496 735
1992 .....	50 336 736	2 159 197	1 962 103	3 670 216	42 545 220
1993 .....	50 428 583	2 164 338	1 793 562	3 427 410	43 043 273
1994 .....	50 475 108	2 194 512	1 693 955	3 129 811	43 456 828
1995 .....	51 607 753	2 312 233	1 726 565	2 887 079	44 681 876
1996 .....	51 710 909	2 380 384	1 730 400	2 665 667	44 934 458
1997 .....	51 789 922	2 449 370	1 751 655	2 478 690	45 110 207
Veränderung 1997 gegenüber 1977 in %	10,4	-34,5	-30,4	-19,3	20,0
Ausländer					
1977 .....	2 852 304	177 852	154 942	302 628	2 216 882
1982 .....	3 513 663	323 181	233 957	342 743	2 613 782
1987 .....	3 678 635	339 001	246 861	382 712	2 710 061
1992 .....	4 706 427	375 822	336 839	512 024	3 481 742
1993 .....	5 159 827	388 344	373 010	599 526	3 798 947
1994 .....	5 381 927	388 733	375 024	629 179	3 988 991
1995 .....	5 535 656	389 044	363 632	627 716	4 155 264
1996 .....	5 704 972	396 991	355 708	628 203	4 324 070
1997 .....	5 814 282	398 898	344 365	620 878	4 450 141
Veränderung 1997 gegenüber 1977 in % ...	103,8	124,3	122,3	105,2	100,7

1) Einwohnerrechtlich registrierte Personen ab 14 Jahren.

2) Seit 1995 einachsl. Berlin-Ost.

Tabelle 13:  
Verurteilte Deutsche und Ausländer nach Art der Straftat  
1977 bis 1997  
Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>

Jahr  Straftatengruppe, Art der Straftat (o.V. = ohne Straftaten im Straßenverkehr)	Insgesamt	Deutsche	Ausländer		Anteil der unter 25-jährigen an allen Verurteilten	
	Anzahl			%	Deutsche	Ausländer
1977 .....	722 966	650 598	72 368	10,0	39,3	30,3
1982 .....	772 194	679 055	93 139	12,1	42,3	36,0
1987 .....	691 394	596 833	94 561	13,7	36,8	39,3
1992 .....	712 613	544 584	168 049	23,6	30,1	39,2
1993 .....	760 792	539 651	221 141	29,1	29,2	40,1
1994 .....	765 397	543 785	221 612	29,0	27,9	38,8
1995 .....	759 989	552 153	207 836	27,3	27,7	37,6
1996 .....	763 690	556 375	207 315	27,1	27,7	37,1
1997 .....	780 530	570 722	209 808	26,9	28,1	36,8
davon (1997):						
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (o.V.) und im Amt .....	19 932	15 149	4 783	24,0	27,8	40,1
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung .....	6 105	4 776	1 329	21,8	17,6	34,2
darunter: Sexueller Mißbrauch von Kindern .....	2 207	1 920	287	13,0	15,1	28,6
Vergewaltigung .....	1 009	634	375	37,2	27,4	42,4
Andere Straftaten gegen die Person (o.V.) .....	69 236	50 930	18 306	26,4	32,4	48,8
darunter: Verletzung der Unterhaltspflicht .....	4 340	3 896	444	10,2	3,6	9,2
Mord, Mordversuch, Totschlag .....	804	514	290	36,1	23,0	37,2
Körperverletzung .....	22 954	16 887	6 067	26,4	34,6	47,2
Gefährliche und schwere Körperverletzung .....	17 593	11 673	5 920	33,6	55,1	63,0
Diebstahl und Unterschlagung .....	170 258	119 422	50 836	29,9	37,3	44,3
darunter: Diebstahl .....	131 243	90 294	40 949	31,2	31,6	39,6
Schwerer Diebstahl .....	30 581	21 894	8 687	28,4	63,3	66,2
Raub und Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer .....	10 388	6 373	4 015	38,7	66,4	80,4
Andere Vermögensdelikte .....	134 708	99 505	35 203	26,1	24,5	32,2
darunter: Betrug .....	58 937	47 601	11 336	19,2	15,8	25,7
Urkundenfälschung .....	22 995	12 781	10 234	44,5	29,0	29,5
Gemeingefährliche einschl. Umweltstraftaten (o.V.) .....	9 540	8 307	1 233	12,9	17,7	25,0
Straftaten im Straßenverkehr .....	250 219	205 496	44 723	17,9	20,7	27,3
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen .....	110 144	60 764	49 380	44,8	35,1	33,0
darunter: nach dem Betäubungsmittelgesetz .....	41 332	29 566	11 766	28,5	50,4	50,2
nach dem Ausländergesetz .....	18 309	1 981	16 328	89,2	7,4	25,2
nach dem Asylverfahrensgesetz .....	9 506	139	9 367	98,5	.	.

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost.

**Tabelle 14:**  
**Verurteilte nach Jugend- oder allgemeinem Strafrecht,**  
**Altersgruppen, Staatsangehörigkeit und Art der Straftat 1977 bis 1997**  
**Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>**

Jahr  Straftatengruppe Art der Straftat (o.V. = ohne Straftaten im Straßenverkehr)	Insgesamt	Nach Jugendstrafrecht verurteilte			Nach allgemeinem Strafrecht verurteilte			Anteil der unter 25- jährigen an allen Verur- teilten  %
		Jugend- liche	Heran- wachsende		Junger- wachsene	Voller- wachsene		
			zur Tat im Alter von ... bis unter			Jahren		
		14-18	18-21		21-25	25 u. mehr		
		Anzahl	% <sup>2)</sup>		Anzahl			
1977	722 966	70 902	44 757	47,1	50 184	111 736	445 387	38,4
1982	772 194	87 476	62 284	58,3	44 536	126 204	451 694	41,5
1987	691 394	47 183	52 890	63,9	29 908	126 678	434 735	37,1
1992	712 613	32 408	39 431	61,6	24 612	133 102	483 060	32,2
1993	760 792	33 356	39 308	58,6	27 810	145 522	514 796	32,3
1994	765 397	33 895	38 070	57,7	27 936	137 914	527 582	31,1
1995	759 989	37 668	39 063	60,2	25 824	128 268	529 166	30,4
1996	763 690	41 006	39 840	60,6	25 949	124 179	532 716	30,2
1997	780 530	45 840	42 167	60,1	28 029	121 539	543 155	30,4
1997 nach Staatsangehörigkeit:								
Deutsche	570 722	33 197	31 301	62,3	18 951	76 694	410 579	28,1
Ausländer	209 808	12 443	10 866	54,5	9 078	44 845	132 576	36,8
1997 nach Art der Straftat:								
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche								
Ordnung (o.V.) und im Amt	19 932	974	1 142	62,9	673	3 342	13 801	30,8
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung								
darunter: Sexueller Mißbrauch von Kindern	6 105	312	293	83,2	59	633	4 808	21,2
Vergewaltigung	2 207	115	102	90,3	11	143	1 836	16,8
	1 009	73	84	89,4	10	166	676	33,0
Andere Straftaten gegen die Person (o.V.)								
darunter: Verletzung der Unterhaltspflicht	69 236	7 669	5 595	73,8	1 982	10 183	43 807	36,7
Mord, Mordversuch, Totschlag	4 340	-	15	75,0	5	160	4 160	4,1
Körperverletzung	804	38	54	91,5	5	129	578	28,1
Gefährliche und schwere Körperverletzung	22 954	2 702	1 789	72,2	688	3 525	14 250	37,9
	17 593	4 104	2 756	87,1	409	2 895	7 429	57,8
Diebstahl und Unterschlagung								
darunter: Diebstahl	170 258	20 229	13 350	73,3	4 866	28 651	103 162	39,4
Schwerer Diebstahl	131 243	12 877	7 227	65,2	3 859	20 803	86 477	34,1
	30 581	6 874	5 719	89,6	665	6 355	10 968	64,1
Raub und Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer								
	10 388	3 839	1 968	97,3	55	1 497	2 929	71,8
Andere Vermögensdelikte								
darunter: Betrug	134 708	4 608	5 042	53,8	4 334	21 739	98 985	26,5
Urkundenfälschung	58 937	455	1 187	49,4	1 217	7 569	48 509	17,7
	22 995	825	1 009	56,4	780	4 103	16 278	29,2
Gemeingefährliche einschl. Umweltstraftaten (o.V.)								
	9 540	235	309	59,5	210	1 028	7 760	18,7
Straftaten im Straßenverkehr								
	250 219	4 224	7 565	40,3	11 193	31 851	195 386	21,9
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen								
darunter: nach dem Betäubungsmittelgesetz	110 144	3 450	6 903	59,7	4 657	22 617	72 517	34,2
nach dem Ausländergesetz	41 332	2 623	5 748	78,2	1 607	10 822	20 532	50,3
	18 309	68	151	14,8	868	3 175	14 047	23,3

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost. - 2) Anteil der nach Jugendstrafrecht verurteilten an allen verurteilten Heranwachsenden.



**Tabelle 15:**  
**Verurteilungsziffern der Deutschen unter 26 Jahren**  
**nach ausgewählten Straftaten 1977 bis 1997**  
**Verurteilte je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe**  
**Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>**

Jahr  Art der Straftat (o.V. = ohne Straftaten im Straßenverkehr)	Verurteilungsziffer der Deutschen (im Alter von ... bis unter ... Jahren)			
	14 - 25 zusammen	14 - 18 (Jugend- liche)	18 - 21 (Heran- wachsende)	21 - 25 (Junge- wachsene)
1977 .....	2 740	1 798	3 553	3 225
1982 .....	2 772	2 054	3 378	3 087
1987 .....	2 278	1 390	2 811	2 682
1992 .....	2 100	1 047	2 400	2 580
1993 .....	2 131	1 055	2 489	2 624
1994 .....	2 162	1 084	2 567	2 700
1995 .....	2 205	1 187	2 581	2 813
1996 .....	2 273	1 240	2 647	2 953
1997 .....	2 397	1 355	2 869	3 094
1977 nach ausgewählten Straftaten:				
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung .....	21	13	25	28
Körperverletzung (o.V.) .....	59	39	69	75
Gefährliche und schwere Körperverletzung (o.V.) .....	75	62	103	69
Diebstahl und Unterschlagung .....	761	902	780	574
Raub und Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer .....	36	34	46	31
Straftaten im Straßenverkehr .....	1 140	423	1 695	1 558
Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz .....	82	32	138	97
1987 nach ausgewählten Straftaten				
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung .....	14	9	14	17
Körperverletzung (o.V.) .....	63	40	72	73
Gefährliche und schwere Körperverletzung (o.V.) .....	62	55	80	55
Diebstahl und Unterschlagung .....	639	711	684	554
Raub und Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer .....	32	29	41	27
Straftaten im Straßenverkehr .....	817	293	1 032	1 044
Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz .....	99	21	128	134
1992 nach ausgewählten Straftaten:				
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung .....	11	6	14	12
Körperverletzung (o.V.) .....	58	40	67	64
Gefährliche und schwere Körperverletzung (o.V.) .....	65	61	92	52
Diebstahl und Unterschlagung .....	530	524	567	514
Raub und Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer .....	33	34	44	27
Straftaten im Straßenverkehr .....	758	173	945	1 001
Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz .....	138	32	174	181
1997 nach ausgewählten Straftaten:				
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung .....	13	8	14	16
Körperverletzung (o.V.) .....	87	76	97	92
Gefährliche und schwere Körperverletzung (o.V.) .....	96	107	118	71
Diebstahl und Unterschlagung .....	667	623	710	681
Raub und Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer .....	63	88	67	36
Straftaten im Straßenverkehr .....	638	148	886	946
Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz .....	223	80	319	296

1) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost

**Tabelle 16:**  
**Anzahl und Belegung der Justizvollzugsanstalten**  
**1977 bis 1997**

Jahr  (Stichtag jeweils 31.12.)	Anzahl der An- stalten ins- ge- samt	Be- legungs- fähig- keit	Belegung insgesamt <sup>1)</sup>				Art des Vollzugs <sup>1)</sup>					
			zu- sammen		männ- lich	weib- lich	Untersu- chungs- haft	Strafhaft			Sonstige Frei- heitsentziehung	
			Anzahl	%	Frei- heits- strafe	Jugend- strafe		Siche- rungs- verwah- rung	zu- sam- men	darunter Ab- schie- bungs- haft		
Früheres Bundesgebiet <sup>2)</sup>												
1977	167	57 036	50 979	89,4	49 136	1 843	14 152	29 846	5 791	273	917	228
1982	166	60 251	57 277	95,1	55 204	2 073	16 539	33 088	6 362	182	1 106	325
1987	173	61 161	44 903	73,4	43 183	1 720	11 527	27 898	4 288	213	977	324
1992	171	58 660	49 106	83,7	47 077	2 029	17 290	26 345	3 384	183	1 904	1 128
1993	176	59 398	53 482	90,0	51 192	2 290	18 897	27 625	3 691	183	3 086	2 285
1994	176	60 825	52 565	86,4	50 358	2 207	17 056	28 964	3 537	180	2 828	2 124
1995	178	61 474	52 462	85,3	50 309	2 153	16 725	29 853	3 525	163	2 196	1 519
1996	176	61 698	55 257	89,6	52 942	2 315	17 424	31 626	3 748	177	2 282	1 655
1997	175	62 099	57 578	92,7	54 946	2 632	16 954	33 537	4 067	191	2 829	2 112
Neue Länder												
1993	49	10 510	6 351	60,4	6 183	168	2 890	2 633	414	-	414	299
1994	43	9 941	7 724	77,7	7 544	180	3 147	3 482	728	-	367	199
1995	43	9 364	8 846	92,3	8 451	195	3 062	4 248	988	-	348	169
1996	43	9 645	9 423	97,7	9 208	215	3 016	4 848	1 199	-	360	197
1997	43	10 279	10 451	101,7	10 192	259	2 981	5 591	1 533	-	346	171
Deutschland												
1993	225	69 908	59 833	85,6	57 375	2 458	21 787	30 258	4 105	183	3 500	2 584
1994	219	70 766	60 289	85,2	57 902	2 387	20 203	32 446	4 265	180	3 195	2 323
1995	221	70 838	61 108	86,3	58 760	2 348	19 787	34 101	4 513	163	2 544	1 688
1996	219	71 343	64 680	90,7	62 150	2 530	20 440	36 474	4 947	177	2 642	1 852
1997	218	72 378	68 029	94,0	65 138	2 891	19 935	39 128	5 600	191	3 175	2 283
davon (1997): geschlosse- ner Vollzug: ...	193	60 822	63 884	105,0	61 065	2 819	19 934	35 345	5 317	190	3 098	2 211
offener Vollzug: .....	25	11 556	4 145	35,9	4 073	72	1	3 783	283	1	77	72

1) Ohne vorübergehend abwesende Personen (insbesondere Hafturlauber). - 2) Seit 1992 einschließlich Berlin-Ost.

**Tabelle 17:**  
**Strafgefangene und Sicherungsverwahrte**  
**nach demographischen Merkmalen 1977 bis 1997**  
**- jeweils am 31. März -**

Jahr ----- Altersgruppe	Insgesamt		Davon			Davon		
	Anzahl	dar. offener Vollzug in %	Männer	Frauen		Deut- sche	Ausländer	
				Anzahl	in %		Anzahl	in %
Früheres Bundesgebiet <sup>1)</sup>								
1977 .....	39 918	.	38 649	1 269	3,2	37 598	2 320	5,8
1982 .....	45 584	16,6	44 083	1 501	3,3	41 294	4 290	9,4
1987 .....	42 463	19,3	40 983	1 480	3,5	38 112	4 351	10,2
1992 .....	37 943	21,3	36 436	1 507	4,0	31 610	6 333	16,7
1993 .....	38 986	21,0	37 459	1 527	3,9	31 454	7 532	19,3
1994 .....	40 409	20,5	38 743	1 666	4,1	31 268	9 141	22,6
1995 .....	41 431	21,4	39 843	1 588	3,8	31 432	9 999	24,1
1996 .....	42 717	21,7	41 059	1 658	3,9	31 902	10 815	25,3
1997 .....	44 508	21,8	42 752	1 756	3,9	32 672	11 836	26,6
Neue Länder								
1992 .....	1 550	0,3	1 487	63	4,1	1 509	41	2,6
1993 .....	2 610	4,1	2 537	73	2,8	2 473	137	5,2
1994 .....	3 869	6,4	3 787	82	2,1	3 599	270	7,0
1995 .....	5 085	6,6	4 967	118	2,3	4 584	501	9,9
1996 .....	6 187	6,0	6 052	135	2,2	5 574	613	9,9
1997 .....	7 134	7,7	7 002	132	1,9	6 314	820	11,5
Deutschland								
1992 .....	39 493	20,4	37 923	1 570	4,0	33 119	6 374	16,1
1993 .....	41 596	19,9	39 996	1 600	3,8	33 927	7 669	18,4
1994 .....	44 278	19,3	42 530	1 748	3,9	34 867	9 411	21,3
1995 .....	46 516	19,8	44 810	1 706	3,7	36 016	10 500	22,6
1996 .....	48 904	19,7	47 111	1 793	3,7	37 476	11 428	23,4
1997 .....	51 642	19,9	49 754	1 888	3,7	38 986	12 656	24,5
davon (1997)								
im Alter von . bis								
unter ... Jahren								
14 - 18 .....	680	5,4	661	19	2,8	472	208	30,6
18 - 21 .....	2 909	9,0	2 850	59	2,0	2 031	878	30,2
21 - 30 .....	18 609	16,6	17 973	636	3,4	12 703	5 906	31,7
30 - 40 .....	17 380	21,1	16 740	640	3,7	13 456	3 924	22,6
40 - 50 .....	7 992	25,3	7 646	346	4,3	6 667	1 325	16,6
50 - 60 .....	3 268	29,6	3 145	141	4,3	2 951	335	10,2
60 und mehr .....	786	26,2	739	47	6,0	706	80	10,2

1) Seit 1991 einschl. Berlin-Ost.

Übersicht 2:  
Die Zählkartenerhebungen zum Geschäftsanfall bei Gerichten und Staatsanwaltschaften der Länder:  
Erhebungsumfang und ausgewählte Ergebnisse, Deutschland 1997

Justiz- organ  (Richter/ Staatsanwälte Stichtag 31.12.1996 Gerichte Stichtag 31.12.1997	Ordentliche Gerichtsbarkeit  15 381 Richter  an 847 Amts-, Land- und Oberlandesgerichten (einschl. Bayerisches Oberstes Landesgericht)												Verwaltungsgerichtsbarkeit  2 339 Richter  an 52 Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten		Finanz- gerichts- barkeit  555 Richter  an 19 Finanz- gerichten	Staats- anwaltschaften  5 211 Staatsanwälte			
	Zivilgerichtsbarkeit				Familiengerichts- barkeit		Strafgerichtsbarkeit						Eingangsinstanz		Rechts- mittel- instanz	Eingangsinstanz	Ober- landes- gerichte		
	Eingangsinanz		Rechtsmittelinstanz		Eingangsinstanz	Rechtsmittelinstanz	Eingangsinanz		Rechtsmittelinstanz		Verwaltungsgerichtsbarkeit		Finanzgerichtsbarkeit (Klagen)						
Instanz	Eingangsinanz		Rechtsmittelinstanz		Eingangsinstanz	Rechtsmittelinstanz	Eingangsinanz		Rechtsmittelinstanz		Verwaltungsgerichtsbarkeit		Finanzgerichtsbarkeit (Klagen)	Eingangsinstanz	Oberlandesgerichte				
Art des Gerichts ----- Art des Verfahrens	Amtsgerichte	Landgerichte	Landgerichte	Oberlandesgerichte	Amtsgerichte	Oberlandesgerichte	Amtsgerichte	Landgerichte	Oberlandesgerichte	Landgerichte	Oberlandesgerichte	Bußgeldverfahren	Bußgeldverfahren	Eingangsinstanz	Oberverwaltungsgerichte	Oberverwaltungsgerichte			
Neuzugänge ..... Erledigte Verfahren ... Erledigte V. in % der Neuzugänge	1 686 844	422 407	102 238	69 333	465 687	24 526	815 018	419 303	14 702	39	54 920	5 652	8 467	215 733	1 293	33 081	72 508	4 403 560	208
	1 716 044	423 628	102 578	67 918	473 105	23 704	818 587	418 172	15 063	89	54 051	5 643	8 447	214 598	1 412	38 502	59 316	4 421 659	278
	101,7	100,3	100,3	98,0	101,6	96,6	100,4	99,7	102,5	228,2	98,4	99,8	99,8	99,5	109,2	116,4	81,8	100,4	133,7

Tabelle 18:  
**Erlidigte Verfahren und Verfahrensdauer 1990 bis 1997**  
 - soweit in der Justizgeschäftsstatistik erfasst -

Justizorgan, Instanz, Art des Verfahrens <sup>1)</sup>	Erlidigte Verfahren										Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten																			
	Früheres Bundesgebiet <sup>2)</sup>					Neue Länder					Deutschland					Früheres Bundesgebiet <sup>2)</sup>					Neue Länder					Deutschland				
	1990	1992	1994	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1997	1995	1996	1997	1990	1992	1994	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997		
<b>Zivilgerichte</b>																														
Eingangsinstanz	1 202 782	1 200 665	1 465 814	1 422 781	1 433 765	1 429 861	248 888	303 437	286 183	1 671 669	1 737 202	1 716 044	4,1	4,1	4,3	4,4	4,5	4,5	5,0	5,2	5,3	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6		
Amtsgerichte	351 083	366 655	342 145	330 594	335 436	340 238	71 153	79 143	83 390	401 747	414 579	423 628	6,0	6,1	6,4	6,5	6,6	6,7	5,6	6,0	6,4	6,3	6,5	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6		
Landgerichte																														
<b>Rechtsmittelinstanz</b>																														
Landgerichte	96 020	83 417	86 625	87 958	88 239	91 083	8 098	9 541	11 495	96 066	97 780	102 578	5,5	5,1	4,9	5,2	5,4	5,4	4,7	4,8	5,2	5,1	5,3	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4		
Oberlandesgerichte	59 631	59 635	59 024	56 612	55 041	57 122	7 161	8 663	10 796	63 773	63 704	67 918	9,1	8,8	8,7	8,9	9,0	8,8	5,6	6,5	6,7	8,5	8,7	8,5	8,7	8,5	8,5	8,5		
<b>Familiengerichte</b>																														
Eingangsinstanz	353 927	361 250	388 045	388 566	396 160	406 274	65 182	67 493	66 831	453 748	463 653	473 105																		
Amtsgerichte	152 584	157 986	179 897	182 492	187 203	195 686	26 434	27 874	31 649	208 926	215 077	227 335	8,8	9,3	10,1	10,3	10,3	10,2	11,6	13,7	14,7	10,4	10,7	10,8	10,8	10,8	10,8	10,8		
dar. Eheverfahren <sup>3)</sup>																														
Rechtsmittelinstanz	23 182	20 065	21 364	20 921	21 441	21 550	1 560	1 893	2 154	22 481	23 334	23 704	6,0	5,8	5,5	5,4	5,5	5,6	3,6	4,0	4,1	5,3	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4		
Oberlandesgerichte																														
<b>Strafgerichte</b>																														
Strafverfahren																														
Eingangsinstanz	630 171	630 204	654 203	647 109	659 081	669 628	128 119	140 567	148 959	775 228	799 648	818 587	3,7	3,9	4,1	4,2	4,1	4,1	5,5	5,6	5,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4		
Amtsgerichte	12 703	14 477	13 260	12 136	12 554	12 954	2 159	2 241	2 109	14 295	14 795	15 063	6,2	6,3	6,6	6,4	6,2	6,2	5,6	5,4	6,3	6,1	6,2	6,2	6,2	6,2	6,2	6,2		
Landgerichte																														
Oberlandesgerichte	28	97	100	138	126	88	2	1	1	140	127	89	6,6	6,6	9,6	9,2	12,3	11,0	14,0	3,8	4,2	31,7	12,1	10,9	14,2	14,2	14,2	14,2		
<b>Rechtsmittelinstanz</b>																														
Landgerichte	52 081	44 930	45 475	44 694	45 352	47 233	4 725	5 742	6 818	49 419	51 094	54 051	3,5	3,5	3,3	3,5	3,7	3,8	3,4	3,4	3,8	3,5	3,6	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8		
Oberlandesgerichte	6 114	4 757	4 752	4 693	4 678	5 084	315	447	559	5 008	5 125	5 643	1,3	1,2	1,2	1,4	1,3	1,2	1,4	1,4	1,3	1,4	1,3	1,4	1,3	1,4	1,3	1,2		
<b>Bußgeldverfahren</b>																														
Eingangsinstanz	348 213	332 198	345 657	361 508	363 922	355 431	49 764	60 373	62 741	411 292	424 295	418 172	2,4	2,4	2,6	2,7	2,8	2,7	3,6	3,5	3,5	2,8	2,9	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8		
Amtsgerichte																														
Rechtsmittelinstanz	5 680	5 707	7 010	7 478	7 848	7 374	950	986	1 073	8 428	8 834	8 447	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	1,0	0,8	1,3	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9		
Oberlandesgerichte																														
<b>Ordentliche Gerichte zusammen</b>	3 141 615	3 124 057	3 433 474	3 385 188	3 423 643	3 443 920	588 096	680 527	683 109	3 973 284	4 104 170	4 127 029	4,4	4,5	4,7	4,8	4,9	4,9	5,4	5,6	5,7	4,9	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0		
<b>Verwaltungsgerichte (Hauptverfahren)</b>																														
Eingangsinstanz	120 123	139 800	195 923	189 362	194 081	181 869	24 745	28 583	32 729	214 107	222 664	214 598	11,5	13,6	11,0	13,2	15,7	16,9	11,4	12,2	13,6	13,0	15,2	16,4	16,4	16,4	16,4	16,4		
Verwaltungsgerichte	44 445	58 981	114 309	98 058	93 225	89 522	10 851	11 094	11 987	108 909	104 319	101 509	10,4	11,3	9,6	12,4	15,4	17,3	12,0	12,7	13,4	12,4	15,1	16,8	16,8	16,8	16,8	16,8		
dar. Asylverfahren																														
Oberverwaltungsgerichte	1 480	1 157	1 154	1 316	1 233	1 251	97	136	161	1 413	1 369	1 412	12,9	14,9	16,9	16,3	17,9	18,8	10,4	11,8	11,9	17,8	17,3	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0		
<b>Rechtsmittelinstanz</b>																														
Oberverwaltungsgerichte	17 947	21 725	30 587	33 392	34 794	36 037	1 775	2 790	2 465	35 167	37 584	38 502	14,2	12,4	8,6	7,6	8,6	8,5	5,5	6,2	7,3	7,5	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4		
Oberverwaltungsgerichte																														
<b>Finanzgerichte (Klagen)</b>																														
Oberverwaltungsgerichte	55 886	56 282	57 607	54 476	53 634	55 069	2 886	3 437	4 247	57 362	57 071	59 316	23,9	23,1	21,6	21,6	20,2	17,5	8,5	9,0	9,4	20,9	19,5	16,9	16,9	16,9	16,9	16,9		

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts. - 2) Seit dem 3.10.1990 einschl. Berlin-Ost; Finanzgerichte erst seit 1994 einschl. Berlin-Ost. -

3) Berufungen gegen Endentscheidungen.

*Statistisches Bundesamt, Justiz im Spiegel der Rechtspflegestatistik, 1999*

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts - 2) Seit dem 3.10.1990 einschl. Berlin-Ost, Finanzgebiete erst seit 1994 einschl. Berlin-Ost  
3) Benutzungen und Beschwerden gegen Erdentscheidungen

Tabelle 20:  
Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte  
1977 bis 1997

Jahr - Stichtag 1.1. - (i = insgesamt, w = weiblich)		Richter insgesamt <sup>1)</sup>			Darunter bei						Staats- anwälte	Rechts- anwälte
		zu- sammen	Bundes- dienst	Landes- dienst	Ver- fassungs- gerichten	Ordent- lichen Gerichten	Ver- waltungs- gerichten	Finanz- gerichten	Arbeits- gerichten	Sozial- gerichten		
Früheres Bundesgebiet												
1977	i	14 785	487	14 278	97	11 745	1 135	351	538	956	3 233	25 141
	w	1 679	24	1 655	2	1 383	108	8	87	112	327	.
1979	i	15 532	486	15 046	85	12 289	1 256	386	591	959	3 328	28 723
	w	1 900	19	1 881	2	1 564	128	7	80	122	336	2 314
1981	i	16 857	449	16 208	90	12 968	1 536	472	629	997	3 593	30 486
	w	2 263	23	2 240	2	1 841	179	13	85	144	425	2 734
1983	i	16 922	493	16 429	97	13 032	1 704	486	657	994	3 680	34 569
	w	2 439	24	2 415	2	1 943	235	16	88	156	499	3 671
1985	i	17 031	505	16 526	98	13 040	1 732	509	693	1 002	3 646	39 782
	w	2 540	26	2 514	4	2 019	240	19	98	165	523	5 334
1987	i	17 380	501	16 879	99	13 283	1 787	536	725	1 014	3 725	42 784
	w	2 883	27	2 856	5	2 294	260	25	114	188	591	6 303
1989	i	17 627	513	17 114	102	13 440	1 810	567	745	1 013	3 759	46 397
	w	3 109	32	3 077	6	2 454	290	33	129	202	661	7 571
1991	i	17 932	509	17 423	90	13 652 a)	1 886 b)	603	788	1 059	3 887	51 288
	w	3 449	38	3 411	7	2 619	330	47	147	242	756	.
Deutschland												
1993	i	20 672	524	20 148	93	15 694	2 221	610	986	1 109	4 920	58 504
	w	4 752	52	4 700	8	3 834	478	52	434	272	1 272	11 195
1995	i	22 134	510	21 624	107	16 600	2 573	610	1 111	1 182	5 375	65 576
	w	5 824	47	5 777	14	4 518	613	61	297	327	1 554	13 722
1997 <sup>2)</sup>	i	20 999	503	20 496	.	15 649 c)	2 406 d)	616 e)	1 128	1 171	5 211	76 074
	w	5 358	.	.	.	4 022	531	87	333	398	1 456	17 346

1) Richter an den Verfassungsgerichten, die ihre Planstelle in der Regel in einer anderen Gerichtsbarkeit haben, werden in der Spaltensumme nur einmal gezählt.

2) Für Richter und Staatsanwälte Stichtag 31.12. 1996. Die Angaben entstammen den Personalübersichten der Länder über die (anteilmäßige) Personalverwendung und sind mit den Vorjahresangaben aus der Richterstatistik nicht voll vergleichbar.

a) Darunter 13 371 Richter an den ordentlichen Gerichten der Länder.

b) Darunter 1 821 Richter an den Verwaltungsgerichten der Länder.

c) Darunter 15 381 Richter an den ordentlichen Gerichten der Länder, darunter 12 888 Richter an den ordentlichen Gerichten der Länder im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost.

d) Darunter 2 339 Richter an den Verwaltungsgerichten der Länder, darunter 2 005 Richter an den Verwaltungsgerichten der Länder im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost.

e) Darunter 555 Richter an den Finanzgerichten der Länder, darunter 512 Richter an den Finanzgerichten der Länder im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost.

## Definitionen ausgewählter Begriffe aus der Rechtspflegestatistik

Stichwort	Definition
<b>Abgeurteilte</b>	Abgeurteilte sind Personen, gegen die Strafbefehle erlassen bzw. Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluß rechtskräftig abgeschlossen wurden. Die in der Strafverfolgungsstatistik nachgewiesene Zahl der Abgeurteilten setzt sich zusammen aus den rechtskräftig Verurteilten sowie den Personen, gegen die andere Entscheidungen getroffen worden sind. Andere Entscheidungen sind dabei Freispruch, Einstellung des Verfahrens, Absehen von Strafe, selbständige Anordnung von Maßregeln der Besserung und Sicherung und Überweisung an den Vormundschaftsrichter nach § 53 Jugendgerichtsgesetz (JGG).
<b>Absehen von Verfolgung</b>	Personen, bei denen das Jugendgericht nach § 45 Abs. 3 JGG wegen Geringfügigkeit des Vergehens von der weiteren Strafverfolgung abgesehen hat, werden in der Strafverfolgungsstatistik nicht zu den Abgeurteilten gezählt.
<b>Angewandetes Strafrecht</b>	Gegenüber jugendlichen Straftätern, die zur Tatzeit mindestens 14, aber noch keine 18 Jahre alt waren, findet stets das Jugendstrafrecht Anwendung. Bei Heranwachsenden (zur Tatzeit 18-, aber noch nicht 21jährig) entscheidet das Gericht im Einzelfall, ob der Täter nach seinem Reifegrad oder der Art seiner Tat noch einem Jugendlichen gleichzustellen ist. In diesem Fall erfolgt eine Aburteilung nach Jugendstrafrecht; ansonsten wird er wie ein Erwachsener nach allgemeinem Strafrecht bestraft.
<b>Ausländer</b>	Zu den Ausländern zählen in der Abgrenzung der Rechtspflegestatistik auch die Staatenlosen sowie die Angehörigen der Stationierungstreitkräfte. Einzelne Staatsangehörigkeiten werden derzeit nur in wenigen Ausnahmen erhoben.
<b>Aussetzen der Entscheidung</b>	Personen, gegen die das Jugendgericht zwar eine Jugendstrafe verhängt, diese Entscheidung aber nach § 27 JGG für eine bestimmte Bewährungszeit ausgesetzt hat, werden in der Strafverfolgungsstatistik nicht als Abgeurteilte erfaßt.
<b>Einstellung des Verfahrens</b>	Nach Abschluß der strafrechtlichen Ermittlungen entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob Anklage zu erheben oder das Ermittlungsverfahren - beispielsweise, weil die Tat nicht nachweisbar ist oder Rechtsgründe einer Strafverfolgung entgegenstehen - einzustellen ist. Eine Einstellung des Verfahrens kommt auch bei geringfügigen Taten oder dann in Betracht, wenn Auflagen oder Weisungen geeignet sind, das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu beseitigen und die Schwere der Schuld nicht entgegensteht. Nach Anklageerhebung kann auch das Gericht mit Zustimmung des Angeschuldigten und der Staatsanwaltschaft das Verfahren unter diesen Voraussetzungen einstellen.



Stichwort	Definition
<b>Entziehung der Fahrerlaubnis (Sperre)</b>	Die Entziehung der Fahrerlaubnis (Sperre) sieht das Strafgesetzbuch als Maßregel der Besserung und Sicherung vor, wenn eine Straftat im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs oder unter Verletzung von Fahrzeugführerplichten begangen wurde. Die Fahrerlaubnis kann auch entzogen bzw. die Erteilung einer (neuen) Fahrerlaubnis untersagt werden (Sperre), wenn die Person wegen Schuldunfähigkeit nicht verurteilt werden kann.
<b>Erziehungsmaßregeln</b>	Erziehungsmaßregeln - die mildeste Form der im Jugendgerichtsgesetz vorgesehenen Sanktionen - sind Erteilung von Weisungen bezüglich der Lebensführung sowie die Anordnung, Hilfe zur Erziehung in Anspruch zu nehmen. Zu den Weisungen, die in der Strafverfolgungsstatistik allerdings nicht näher differenziert werden, zählen etwa Arbeitsleistungen oder der Täter-Opfer-Ausgleich. Hilfen zur Erziehung sind Erziehungsbeistandsschaft für die Sorgeberechtigten und Unterbringung des jugendlichen Straftäters in einer geeigneten Familie oder in einem Heim.
<b>Fahrverbot</b>	Bei einer Verurteilung wegen einer Straftat kann ein Fahrverbot für ein bis drei Monate erteilt werden, wenn die Straftat im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs oder unter Verletzung von Fahrzeugführerplichten begangen wurde. Bei bestimmten Verkehrsstraftaten ist ein Fahrverbot in der Regel anzuordnen, wenn die Entziehung der Fahrerlaubnis unterbleibt.
<b>Frühere Verurteilung</b>	Frühere Verurteilungen bzw. Vorstrafen werden im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik nicht deliktspezifisch erfasst. Angaben zu einschlägigen Vorstrafen liegen somit nicht vor.
<b>Geldstrafe</b>	Geldstrafe wird in Tagessätzen verhängt und beträgt, je nach Schwere der Tat, mindestens fünf und höchstens 360 volle Tagessätze. Bei der Festsetzung der Höhe der Tagessätze (2 bis 10 000 DM) sind die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Täter maßgeblich, nicht die Tatschwere. Geldstrafe kann nur gegen Personen verhängt werden, die nach allgemeinem Strafrecht verurteilt wurden. Geldbußen, mit denen Ordnungswidrigkeiten geahndet werden, sind keine Strafen und werden nicht erfasst.
<b>Gerichtlich registrierte Kriminalität</b>	Unter gerichtlich registrierter Kriminalität ist hier die Entwicklung der Abgeurteilten- und Verurteiltenzahlen in einzelnen Deliktbereichen zu verstehen, wie sie sich aus der personenbezogenen Strafverfolgungsstatistik ergibt.
<b>Jugendstrafe</b>	Jugendstrafe ist die schwerste Sanktion des Jugendgerichtsgesetzes. Sie wird gegen Jugendliche oder nach Jugendstrafrecht abgeurteilte Heranwachsende verhängt, wenn Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel wegen der in der Tat hervorgetretenen schädlichen Neigungen des Jugendlichen nicht ausreichen oder wenn die Schwere der Tat es erfordert. Das Höchstmaß der Jugendstrafe beträgt fünf, bei schweren Verbrechen zehn Jahre Freiheitsentzug, das Mindestmaß sechs Monate.

Stichwort	Definition
<b>Justizgeschäftsstatistik</b>	Zählkartenerhebungen zum Geschäftsanfall sowie -erledigung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften werden bei den ordentlichen Gerichten (Zivil-, Familien-, Strafgerichten) sowie bei den Verwaltungs-, Finanzgerichten und Staatsanwaltschaften der Länder durchgeführt. Die Geschäftsabwicklung wird dabei je Instanz ausgewertet. Die Zählkartenerhebung in der Zivilgerichtsstatistik beschränkt sich auf die streitige Gerichtsbarkeit; die Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit bleiben ausgeklammert. Über Mahn-, Vollstreckungs- und Insolvenzverfahren werden nur Eckzahlen erhoben.
<b>Justizvollzugsanstalt</b>	Als Einsitzende in Justizvollzugsanstalten werden im Rahmen der Jahreserhebung zum Strafvollzug alle Personen gezählt, die sich zum Anfang bzw. Ende eines Berichtsjahres in Strafanstalten, Anstalten des Maßregelvollzugs, Untersuchungs-, Abschiebe- und sonstigen Haftanstalten befinden. Die am Jahreswechsel vorübergehend abwesenden Personen sind hier nicht erfasst. Bei den Strafgefangenen mit Freiheits- bzw. Jugendstrafe und den Sicherungsverwahrten (einschl. der am Erhebungstichtag vorübergehend Abwesenden) wird zusätzlich eine Stichtagserhebung am 31.3. zur demographischen und kriminologischen Struktur durchgeführt.
<b>Maßregeln der Besserung und Sicherung</b>	Maßregeln der Besserung und Sicherung können bei Verurteilungen neben die Strafe treten, um gefährliche Straftäter zu bessern oder vor ihnen zu schützen. Maßregeln können auch bei schuldunfähigen Tätern angeordnet werden, die nicht bestraft werden können. Zu den Maßregeln zählen die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus, in einer Entziehungsanstalt oder in Sicherungsverwahrung, ferner die Führungsaufsicht, das Berufsverbot sowie die Entziehung der Fahrerlaubnis.
<b>Median</b>	Der Median oder Zentralwert ist derjenige Wert, der in der Mitte einer nach ihrer Größe geordneten Reihe von Merkmalswerten liegt. Anders als das arithmetische Mittel kann der Median auch für eine Verteilung berechnet werden, deren Unter- oder Obergrenze nicht bekannt ist (z.B. Vermögensverteilung).
<b>Rechtsmittelverfahren</b>	Als Rechtsmittelverfahren werden in den Justizgeschäftsstatistiken alle Berufungs- oder Revisionsverfahren bei den ordentlichen bzw. Fachgerichten der Länder gezählt, die sich gegen eine Entscheidung der jeweiligen Vorinstanz richteten. Je nach Organisation der Gerichtsbarkeit kann eine Rechtsstreitigkeit bis zu drei Instanzen bzw. zwei Rechtsmittelinstanzen der Ländergerichte durchlaufen, wobei jedes in einer Instanz abgeschlossene Verfahren gesondert gezählt wird.

<b>Schuldunfähigkeit</b>	Nur wer fähig ist, das Unrecht einer Straftat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln, kann für die Straftat gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Kinder unter 14 Jahren sind generell schuldunfähig. Auch strafmündige Personen, die z.B. wegen krankhaften seelischen Störungen das Unrecht ihrer Tat nicht einsehen konnten oder unfähig waren, nach dieser Einsicht zu handeln, sind schuldunfähig. Gegen diese Personen können unter bestimmten Voraussetzungen statt Strafe als Maßregeln der Besserung und Sicherung insbesondere die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt angeordnet werden, wenn sie für die Allgemeinheit gefährlich sind. Bei verminderter Schuldfähigkeit eines Täters erfolgt zwar eine gerichtliche Verurteilung, die Strafe kann aber gemildert werden.
<b>Sicherungsverwahrung</b>	Richterliche Anordnungen auf Unterbringung in Sicherungsverwahrung, die unter bestimmten Voraussetzungen bei wiederholten schweren Straftaten im Anschluß an die Strafe verhängt wird, werden im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik erfaßt, soweit im Berichtsjahr eine entsprechende Entscheidung erfolgte. In der Strafvollzugsstatistik wird dagegen der Bestand der Sicherungsverwahrten zum Jahresanfang bzw. -ende erfaßt. Zusätzlich wird im Rahmen der Stichtagserhebung bei den Strafgefangenen die demographische und kriminologische Struktur der Sicherungsverwahrten erhoben.
<b>Strafarrest</b>	Strafarrest ist die im Wehrstrafgesetz angedrohte mildeste Freiheitsstrafe, die ausschließlich gegen Soldaten und militärische Vorgesetzte, die nicht Soldaten sind, verhängt werden kann. Verurteilungen während eines Berichtsjahres zu Strafarrest werden in der Strafverfolgungs-, der Bestand der Einsitzenden am Jahresende in der Strafvollzugsstatistik nachgewiesen.
<b>Strafaussetzung (zur Bewährung)</b>	Freiheits- und Jugendstrafen von bis zu einem Jahr, in Ausnahmefällen auch bis zu 2 Jahren, können unter bestimmten Voraussetzungen bei günstiger Sozialprognose zur Bewährung ausgesetzt werden. Bei einer erneuten Straftat in der Bewährungszeit oder bei beharrlichen oder groben Verstößen gegen Bewährungsauflagen oder -weisungen wird die Strafaussetzung widerrufen und der Freiheitsentzug vollstreckt. Strafaussetzungen werden im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik erfaßt, soweit sie im Strafurteil bewilligt werden. In der Bewährungshilfestatistik über die eingeleiteten und abgeschlossenen Bewährungsunterstellungen werden neben den Strafaussetzungen auch die Fälle von Reststrafaussetzung erfaßt.
<b>Strafbefehl</b>	Bei einer Straftat, die im Mindestmaß mit einer Freiheitsstrafe von unter einem Jahr bedroht ist (Vergehen), kann die Staatsanwaltschaft, anstatt den Beschuldigten vor einem Strafgericht anzuklagen, einen Strafbefehl beantragen, und so eine Bestrafung ohne Hauptverhandlung erreichen. Bei diesem beschleunigten Verfahren darf höchstens eine Bewährungsstrafe von bis zu einem Jahr ausgesprochen werden. Rechtskräftige Strafbefehle werden in der Strafverfolgungsstatistik neben den Urteilen erfaßt. Dagegen werden in der Justizgeschäftsstatistik Strafbefehlsverfahren nur berücksichtigt, wenn Einspruch eingelegt wurde und eine strafgerichtliche Hauptverhandlung stattgefunden hat.

Stichwort	Definition
<b>Strafmündigkeit</b>	Als strafmündig gelten in Deutschland Personen, die bei Begehung einer Straftat das 14. Lebensjahr vollendet hatten. Kinder unter 14 Jahren können generell nicht für eine Straftat gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden.
<b>Strafvorbehalt</b>	Personen, gegen die das Jugendgericht zwar eine Jugendstrafe verhängt, diese Entscheidung aber nach § 27 JGG für eine bestimmte Bewährungszeit ausgesetzt hat, werden in der Strafverfolgungsstatistik nicht als Abgeurteilte erfaßt.
<b>Straßenverkehrsdelikte</b>	Als Straßenverkehrsdelikte werden in der Strafverfolgungsstatistik alle Vergehen gegen das Straßenverkehrsgesetz sowie gegen die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches gezählt. Des weiteren werden fahrlässige Tötung, Körperverletzung und Vollrausch als Straßenverkehrsdelikte erfaßt, soweit die Tat in Verbindung mit einem Verkehrsunfall stand.
<b>Streitwert</b>	Der Streitwert eines Verfahrens als der in Geld bemessene Wert eines Streitgegenstands wird vom Gericht durch Beschluß festgelegt. Der Streitwert kann u.a. für die sachliche Zuständigkeit des Gerichts maßgeblich sein; so sind derzeit bei vermögensrechtlichen Ansprüchen über 10 000 DM die Zivilkammern der Landgerichte zuständig; bei Mietsachen besteht dagegen eine ausschließliche, streitwertunabhängige Zuständigkeit der Amtsgerichte. Der Streitwert wird im Rahmen der Justizgeschäftsstatistik bei den Zählkartenerhebungen in Zivil- und Familiensachen erhoben.
<b>Verfahrensdauer</b>	Die Verfahrensdauer wird in den Justizgeschäftsstatistiken in der Regel je Instanz berechnet, bezeichnet also die Zeitspanne vom Eingang bis zur Erledigung des Verfahrens in der betreffenden Instanz. In der Strafverfolgungsstatistik bezeichnet die Verfahrensdauer die Zeitspanne von der Anklageerhebung in der ersten Instanz bis zur Rechtskraft des Urteils.
<b>Verurteilte</b>	Verurteilte sind Angeklagte, gegen die nach allgemeinem Strafrecht Freiheitsstrafe, Strafarrest oder Geldstrafe (auch durch einen rechtskräftigen Strafbefehl) verhängt wurde, oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmitteln oder Erziehungsmaßnahmen geahndet wurde. Verurteilt werden können nur Personen, die im Zeitpunkt der Tat strafmündig, d.h. 14 Jahre oder älter, und schuldfähig waren.
<b>Verurteiltenziffer</b>	Verurteiltenziffern als die Relation aus den absoluten Verurteiltenzahlen für eine bestimmte Personengruppe und den entsprechenden Bevölkerungszahlen ermöglichen um Bevölkerungseinflüsse bereinigte Vergleiche unterschiedlicher Personengruppen sowie über die Zeit der gerichtlich registrierten Kriminalität. Verurteiltenziffern können nur für die deutsche Bevölkerung berechnet werden, da für die Ausländer lediglich Angaben zur gemeldeten Wohnbevölkerung vorliegen. Von der Strafverfolgungsstatistik werden auch illegal in Deutschland sich aufhaltende Personen erfaßt, sofern gegen sie ein Strafverfahren durchgeführt wurde. Eine statistische Differenzierung der ausländischen Verurteilten nach ihrem Aufenthaltsstatus ist nicht möglich.

Stichwort	Definition
<b>Unterstellung (unter Bewährungshilfe)</b>	Setzt das Gericht eine Freiheitsstrafe oder einen Strafstrest zur Bewährung aus, so unterstellt es den Verurteilten der Aufsicht und Leitung eines Bewährungshelfers oder einer Bewährungshelferin, wenn dies angezeigt ist, um ihn vor weiteren Straftaten abzuhalten. In der Bewährungshilfestatistik werden ausschließlich Unterstellungen unter hauptamtliche Bewährungshelfer erfaßt.
<b>Untersuchungshaft</b>	In der Strafverfolgungstatistik werden Angaben zur Dauer und zu den Gründen der Anordnung von Untersuchungshaft erfaßt, soweit diese wegen Flucht bzw. Fluchtgefahr, Verdunkelungsgefahr, bei Straftaten gegen das Leben oder wegen Wiederholungsgefahr bei Sexualdelikten erfolgte. Haftbefehle wegen Nichterscheinens zur Hauptverhandlung oder zur Sicherung von deren Durchführung werden nicht erfaßt.
<b>Zählkarte</b>	Für die amtlichen Rechtspflegestatistiken werden bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften statistische Angaben zu den Verfahren auf eigenen Erhebungsbogen bzw. Zählkarten außerhalb der Aktenverwaltung erfaßt, die von den statistischen Ämtern der Länder ausgewertet werden.
<b>Zuchtmittel</b>	Zuchtmittel können nach dem JGG gegen jugendliche Straftäter verhängt werden, wenn die Verhängung von Jugendstrafe nicht angezeigt erscheint und Erziehungsmaßnahmen als Sanktion nicht ausreichen würden. Zuchtmittel sind Verwarnung, Erteilung von Auflagen (Wiedergutmachung, Entschuldigung bei dem Geschädigten, Erbringen von Arbeitsleistungen, Zahlung eines Geldbetrags zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung) und Jugendarrest.

## **Veröffentlichungen mit Bundesergebnissen der Rechtspflegestatistik**

Die Länderergebnisse zu den Erhebungen im Bereich der Rechtspflege werden regelmäßig von den Statistischen Landesämtern in den jeweiligen Länderberichten unter der Kennziffer B VI 1 veröffentlicht. In der nachfolgenden Übersicht sind die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Publikationen zur Rechtspflegestatistik aufgeführt. Bei den regelmäßigen Veröffentlichungen sind Umfang und Veröffentlichungsjahr der jeweils letzten Publikation angegeben.

### **1. Allgemeine und thematische Querschnittsveröffentlichungen**

#### **1.1 Statistisches Jahrbuch 1998 für die Bundesrepublik Deutschland**

(Erscheinungsweise jährlich, 1998, 764 Seiten)

Mit zusammenfassenden Tabellen und Schaubildern aus allen Bereichen der Rechtspflegestatistik. Abschnitt „Rechtspflege“ S. 348-365.

#### **1.2 Wirtschaft und Statistik (WiSta) (monatlich, ca. 130 S.)**

Diese Publikation enthält neueste Informationen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Ausgewählte Beiträge sind bei den jeweiligen Fachserienveröffentlichungen angeführt.

### **2. Fachserie 10 „Rechtspflege“**

#### **Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege**

Diese Veröffentlichung erscheint jährlich und bietet einen Überblick über die wichtigsten Jahresergebnisse sowohl zu den Justizgeschäftsstatistiken über die Tätigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften als auch zu den personenbezogenen Statistiken über Strafverfolgung, Strafvollzug und Bewährungshilfe. Zum Bereich der Strafverfolgung enthält die Reihe 1 einige gesonderte Zeitreihendarstellungen zur gerichtlich registrierten Betäubungsmittelkriminalität sowie zu Eigentums- und Straßenverkehrsdelikten.

Berichtsjahr 1997 (50 Seiten)

#### **Reihe 2: Gerichte und Staatsanwaltschaften**

In der Reihe 2 werden jährlich die Ergebnisse der Justizgeschäftsstatistiken über die Verfahren bei den Zivil-, Familien-, Straf-, Verwaltungs-, Finanzgerichten und Staatsanwaltschaften präsentiert. Für jeden dieser Bereiche wird der Geschäftsablauf im Berichtsjahr dargestellt und die jeweils erledigten Verfahren nach verschiedenen verfahrensbezogenen Merkmalen (Einleitungs- und Erledigungsart, Prozeßbeteiligte, Verfahrensdauer, Ausgang des Verfahrens u.ä.) aufgeschlüsselt. Darüber hinaus wird ein kurzer Überblick über den Geschäftsablauf bei den Arbeits- und Sozialgerichten, beim Bundesverfassungs- und Bundespatentgericht sowie beim Bundespatentamt gegeben.

Berichtsjahr 1997 (167 Seiten)

#### **Reihe 2.S.1: Gerichte - Geschäftsentwicklung**

In dieser nur zeitlich begrenzt erschienenen Veröffentlichung wurden - solange die Justiz-

geschäftsstatistiken in den neuen Ländern noch nicht flächendeckend eingeführt waren - vergleichbare Eckzahlen für alte und neue Länder zum Geschäftsanfall und zur -erledigung bei den Gerichten nachgewiesen.

Berichtsjahr 1993 (22 Seiten)

### Reihe 3: Strafverfolgung

Die Reihe 3 informiert jährlich über die Zahl der abgeurteilten (angeklagten) und verurteilten Personen nach demographischen (u.a. Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit) und kriminologischen (u.a. Straftat, verfahrensabschließende Entscheidung, Vorstrafen, Untersuchungshaft) Merkmalen. Bei den Straftaten erfolgt die Nachweisung gemäß der gesetzlichen Strafbestimmungen, insbesondere der Paragraphen des Strafgesetzbuchs. Die Strafverfolgungsstatistik, zu der seit 1882 Ergebnisse vorliegen, wird allerdings in den neuen Ländern noch nicht flächendeckend durchgeführt. Die veröffentlichten Jahresergebnisse beziehen sich daher aus Gründen der Vergleichbarkeit ausschließlich auf das frühere Bundesgebiet.

Berichtsjahr 1997 (106 Seiten)

Letzter Beitrag in „Wirtschaft und Statistik“:

Strafverfolgung 1976 bis 1996, H. 11/97, S. 766 ff.

In diesem Aufsatz werden ausgewählte Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik für den Berichtszeitraum 1976 bis 1996 im früheren Bundesgebiet vorgestellt. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Entwicklung der Jugend- und der Ausländerkriminalität.

### Reihe 4.1: Strafvollzug - Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen am 31.3.19..

In dieser jährlich erscheinenden Veröffentlichung über die Stichtagserhebung im Strafvollzug werden die Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten u.a. nach Altersgruppen, Familienstand und Staatsangehörigkeit (deutsch/ nichtdeutsch) sowie nach Art der Straftat, Strafdauer und Art bzw. Häufigkeit der Vorstrafen aufgeschlüsselt.

Eine gesonderte Darstellung weist die aufgrund strafrichterlicher Anordnung in psychiatrischen Krankenhäusern bzw. Entziehungsanstalten untergebrachten Personen (Maßregelvollzug) nach Alter und Familienstand nach.

Berichtsjahr 1997 (28 Seiten)

Letzter Beitrag in „Wirtschaft und Statistik“:

Strafvollzug 1992 bis 1996, H. 8/1997, S. 568 ff.

In diesem Aufsatz wird die Entwicklung des Gefangenenbestands in deutschen Strafanstalten zwischen 1992 und 1996 untersucht. Den Schwerpunkt bildet dabei eine vergleichende Analyse von früherem Bundesgebiet und neuen Ländern.

Reihe 4.2: Strafvollzug - Anstalten, Bestand und Bewegung der Gefangenen

In Reihe 4.2 wird jährlich über die einzelnen Anstalten des Justizvollzugs, deren Belegungsfähigkeit und Belegung sowie über die Art der Zu- und Abgänge, jeweils zum Stand 1.1. bzw. 31.12. eines Berichtsjahres berichtet. Nach der Vollzugsart werden hierbei Strafgefangene, Sicherungsverwahrte, Untersuchungs- und Abschiebehäftlinge unterschieden. Der Bestand der aufgrund strafrichterlicher Anordnung in psychiatrischen Krankenhäusern oder Entziehungsanstalten untergebrachten Personen (Maßregelvollzug) wird gesondert dargestellt.

Berichtsjahr 1997 (22 Seiten)

Reihe 5: Bewährungshilfe

Die Veröffentlichung zur Bewährungshilfestatistik informiert - für gewöhnlich jährlich - über die Zahl der Unterstellungen unter Bewährungsaufsicht sowie über die beendeten Unterstellungen, die nach einigen demographischen (u.a. Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit) und kriminologischen (u.a. Straftat, Grund der Unterstellung bzw. deren Beendigung) Merkmalen statistisch aufgegliedert werden. Wegen einer Umstellung der Statistik zum Berichtsjahr 1992 und einer dadurch verzögerten Aufbereitung der Statistik in den Ländern konnten in den letzten Jahren keine aktuellen Zahlen vorgelegt werden. Für 1999 ist eine zusammenfassende Veröffentlichung der zurückliegenden Berichtsjahre geplant.

**3. Arbeitsunterlagen**

Die ebenfalls jährlich erscheinenden Arbeitsunterlagen zu ausgewählten Bereichen der Rechtspflegestatistik bieten für interessierte Fachnutzer detaillierte Zusatzinformationen, die über die Darstellungen der Fachserienhefte hinausgehen. Arbeitsunterlagen, die gegen eine Schutzgebühr direkt beim Statistischen Bundesamt bezogen werden können, gibt es zu folgenden Statistiken:

Strafverfolgung  
Zivilgerichte  
Familiengerichte  
Strafgerichte  
Verwaltungsgerichte  
Finanzgerichte  
Staatsanwaltschaften.

**4. Veröffentlichungen im Internet**

Ausgewählte Ergebnisse der Rechtspflegestatistik stehen auch im Internet zur Verfügung (<http://www.statistik-bund.de>). Das Angebot wird laufend aktualisiert und ergänzt.